

J. W. Stalin

Ökonomische Probleme des Sozialismus in der UdSSR

*An die Teilnehmer der
ökonomischen Diskussion*

BEMERKUNGEN ZU ÖKONOMISCHEN FRAGEN,
DIE MIT DER NOVEMBERDISKUSSION 1951
ZUSAMMENHÄNGEN

Ich habe alle Unterlagen über die ökonomische Diskussion erhalten, die im Zusammenhang mit der Beurteilung des Entwurfs des Lehrbuchs der politischen Ökonomie durchgeführt wurde. Unter anderem erhielt ich „Vorschläge zur Verbesserung des Entwurfs des Lehrbuchs der politischen Ökonomie“, „Vorschläge zur Beseitigung von Fehlern und Ungenauigkeiten“ im Entwurf und eine „Zusammenstellung strittiger Fragen“.

Auf Grund all dieser Materialien sowie des Lehrbuchentwurfs halte ich es für notwendig, folgende Bemerkungen zu machen.

*1. Die Frage des Charakters der ökonomischen Gesetze
im Sozialismus*

Manche Genossen verneinen den objektiven Charakter der Gesetze der Wissenschaft, insbesondere der Gesetze der po-

litischen Ökonomie im Sozialismus. Sie verneinen, daß die Gesetze der politischen Ökonomie die Gesetzmäßigkeiten von Prozessen widerspiegeln, die sich unabhängig vom Willen der Menschen vollziehen. Sie sind der Meinung, in Anbetracht der besonderen Rolle, die die Geschichte dem Sowjetstaat zugewiesen hat, könnten der Sowjetstaat, seine Führer die bestehenden Gesetze der politischen Ökonomie aufheben, könnten sie neue Gesetze „aufstellen“, neue Gesetze „schaffen“.

Diese Genossen irren sich gründlich. Sie verwechseln, wie man sieht, die Gesetze der Wissenschaft, die objektive, unabhängig vom Willen der Menschen in der Natur oder in der Gesellschaft vor sich gehende Prozesse widerspiegeln, mit den Gesetzen, die von Regierungen erlassen, nach dem Willen der Menschen geschaffen werden und nur juristische Kraft haben. Man darf sie aber auf keinen Fall verwechseln.

Der Marxismus faßt die Gesetze der Wissenschaft — ganz gleich, ob es sich um Gesetze der Naturwissenschaft oder um Gesetze der politischen Ökonomie handelt — als die Widerspiegelung objektiver, unabhängig vom Willen der Menschen vor sich gehender Prozesse auf. Die Menschen können diese Gesetze entdecken, sie erkennen, sie erforschen, sie in ihrem Handeln berücksichtigen, sie im Interesse der Gesellschaft ausnutzen, aber sie können diese Gesetze nicht verändern oder aufheben. Um so weniger können sie neue Gesetze der Wissenschaft aufstellen oder schaffen.

Bedeutet das, daß zum Beispiel die Auswirkungen der Naturgesetze, die Auswirkungen der Naturkräfte überhaupt unabwendbar sind, daß die zerstörenden Wirkungen der Naturkräfte immer und überall mit elementar-unerbittlicher Kraft auftreten, auf die die Menschen nicht einwirken können? Nein, das bedeutet es nicht. Sieht man von den

astronomischen, geologischen und von einigen anderen analogen Prozessen ab, auf die einzuwirken tatsächlich nicht in der Macht der Menschen steht, selbst wenn sie ihre Entwicklungsgesetze erkannt haben, so steht es in vielen anderen Fällen durchaus in ihrer Macht, haben sie durchaus die Möglichkeit, auf die Prozesse der Natur einzuwirken. In allen diesen Fällen sind die Menschen, wenn sie die Gesetze der Natur erkannt haben, sie berücksichtigen und sich auf sie stützen, sie sachkundig anwenden und ausnutzen, imstande, ihren Wirkungsbereich einzuschränken, den zerstörenden Naturkräften eine andere Richtung zu geben, die zerstörenden Naturkräfte in den Dienst der Gesellschaft zu stellen.

Nehmen wir eins der zahlreichen Beispiele. Im grauen Altertum galten das Hochwasser der großen Ströme, die Überschwemmungen und die damit verbundene Zerstörung von Wohnstätten und Saaten als unabwendbare Naturkatastrophen, gegen die die Menschen machtlos waren. Im Laufe der Zeit jedoch, mit der Entwicklung des menschlichen Wissens, als die Menschen gelernt hatten, Staudämme und Wasserkraftwerke zu bauen, erwies es sich als möglich, die Gesellschaft vor den Überschwemmungskatastrophen zu bewahren, die früher unabwendbar schienen. Mehr noch, die Menschen lernten, die zerstörenden Kräfte der Natur zu bändigen, sie sozusagen an die Kandare zu nehmen, die Kraft des Wassers in den Dienst der Gesellschaft zu stellen und sie zur Bewässerung der Felder, zur Gewinnung von Energie auszunutzen.

Bedeutet das, daß die Menschen damit die Gesetze der Natur, die Gesetze der Wissenschaft aufgehoben, daß sie neue Gesetze der Natur, neue Gesetze der Wissenschaft geschaffen haben? Nein, das bedeutet es nicht. Es ist so, daß diese ganze Prozedur zur Abwendung der Wirkungen der

zerstörenden Kräfte des Wassers und zu ihrer Ausnutzung im Interesse der Gesellschaft ohne irgendeine Verletzung, Veränderung oder Annullierung der Gesetze der Wissenschaft, ohne die Schaffung neuer Gesetze der Wissenschaft vorstatten geht. Im Gegenteil, diese ganze Prozedur wird auf der exakten Grundlage der Gesetze der Natur, der Gesetze der Wissenschaft vollzogen, denn jeder Verstoß gegen die Naturgesetze, auch der kleinste, würde nur dazu führen, daß das Ganze gestört, daß die Prozedur vereitelt wird.

Das gleiche ist von den Gesetzen der ökonomischen Entwicklung, von den Gesetzen der politischen Ökonomie zu sagen — ganz gleich, ob es sich um die Periode des Kapitalismus oder um die Periode des Sozialismus handelt. Die Gesetze der ökonomischen Entwicklung sind hier ebenso wie in der Naturwissenschaft objektive Gesetze, die die unabhängig vom Willen der Menschen sich vollziehenden Prozesse der ökonomischen Entwicklung widerspiegeln. Die Menschen können diese Gesetze entdecken, sie erkennen und, auf sie gestützt, sie im Interesse der Gesellschaft ausnutzen, den zerstörenden Wirkungen mancher Gesetze eine andere Richtung geben, ihren Wirkungsbereich einschränken, anderen Gesetzen, die zum Durchbruch drängen, freie Bahn verschaffen, aber sie können sie nicht umstoßen oder neue ökonomische Gesetze schaffen.

Eine der Besonderheiten der politischen Ökonomie besteht darin, daß ihre Gesetze, zum Unterschied von den Gesetzen der Naturwissenschaft, nicht von langer Dauer sind, daß sie, wenigstens die meisten von ihnen, im Verlauf einer bestimmten historischen Periode wirksam sind, worauf sie neuen Gesetzen Platz machen. Aber diese Gesetze werden nicht umgestoßen, sondern verlieren ihre Kraft infolge neuer ökonomischer Bedingungen und treten vom Schauplatz ab, um

neuen Gesetzen Platz zu machen, die nicht durch den Willen der Menschen geschaffen werden, sondern auf der Grundlage neuer ökonomischer Bedingungen entstehen.

Man beruft sich auf den „Anti-Dühring“ von Engels, auf seine Formel, daß die Menschen mit der Abschaffung des Kapitalismus und der Vergesellschaftung der Produktionsmittel die Herrschaft über ihre Produktionsmittel erlangen, daß sie, vom Joch der gesellschaftlich-ökonomischen Verhältnisse befreit, zu „Herren“ ihres gesellschaftlichen Lebens werden. Engels nennt diese Freiheit „Einsicht in die Notwendigkeit“. Aber was kann „Einsicht in die Notwendigkeit“* bedeuten? Das bedeutet, daß die Menschen, nachdem sie die objektiven Gesetze (die „Notwendigkeit“) erkannt haben, sie ganz bewußt im Interesse der Gesellschaft anwenden werden. Gerade deshalb sagt Engels an der gleichen Stelle:

„Die Gesetze ihres eignen gesellschaftlichen Tuns, die ihnen bisher als fremde, sie beherrschende Naturgesetze gegenüberstanden, werden dann von den Menschen mit voller Sachkenntnis angewandt und damit beherrscht.“**

Wie man sieht, spricht die Formel von Engels keineswegs zugunsten jener, die meinen, man könne im Sozialismus die bestehenden ökonomischen Gesetze umstoßen und neue schaffen. Im Gegenteil, sie fordert nicht die Annullierung, sondern die Erkenntnis der ökonomischen Gesetze und ihre sachkundige Anwendung.

Man sagt, die ökonomischen Gesetze hätten den Charakter blindwirkender Naturkräfte, die Wirkungen dieser Gesetze seien unabwendbar, die Gesellschaft sei ihnen gegenüber

* Siehe Marx/Engels, *Werke*, deutsche Ausgabe, Bd. 20, S. 106.

** Siehe Marx/Engels, *Werke*, deutsche Ausgabe, Bd. 20, S. 264.

machtlos. Das stimmt nicht. Das heißt aus den Gesetzen einen Fetisch machen, sich zum Sklaven der Gesetze machen. Es ist bewiesen, daß die Gesellschaft den Gesetzen gegenüber nicht machtlos ist, daß die Gesellschaft, wenn sie die ökonomischen Gesetze erkannt hat und sich auf sie stützt, imstande ist, ihren Wirkungsbereich einzuschränken, sie im Interesse der Gesellschaft auszunutzen und sie „an die Kandare zu nehmen“, wie das in bezug auf die Naturkräfte und ihre Gesetze der Fall ist, wie das im oben angeführten Beispiel von den Überschwemmungen der großen Ströme der Fall ist.

Man beruft sich auf die besondere Rolle der Sowjetmacht beim Aufbau des Sozialismus, die es ihr angeblich ermöglicht, die bestehenden Gesetze der ökonomischen Entwicklung umzustößen und neue „aufzustellen“. Das stimmt ebenfalls nicht.

Die besondere Rolle der Sowjetmacht erklärt sich durch zwei Umstände: erstens dadurch, daß die Sowjetmacht nicht, wie das in früheren Revolutionen der Fall war, eine Form der Ausbeutung durch eine andere zu ersetzen, sondern jegliche Ausbeutung abzuschaffen hatte; zweitens dadurch, daß sie, da es im Lande keinerlei fertige Keime der sozialistischen Wirtschaft gab, die neuen, die sozialistischen Wirtschaftsformen sozusagen „aus dem Nichts heraus“ schaffen mußte.

Das ist zweifellos eine schwierige und komplizierte Aufgabe, für die es keine Präzedenzfälle gibt. Nichtsdestoweniger hat die Sowjetmacht diese Aufgabe in Ehren erfüllt. Aber sie hat sie erfüllt, nicht etwa deshalb, weil sie die bestehenden ökonomischen Gesetze umgestoßen und neue „aufgestellt“ hätte, sondern allein deshalb, weil sie sich auf das ökonomische Gesetz der *unbedingten Übereinstimmung* der Produktionsverhältnisse mit dem Charakter der Produktivkräfte stützte. Die Produktivkräfte unseres Landes, besonders in der Industrie, hatten gesellschaftlichen Charakter, die

Eigentumsform hingegen war privat, kapitalistisch. Gestützt auf das ökonomische Gesetz der unbedingten Übereinstimmung der Produktionsverhältnisse mit dem Charakter der Produktivkräfte, vergesellschaftete die Sowjetmacht die Produktionsmittel, machte sie zum Eigentum des gesamten Volkes, beseitigte damit das Ausbeutungssystem und schuf die sozialistischen Wirtschaftsformen. Gäbe es dieses Gesetz nicht und hätte sich die Sowjetmacht nicht darauf gestützt, dann wäre sie nicht imstande gewesen, ihre Aufgabe zu erfüllen.

Das ökonomische Gesetz der unbedingten Übereinstimmung der Produktionsverhältnisse mit dem Charakter der Produktivkräfte drängt in den kapitalistischen Ländern seit langem zum Durchbruch. Wenn es noch nicht zum Durchbruch gekommen ist und noch keine freie Bahn hat, so deshalb, weil es auf den stärksten Widerstand der überlebten Kräfte der Gesellschaft stößt. Hier haben wir es mit einer anderen Besonderheit der ökonomischen Gesetze zu tun. Zum Unterschied von den Gesetzen der Naturwissenschaft, in der die Entdeckung und Anwendung eines neuen Gesetzes mehr oder weniger reibungslos vor sich geht, stößt auf ökonomischem Gebiet die Entdeckung und Anwendung eines neuen Gesetzes, das die Interessen der überlebten Kräfte der Gesellschaft beeinträchtigt, auf den stärksten Widerstand dieser Kräfte. Folglich ist eine Kraft, eine gesellschaftliche Kraft notwendig, die fähig ist, diesen Widerstand zu überwinden. Eine solche Kraft fand sich in unserem Lande im Bündnis der Arbeiterklasse mit der Bauernschaft, die die überwältigende Mehrheit der Gesellschaft darstellen. Eine solche Kraft hat sich noch nicht in anderen, kapitalistischen Ländern gefunden. Darin liegt das Geheimnis dessen, daß

es der Sowjetmacht gelang, die alten Kräfte der Gesellschaft zu zerschlagen, und daß das ökonomische Gesetz der unbedingten Übereinstimmung der Produktionsverhältnisse mit dem Charakter der Produktivkräfte bei uns völlig freie Bahn erhielt.

Man sagt, die Notwendigkeit der planmäßigen (proportionalen) Entwicklung der Volkswirtschaft unseres Landes ermögliche es der Sowjetmacht, die bestehenden ökonomischen Gesetze umzustößen und neue zu schaffen. Das ist völlig falsch. Man darf unsere Jahres- und Fünfjahrpläne nicht mit dem objektiven ökonomischen Gesetz der planmäßigen, proportionalen Entwicklung der Volkswirtschaft verwechseln. Das Gesetz der planmäßigen Entwicklung der Volkswirtschaft entstand als Gegengewicht zum Gesetz der Konkurrenz und der Anarchie der Produktion im Kapitalismus. Es entstand auf der Grundlage der Vergesellschaftung der Produktionsmittel, nachdem das Gesetz der Konkurrenz und der Anarchie der Produktion seine Kraft verloren hatte. Es wurde wirksam, weil die sozialistische Volkswirtschaft nur auf der Grundlage des ökonomischen Gesetzes der planmäßigen Entwicklung der Volkswirtschaft geführt werden kann. Das bedeutet, daß das Gesetz der planmäßigen Entwicklung der Volkswirtschaft unseren Planungsorganen die *Möglichkeit* gibt, die gesellschaftliche Produktion richtig zu planen. Aber die *Möglichkeit* darf man nicht mit der *Wirklichkeit* verwechseln. Das sind zwei verschiedene Dinge. Damit diese Möglichkeit Wirklichkeit wird, muß man dieses ökonomische Gesetz erforschen, muß man es beherrschen, muß man lernen, es mit voller Sachkenntnis anzuwenden, muß man solche Pläne aufstellen, die die Erfordernisse dieses Gesetzes voll und ganz widerspiegeln. Man kann nicht sagen, daß unsere

Jahres- und Fünfjahrpläne die Erfordernisse dieses ökonomischen Gesetzes voll und ganz widerspiegeln.

Man sagt, einige bei uns im Sozialismus wirksame ökonomische Gesetze, darunter auch das Wertgesetz, seien auf der Grundlage der Planwirtschaft „umgewandelte“ oder sogar „grundlegend umgewandelte“ Gesetze. Das stimmt ebenfalls nicht. Man kann Gesetze nicht „umwandeln“, geschweige denn „grundlegend umwandeln“. Wenn man Gesetze umwandeln kann, so kann man sie auch umstoßen und durch andere ersetzen. Die These von der „Umwandlung“ der Gesetze ist ein Überbleibsel der falschen Formel von der „Annullierung“ und „Aufstellung“ von Gesetzen. Obgleich die Formel von der Umwandlung der ökonomischen Gesetze bei uns schon seit langem in Gebrauch ist, wird man sich im Interesse der Genauigkeit von ihr lossagen müssen. Man kann den Wirkungsbereich dieser oder jener ökonomischen Gesetze einschränken, man kann ihre zerstörenden Wirkungen — natürlich, falls solche vorhanden sind — abwenden, aber man kann sie nicht „umwandeln“ oder „umstoßen“.

Wenn man folglich von der „Unterwerfung“ der Naturkräfte oder der ökonomischen Kräfte spricht, von der „Herrschaft“ über sie und so weiter, so will man damit durchaus nicht sagen, daß die Menschen die Gesetze der Wissenschaft „umstoßen“ oder sie „aufstellen“ können. Im Gegenteil, damit will man nur sagen, daß die Menschen in der Lage sind, die Gesetze zu entdecken, sie zu erkennen, sie zu beherrschen und zu lernen, sie mit voller Sachkenntnis anzuwenden, sie im Interesse der Gesellschaft auszunutzen und sie sich somit dienstbar zu machen, die Herrschaft über sie zu erlangen.

Die Gesetze der politischen Ökonomie im Sozialismus sind somit objektive Gesetze, die die Gesetzmäßigkeit der sich

unabhängig von unserem Willen vollziehenden Prozesse des ökonomischen Lebens widerspiegeln. Wer diesen Leitsatz verneint, verneint im Grunde genommen die Wissenschaft, wer aber die Wissenschaft verneint, verneint damit auch die Möglichkeit jeglicher Voraussicht — verneint folglich die Möglichkeit, das wirtschaftliche Leben zu leiten.

Man könnte sagen, daß alles, was hier angeführt wurde, richtig und allgemein bekannt sei, aber nichts Neues enthalte, und daß es sich folglich nicht lohne, auf die Wiederholung allgemein bekannter Wahrheiten Zeit zu verwenden. Gewiß, es gibt hierbei tatsächlich nichts Neues, aber es wäre falsch, wollte man annehmen, es lohne sich nicht, auf die Wiederholung einiger uns bekannter Wahrheiten Zeit zu verwenden. Es ist so, daß zu uns, dem führenden Kern, jedes Jahr Tausende neuer junger Kader kommen, die von dem brennenden Wunsch beseelt sind, uns zu helfen, die von dem brennenden Wunsch beseelt sind, sich zu bewähren, die aber noch keine ausreichende marxistische Bildung haben, viele uns wohlbekannte Wahrheiten nicht kennen und gezwungen sind, im dunkeln zu tappen. Sie sind von den gewaltigen Errungenschaften der Sowjetmacht überwältigt, sind vor den außerordentlichen Erfolgen der Sowjetordnung von Schwindel befallen und beginnen sich einzubilden, daß die Sowjetmacht „alles vermag“, daß ihr „alles ein leichtes ist“, daß sie die Gesetze der Wissenschaft umstoßen und neue Gesetze aufstellen kann. Wie sollen wir uns zu diesen Genossen verhalten? Wie soll man sie im Geiste des Marxismus-Leninismus erziehen? Ich denke, daß die systematische Wiederholung sogenannter „allgemein bekannter“ Wahrheiten und ihre geduldige Erläuterung eins der besten Mittel zur marxistischen Erziehung dieser Genossen ist,

2. Die Frage der Warenproduktion im Sozialismus

Manche Genossen behaupten, die Partei habe falsch gehandelt, als sie nach Ergreifung der Macht und Nationalisierung der Produktionsmittel in unserem Lande die Warenproduktion beibehalten hat. Sie sind der Meinung, die Partei hätte damals gleich die Warenproduktion beseitigen müssen. Sie berufen sich dabei auf Engels, der sagt:

„Mit der Besitzergreifung der Produktionsmittel durch die Gesellschaft ist die Warenproduktion beseitigt und damit die Herrschaft des Produkts über die Produzenten.“ (Siehe „Anti-Dühring“.)*

Diese Genossen irren sich gründlich.

Untersuchen wir die Formel von Engels. Die Formel von Engels kann man nicht als völlig klar und genau bezeichnen, da sie keinen Hinweis darauf enthält, ob hier von der Besitzergreifung *sämtlicher* Produktionsmittel durch die Gesellschaft oder nur eines Teils der Produktionsmittel die Rede ist, das heißt, ob *sämtliche* Produktionsmittel oder nur ein Teil der Produktionsmittel in allgemeines Volkseigentum übergeführt sind. Das heißt, *diese* Formel von Engels kann man so und so auffassen.

An einer anderen Stelle des „Anti-Dühring“ spricht Engels von der Besitzergreifung „der *sämtlichen* Produktionsmittel“, von der Besitzergreifung „der *Gesamtheit* der Produktionsmittel“. Folglich hat Engels in seiner Formel die Nationalisierung nicht eines Teils der Produktionsmittel, sondern aller Produktionsmittel im Auge, das heißt die Überführung der Produktionsmittel nicht nur in der Industrie, sondern auch in der Landwirtschaft in allgemeines Volkseigentum.

* Siehe Marx/Engels, *Werke*, deutsche Ausgabe, Bd. 20, S. 264.

Daraus folgt, daß Engels solche Länder im Auge hat, in denen nicht nur in der Industrie, sondern auch in der Landwirtschaft der Kapitalismus genügend entwickelt und die Konzentration der Produktion genügend fortgeschritten ist, um *sämtliche* Produktionsmittel des Landes expropriieren und in den Gemeinbesitz des ganzen Volkes überführen zu können. Engels ist folglich der Ansicht, daß in *solchen* Ländern zugleich mit der Vergesellschaftung *sämtlicher* Produktionsmittel die Warenproduktion zu beseitigen sei. Und das ist natürlich richtig.

Ein solches Land war Ende des vorigen Jahrhunderts, bei Erscheinen des „Anti-Dühring“, nur ein Land — England, wo die Entwicklung des Kapitalismus und die Konzentration der Produktion sowohl in der Industrie als auch in der Landwirtschaft einen solchen Grad erreicht hatten, daß es im Falle der Machtergreifung durch das Proletariat möglich war, *sämtliche* Produktionsmittel im Lande in allgemeines Volkseigentum überzuführen und die Warenproduktion aufzuheben.

Ich sehe hier von der Frage ab, welche Bedeutung für England der Außenhandel mit seinem riesigen Anteil an der englischen Volkswirtschaft hat. Ich denke, daß man nur nach dem Studium dieser Frage die Frage des Schicksals der Warenproduktion in England nach Ergreifung der Macht durch das Proletariat und nach Nationalisierung *sämtlicher* Produktionsmittel endgültig entscheiden könnte.

Im übrigen hatte nicht nur Ende des vorigen Jahrhunderts, sondern hat auch in der Gegenwart noch kein Land jene Stufe der Entwicklung des Kapitalismus und der Konzentration der Produktion in der Landwirtschaft erreicht, die wir in England beobachten. Was die anderen Länder betrifft, so gibt es dort, ungeachtet der Entwicklung des Kapitalismus im

Dorfe, eine noch recht zahlreiche Klasse kleiner und mittlerer Eigentümer-Produzenten im Dorfe, über deren Schicksal im Falle der Machtergreifung durch das Proletariat zu entscheiden wäre.

Aber nun ergibt sich die Frage: Wie sollen sich das Proletariat und seine Partei verhalten, wenn in diesem oder jenem Lande, darunter auch in unserem Lande, günstige Bedingungen für die Machtergreifung durch das Proletariat und den Sturz des Kapitalismus vorhanden sind, wenn der Kapitalismus die Produktionsmittel in der Industrie dermaßen konzentriert hat, daß sie expropriert und in den Besitz der Gesellschaft übergeführt werden können, wenn aber die Landwirtschaft, trotz des Wachstums des Kapitalismus, noch dermaßen in zahlreiche kleine und mittlere Eigentümer-Produzenten zersplittert ist, daß es nicht möglich ist, die Frage der Expropriation dieser Produzenten zu stellen?

Auf diese Frage gibt die Formel von Engels keine Antwort. Sie braucht diese Frage übrigens auch gar nicht zu beantworten, da sie auf Grund einer anderen Frage entstanden ist, nämlich der Frage, welches das Schicksal der Warenproduktion nach Vergesellschaftung *sämtlicher* Produktionsmittel sein muß.

Was soll also geschehen, wenn *nicht sämtliche* Produktionsmittel, sondern nur ein Teil der Produktionsmittel vergesellschaftet worden sind, wenn aber günstige Bedingungen für die Machtergreifung durch das Proletariat vorhanden sind — soll das Proletariat die Macht ergreifen, und muß die Warenproduktion gleich darauf beseitigt werden?

Man kann natürlich die Auffassung einiger Pseudomarxisten nicht als Antwort bezeichnen, die meinen, unter solchen Umständen müßte man auf die Machtergreifung verzichten und abwarten, bis der Kapitalismus es fertiggebracht hat, die

Millionen kleiner und mittlerer Produzenten zu ruinieren, sie in Landarbeiter zu verwandeln und die Produktionsmittel in der Landwirtschaft zu konzentrieren, und erst danach könnte man die Frage der Machtergreifung durch das Proletariat und der Vergesellschaftung *sämtlicher* Produktionsmittel stellen. Es ist klar, daß Marxisten auf einen solchen „Ausweg“ nicht eingehen können, wenn sie sich nicht völlig mit Schande bedecken wollen.

Man kann auch die Auffassung anderer Pseudomarxisten nicht als Antwort betrachten, die meinen, man müßte doch die Macht ergreifen und zur Expropriation der kleinen und mittleren Produzenten im Dorf schreiten und ihre Produktionsmittel vergesellschaften. Diesen unsinnigen und verbrecherischen Weg können Marxisten ebenfalls nicht beschreiten, denn ein solcher Weg würde jede Möglichkeit des Sieges der proletarischen Revolution untergraben, würde die Bauernschaft auf lange Zeit ins Lager der Feinde des Proletariats treiben.

Die Antwort auf diese Frage gab Lenin in seinen Arbeiten über die „Naturalsteuer“ und in seinem berühmten „Genossenschaftsplan“.

Lenins Antwort läuft, kurz gesagt, auf folgendes hinaus:

- a) günstige Bedingungen für die Machtergreifung darf man nicht vorübergehen lassen, das Proletariat muß die Macht ergreifen, ohne den Augenblick abzuwarten, bis der Kapitalismus die viele Millionen zählende Bevölkerung der kleinen und mittleren individuellen Produzenten ruiniert hat;
- b) die Produktionsmittel in der Industrie sind zu expropriieren und in allgemeines Volkseigentum überzuführen;
- c) was die kleinen und mittleren individuellen Produzenten anbelangt, so sind sie allmählich in Produktionsgenossen-

schaften, das heißt in großen landwirtschaftlichen Betrieben, in Kollektivwirtschaften zu vereinigen;

d) die Industrie ist auf jede Weise zu entwickeln, und für die Kollektivwirtschaften ist eine moderne technische Basis der Großproduktion zu schaffen, wobei diese nicht zu expropriieren, sondern im Gegenteil in stärkstem Maße mit erstklassigen Traktoren und anderen Maschinen zu versorgen sind;

e) für den ökonomischen Zusammenschluß von Stadt und Land, von Industrie und Landwirtschaft ist die Warenproduktion (Austausch durch Kauf und Verkauf), als die für die Bauern *einzig annehmbare* Form der ökonomischen Verbindung mit der Stadt, für eine bestimmte Zeit beizubehalten und der Sowjethandel, der staatliche sowie der genossenschaftlich-kollektivwirtschaftliche Handel, auf jede Weise zu entwickeln, wobei alle und jegliche Kapitalisten aus dem Warenverkehr zu verdrängen sind.

Die Geschichte unseres sozialistischen Aufbaus zeigt, daß sich dieser von Lenin gewiesene Entwicklungsweg völlig bewährt hat.

Es kann kein Zweifel bestehen, daß dieser Entwicklungsweg für alle kapitalistischen Länder, in denen es eine mehr oder weniger zahlreiche Klasse kleiner und mittlerer Produzenten gibt, der einzig mögliche und zweckmäßige Weg für den Sieg des Sozialismus ist.

Man sagt, daß die Warenproduktion dennoch unter allen Umständen zum Kapitalismus führen müsse und unbedingt dazu führe. Das stimmt nicht. Nicht immer und nicht unter allen Umständen! Man darf die Warenproduktion nicht mit der kapitalistischen Produktion gleichsetzen. Das sind zwei verschiedene Dinge. Die kapitalistische Produktion ist die höchste Form der Warenproduktion. Die Warenproduktion

führt nur in dem Fall zum Kapitalismus, *wenn* das Privateigentum an Produktionsmitteln besteht, *wenn* die Arbeitskraft als Ware auf den Markt tritt, die der Kapitalist kaufen und im Produktionsprozeß ausbeuten kann, *wenn* folglich im Lande das System der Ausbeutung der Lohnarbeiter durch die Kapitalisten besteht. Die kapitalistische Produktion beginnt dort, wo die Produktionsmittel in Privathand konzentriert und die der Produktionsmittel beraubten Arbeiter gezwungen sind, ihre Arbeitskraft als Ware zu verkaufen. Ohne dies gibt es keine kapitalistische Produktion.

Wenn nun aber diese Bedingungen, die die Warenproduktion in kapitalistische Produktion verwandeln, nicht vorhanden sind, wenn die Produktionsmittel schon nicht mehr privates, sondern sozialistisches Eigentum sind, wenn das System der Lohnarbeit nicht existiert und die Arbeitskraft keine Ware mehr ist, wenn das System der Ausbeutung schon längst beseitigt ist — wie ist es dann: Kann man dann annehmen, daß die Warenproduktion dennoch zum Kapitalismus führt? Nein, das kann man nicht annehmen. Aber unsere Gesellschaft ist ja gerade eine Gesellschaft, in der das Privateigentum an den Produktionsmitteln, das System der Lohnarbeit und das System der Ausbeutung schon seit langem nicht mehr existieren.

Man darf die Warenproduktion nicht als etwas sich selbst Genügendes, von den umgebenden ökonomischen Bedingungen Unabhängiges betrachten. Die Warenproduktion ist älter als die kapitalistische Produktion. Sie existierte in der Sklavenhalterordnung und diente ihr, hat jedoch nicht zum Kapitalismus geführt. Sie existierte im Feudalismus und diente ihm, hat jedoch, obwohl sie gewisse Voraussetzungen für die kapitalistische Produktion schuf, nicht zum Kapitalismus geführt. Es fragt sich, warum sollte die Warenproduk-

tion nicht auch für eine bestimmte Periode unserer sozialistischen Gesellschaft dienen, ohne zum Kapitalismus zu führen, in Anbetracht der Tatsache, daß die Warenproduktion bei uns nicht eine solche unbegrenzte und allumfassende Verbreitung hat wie unter kapitalistischen Bedingungen, daß ihr bei uns dank solchen entscheidenden ökonomischen Bedingungen, wie dem gesellschaftlichen Eigentum an Produktionsmitteln, der Beseitigung des Systems der Lohnarbeit, der Beseitigung des Systems der Ausbeutung, feste Grenzen gezogen sind?

Man sagt, daß nach der Konstituierung der Herrschaft des gesellschaftlichen Eigentums an den Produktionsmitteln in unserem Lande, nach der Beseitigung des Systems der Lohnarbeit und der Ausbeutung die Existenz der Warenproduktion ihren Sinn verloren habe und die Warenproduktion infolgedessen beseitigt werden müßte.

Das stimmt ebenfalls nicht. Gegenwärtig existieren bei uns zwei grundlegende Formen der sozialistischen Produktion: die staatliche, volkseigene, und die kollektivwirtschaftliche, die man nicht als volkseigene bezeichnen kann. In den staatlichen Betrieben sind die Produktionsmittel und die Erzeugnisse der Produktion allgemeines Volkseigentum. In den kollektivwirtschaftlichen Betrieben hingegen sind, obwohl die Produktionsmittel (Boden, Maschinen) auch dem Staat gehören, die Erzeugnisse der Produktion jedoch Eigentum der einzelnen Kollektivwirtschaften, da es sich in den Kollektivwirtschaften sowohl um eigene Arbeit als auch um eigenes Saatgut handelt, während die Kollektivwirtschaften über den Boden, der ihnen zur unbefristeten Nutzung übergeben worden ist, faktisch wie über ihr Eigentum verfügen, obwohl sie ihn weder verkaufen noch kaufen, weder verpachten noch verpfänden dürfen.

Dieser Umstand führt dazu, daß der Staat nur über die Erzeugnisse der staatlichen Betriebe verfügen kann, während über die kollektivwirtschaftlichen Erzeugnisse nur die Kollektivwirtschaften als über ihr Eigentum verfügen. Aber die Kollektivwirtschaften wollen ihre Produkte nicht anders als in Form von Waren veräußern, für die sie im Austausch die von ihnen benötigten Waren erhalten wollen. Andere ökonomische Verbindungen mit der Stadt als Warenbeziehungen, als Austausch durch Kauf und Verkauf sind für die Kollektivwirtschaften gegenwärtig nicht annehmbar. Darum sind Warenproduktion und Warenumlauf bei uns gegenwärtig eine ebensolche Notwendigkeit, wie sie es beispielsweise vor dreißig Jahren waren, als Lenin die Notwendigkeit der allseitigen Entfaltung des Warenumlaufs verkündete.

Wenn an die Stelle der zwei grundlegenden Produktionssektoren, des staatlichen und des kollektivwirtschaftlichen, ein allumfassender Produktionssektor mit dem Verfügungsrecht über alle Konsumgüter des Landes getreten sein wird, dann wird natürlich die Warenzirkulation mit ihrer „Geldwirtschaft“ als unnötiges Element der Volkswirtschaft verschwinden. Solange dies aber nicht der Fall ist, solange die zwei grundlegenden Produktionssektoren bestehen bleiben, müssen Warenproduktion und Warenzirkulation als notwendiges und sehr nützliches Element im System unserer Volkswirtschaft in Kraft bleiben. Auf welche Weise die Schaffung eines einheitlichen, vereinigten Sektors vor sich gehen wird, auf dem Wege der einfachen Aufsaugung des kollektivwirtschaftlichen Sektors durch den staatlichen Sektor, was wenig wahrscheinlich ist (denn das würde als Expropriation der Kollektivwirtschaften aufgefaßt werden), oder auf dem Wege der Organisierung eines einheitlichen Wirtschaftsorgans des *ganzen Volkes* (in dem die staatliche Industrie und die Kolle-

tivwirtschaften vertreten sein werden) mit dem Recht zunächst der Erfassung aller Konsumgüter des Landes und im Laufe der Zeit auch der Verteilung der Produkte, sagen wir, auf dem Wege des Produktaustauschs — das ist eine besondere Frage, die eine getrennte Behandlung erfordert.

Folglich stellt *unsere* Warenproduktion keine gewöhnliche Warenproduktion dar, sondern eine Warenproduktion besonderer Art, eine Warenproduktion ohne Kapitalisten, die es hauptsächlich mit Waren vereinigter sozialistischer Produzenten (Staat, Kollektivwirtschaften, Genossenschaften) zu tun hat, deren Wirkungsbereich auf die Gegenstände des persönlichen Bedarfs beschränkt ist, die sich offensichtlich keinesfalls zur kapitalistischen Produktion entwickeln kann und dazu bestimmt ist, zusammen mit ihrer „Geldwirtschaft“ der Entwicklung und Festigung der sozialistischen Produktion zu dienen.

Darum sind jene Genossen völlig im Unrecht, die erklären: Da die sozialistische Gesellschaft die Warenform der Produktion nicht aufhebt, müssen bei uns angeblich alle dem Kapitalismus eigenen ökonomischen Kategorien wiederhergestellt werden: die Arbeitskraft als Ware, der Mehrwert, das Kapital, der Kapitalprofit, die Durchschnittsprofitrate usw. Diese Genossen verwechseln die Warenproduktion mit der kapitalistischen Produktion und nehmen an, daß, wenn schon Warenproduktion da ist, auch kapitalistische Produktion da sein müsse. Sie begreifen nicht, daß sich unsere Warenproduktion grundlegend von der Warenproduktion im Kapitalismus unterscheidet.

Mehr noch, ich denke, es ist notwendig, auch einige andere Begriffe über Bord zu werfen, die dem „Kapital“ von Marx entnommen sind, wo Marx sich mit der Analyse des Kapitalismus beschäftigt hat, und die unseren sozialistischen Ver-

hältnissen künstlich angeheftet werden. Ich denke hier unter anderem an Begriffe wie „notwendige“ Arbeit und „Mehr“-arbeit, „notwendiges“ Produkt und „Mehr“-produkt, „notwendige“ Arbeitszeit und „Surplus“-arbeitszeit. Marx hat den Kapitalismus analysiert, um die Quelle der Ausbeutung der Arbeiterklasse, den Mehrwert aufzudecken und der der Produktionsmittel beraubten Arbeiterklasse die geistige Waffe für den Sturz des Kapitalismus zu geben. Es ist klar, daß Marx dabei Begriffe (Kategorien) verwendet, die den kapitalistischen Beziehungen völlig entsprechen. Aber es ist mehr als sonderbar, jetzt mit diesen Begriffen zu operieren, da die Arbeiterklasse der Macht und der Produktionsmittel nicht nur nicht beraubt ist, sondern umgekehrt, die Macht in ihren Händen hat und die Produktionsmittel besitzt. Jetzt, bei unserer Ordnung, klingen die Worte von der Arbeitskraft als Ware, vom „Dingen“ der Arbeiter recht absurd: als ob die Arbeiterklasse, die die Produktionsmittel besitzt, sich selbst dingt und an sich selbst ihre Arbeitskraft verkauft. Ebenso sonderbar ist es, jetzt von „notwendiger“ Arbeit und „Mehr“-arbeit zu sprechen: als ob unter unseren Bedingungen die Arbeit der Arbeiter, die für die Gesellschaft geleistet wird und die der Erweiterung der Produktion, der Entwicklung des Bildungswesens, des Gesundheitsschutzes, der Organisation der Verteidigung usw. gilt, für die Arbeiterklasse, die heute an der Macht steht, nicht ebenso notwendig wäre wie die Arbeit, die für die Deckung des persönlichen Bedarfs des Arbeiters und seiner Familie verausgabt wird.

Es muß bemerkt werden, daß Marx in seiner Arbeit „Kritik des Gothaer Programms“, wo er schon nicht den Kapitalismus, sondern unter anderem die erste Phase der kommunistischen Gesellschaft untersucht, die Arbeit, die für die Gesellschaft geleistet wird und die der Erweiterung der

Produktion, dem Bildungswesen, dem Gesundheitsschutz, den Verwaltungskosten, der Bildung von Reserven usw. gilt, als ebenso notwendig anerkennt wie die Arbeit, die für die Deckung des Konsumbedarfs der Arbeiterklasse verausgabt wird.

Ich denke, unsere Wirtschaftswissenschaftler müssen dieses Mißverhältnis zwischen den alten Begriffen und der neuen Sachlage in unserem sozialistischen Lande beseitigen und die alten Begriffe durch neue, der neuen Lage entsprechende, ersetzen.

Wir konnten dieses Mißverhältnis bis zu einer gewissen Zeit dulden, jetzt aber ist die Zeit gekommen, wo wir dieses Mißverhältnis endlich beseitigen müssen.

3. Die Frage des Wertgesetzes im Sozialismus

Mitunter wird die Frage gestellt: Besteht und wirkt bei uns, in unserer sozialistischen Ordnung, das Wertgesetz?

Ja, es besteht und wirkt. Dort, wo es Waren und Warenproduktion gibt, muß es auch das Wertgesetz geben.

Der Wirkungsbereich des Wertgesetzes erstreckt sich bei uns vor allem auf die Warenzirkulation, auf den Warenaustausch durch Kauf und Verkauf, auf den Austausch hauptsächlich von Waren des persönlichen Bedarfs. Hier, auf diesem Gebiet, behält das Wertgesetz, natürlich in bestimmten Grenzen, die Rolle eines Regulators.

Aber die Wirkungen des Wertgesetzes sind nicht auf die Sphäre der Warenzirkulation beschränkt. Sie erstrecken sich auch auf die Produktion. Allerdings hat das Wertgesetz in unserer sozialistischen Produktion keine regulierende Bedeutung, aber es wirkt dennoch auf die Produktion ein, und

das darf bei der Leitung der Produktion nicht außer acht gelassen werden. Es ist so, daß die Konsumgüter, die für die Deckung des Aufwands an Arbeitskraft im Produktionsprozeß notwendig sind, bei uns als Waren erzeugt und realisiert werden, die der Wirkung des Wertgesetzes unterliegen. Hier gerade zeigt sich die Einwirkung des Wertgesetzes auf die Produktion. Im Zusammenhang damit haben in unseren Betrieben solche Fragen wie die wirtschaftliche Rechnungsführung und die Rentabilität, die Selbstkosten, die Preise und dergleichen aktuelle Bedeutung. Darum können und dürfen unsere Betriebe das Wertgesetz nicht außer acht lassen.

Ist das gut? Es ist nicht schlecht. Bei unseren gegenwärtigen Verhältnissen ist es tatsächlich nicht schlecht, da dieser Umstand unsere Wirtschaftler im Geiste der rationellen Betriebsführung erzieht und sie zur Disziplin anhält. Es ist nicht schlecht, da dieser Umstand unsere Wirtschaftler lehrt, die Produktionsgrößen zu berechnen, sie genau zu berechnen und ebenso genau die realen Dinge in der Produktion in Rechnung zu stellen, anstatt sich mit Geschwätz über aus der Luft gegriffene „schätzungsweise Angaben“ zu befassen. Es ist nicht schlecht, da dieser Umstand unsere Wirtschaftler lehrt, die in der Produktion verborgenen Reserven zu suchen, ausfindig zu machen und auszunutzen, anstatt sie mit Füßen zu treten. Es ist nicht schlecht, da dieser Umstand unsere Wirtschaftler lehrt, systematisch die Produktionsmethoden zu verbessern, die Selbstkosten der Produktion zu senken, die wirtschaftliche Rechnungsführung zu verwirklichen und die Rentabilität der Betriebe zu erzielen. Dies ist eine gute, praktische Schule, die das Wachstum unserer Wirtschaftskader und ihre Verwandlung in wirkliche Leiter der sozialistischen Produktion in der gegenwärtigen Entwicklungsetappe beschleunigt.

Schlimm ist nicht, daß das Wertgesetz bei uns auf die Produktion einwirkt. Schlimm ist, daß unsere Wirtschaftler und Planer, mit wenigen Ausnahmen, die Wirkungen des Wertgesetzes schlecht kennen, sie nicht studieren, und es nicht verstehen, sie in ihren Berechnungen zu berücksichtigen. Daraus erklärt sich denn auch das Durcheinander, das bei uns immer noch in der Frage der Preispolitik herrscht. Nur eins der zahlreichen Beispiele: Vor einiger Zeit wurde beschlossen, das Verhältnis zwischen Baumwoll- und Getreidepreisen, im Interesse des Baumwollanbaus, zu regeln, die Preise für das Getreide, das an die Baumwollbauern verkauft wird, genauer festzulegen und die Preise für die Baumwolle, die an den Staat abgeliefert wird, zu erhöhen. Im Zusammenhang damit unterbreiteten unsere Wirtschaftler und Planer einen Vorschlag, der die ZK-Mitglieder nur in Erstaunen setzen konnte, da nach diesem Vorschlag für eine Tonne Getreide fast der gleiche Preis vorgeschlagen wurde wie für eine Tonne Baumwolle, wobei der Preis für eine Tonne Getreide dem Preis für eine Tonne gebackenes Brot gleichgesetzt wurde. Auf die Bemerkungen der ZK-Mitglieder, daß der Preis für eine Tonne gebackenes Brot in Anbetracht der zusätzlichen Kosten für das Mahlen und Backen höher sein muß als der Preis für eine Tonne Getreide, daß Baumwolle überhaupt viel teurer ist als Getreide, wovon auch die Weltmarktpreise für Baumwolle und Getreide zeugen, konnten die Verfasser des Vorschlags nichts Vernünftiges sagen. Infolgedessen mußte das ZK die Sache in die Hand nehmen, die Getreidepreise herabsetzen und die Baumwollpreise erhöhen. Was wäre geschehen, wenn der Vorschlag dieser Genossen Gesetzeskraft erlangt hätte? Wir hätten die Baumwollbauern ruiniert und wären ohne Baumwolle geblieben.

Bedeutet dies alles jedoch, daß die Wirkungen des Wertgesetzes bei uns den gleichen Spielraum haben wie im Kapitalismus, daß das Wertgesetz bei uns der Regulator der Produktion ist? Nein, das bedeutet es nicht. In der Tat ist der Wirkungsbereich des Wertgesetzes in unserer ökonomischen Ordnung streng begrenzt, sind diesem Wirkungsbereich Schranken gesetzt. Es wurde bereits gesagt, daß der Wirkungsbereich der Warenproduktion in unserer Ordnung begrenzt ist und ihm Schranken gesetzt sind. Das gleiche muß über den Wirkungsbereich des Wertgesetzes gesagt werden. Ohne Zweifel muß das Fehlen des Privateigentums an Produktionsmitteln und die Vergesellschaftung der Produktionsmittel sowohl in der Stadt als auch auf dem Lande den Wirkungsbereich des Wertgesetzes und seine Einwirkung auf die Produktion einschränken.

In der gleichen Richtung wirkt das Gesetz der planmäßigen (proportionalen) Entwicklung der Volkswirtschaft, das an die Stelle des Gesetzes der Konkurrenz und der Anarchie der Produktion getreten ist.

In der gleichen Richtung wirken unsere Jahres- und Fünfjahrpläne und überhaupt unsere ganze Wirtschaftspolitik, die sich auf die Erfordernisse des Gesetzes der planmäßigen Entwicklung der Volkswirtschaft stützen.

Das alles zusammengekommen führt dazu, daß der Wirkungsbereich des Wertgesetzes bei uns streng begrenzt ist und das Wertgesetz in unserer Ordnung nicht die Rolle des Regulators der Produktion spielen kann.

Daraus erklärt sich denn auch die „erstaunliche“ Tatsache, daß trotz des ununterbrochenen und stürmischen Wachstums unserer sozialistischen Produktion das Wertgesetz bei uns nicht zu Überproduktionskrisen führt, während dasselbe Wertgesetz, das im Kapitalismus einen breiten Wirkungs-

bereich hat, trotz des niedrigen Wachstumstempos der Produktion in den kapitalistischen Ländern, zu periodischen Überproduktionskrisen führt.

Man sagt, das Wertgesetz sei ein ständiges Gesetz, das für alle Perioden der historischen Entwicklung unbedingt gültig sei, das Wertgesetz bleibe, auch wenn es in der Periode der zweiten Phase der kommunistischen Gesellschaft seine Kraft als Regulator der Tauschbeziehungen verliert, in dieser Entwicklungsphase doch in Kraft als Regulator der Verhältnisse zwischen den verschiedenen Produktionszweigen, als Regulator der Verteilung der Arbeit zwischen den Produktionszweigen.

Das ist völlig falsch. Der Wert ist, wie auch das Wertgesetz, eine historische Kategorie, die mit der Existenz der Warenproduktion verbunden ist. Mit dem Verschwinden der Warenproduktion verschwinden auch der Wert mit seinen Formen und das Wertgesetz.

In der zweiten Phase der kommunistischen Gesellschaft wird die Menge der für die Herstellung der Produkte aufgewandten Arbeit nicht auf einem Umwege gemessen werden, nicht vermittels des Wertes und seiner Formen, wie es in der Warenproduktion der Fall ist, sondern direkt und unmittelbar — durch die zur Herstellung der Produkte verausgabte Menge der Zeit, Menge der Stunden. Was die Verteilung der Arbeit anbelangt, so wird die Verteilung der Arbeit zwischen den Produktionszweigen nicht durch das Wertgesetz reguliert werden, das zu dieser Zeit seine Kraft verlieren wird, sondern durch das Wachstum des Bedarfs der Gesellschaft an Produkten. Das wird eine Gesellschaft sein, in der die Produktion durch die Bedürfnisse der Gesellschaft reguliert werden und die Erfassung der Bedürfnisse der

Gesellschaft für die Planungsorgane erstrangige Bedeutung erlangen wird.

Völlig falsch ist auch die Behauptung, daß in unserer gegenwärtigen ökonomischen Ordnung, in der ersten Phase der Entwicklung der kommunistischen Gesellschaft, das Wertgesetz angeblich die „Proportionen“ der Verteilung der Arbeit zwischen den verschiedenen Produktionszweigen reguliere.

Wenn das stimmte, dann ist es unverständlich, warum bei uns nicht die Leichtindustrie als die rentabelste mit aller Macht entwickelt wird, warum ihr nicht der Vorrang gegeben wird vor der Schwerindustrie, die oftmals weniger rentabel und bisweilen überhaupt nicht rentabel ist.

Wenn das stimmte, dann ist es unverständlich, warum bei uns eine Reihe vorläufig noch unrentabler Betriebe der Schwerindustrie, in denen die Arbeit der Arbeiter nicht den „nötigen Effekt“ zeitigt, nicht geschlossen wird und nicht neue Betriebe der zweifellos rentablen Leichtindustrie eröffnet werden, in denen die Arbeit der Arbeiter einen „größeren Effekt“ zeitigen könnte.

Wenn das stimmte, dann ist es unverständlich, warum bei uns die Arbeiter aus den wenig rentablen, aber für die Volkswirtschaft sehr notwendigen Betrieben nicht in rentablere Betriebe übergeführt werden im Einklang mit dem Wertgesetz, das angeblich die „Proportion“ der Verteilung der Arbeit zwischen den Produktionszweigen reguliert.

Es ist offensichtlich, daß wir, wollten wir in die Fußtapfen dieser Genossen treten, uns von dem Primat der Produktion von Produktionsmitteln lossagen müßten zugunsten der Produktion von Konsumtionsmitteln. Was aber bedeutet, sich von dem Primat der Produktion von Produktionsmitteln lossagen? Das bedeutet, unserer Volkswirtschaft die Möglich-

keit des ununterbrochenen Wachstums zu nehmen, denn es ist unmöglich, das ununterbrochene Wachstum der Volkswirtschaft zu gewährleisten, ohne zugleich das Primat der Produktion von Produktionsmitteln zu gewährleisten.

Diese Genossen vergessen, daß das Wertgesetz nur im Kapitalismus, nur beim Vorhandensein des Privateigentums an den Produktionsmitteln, beim Vorhandensein der Konkurrenz, der Anarchie der Produktion, der Überproduktionskrisen Regulator der Produktion sein kann. Sie vergessen, daß der Wirkungsbereich des Wertgesetzes bei uns durch das Vorhandensein des gesellschaftlichen Eigentums an den Produktionsmitteln, durch die Wirkung des Gesetzes der planmäßigen Entwicklung der Volkswirtschaft eingeschränkt ist — daß er folglich auch durch unsere Jahres- und Fünfjahrpläne eingeschränkt ist, die eine annähernde Widerspiegelung der Erfordernisse dieses Gesetzes sind.

Manche Genossen ziehen daraus den Schluß, daß das Gesetz der planmäßigen Entwicklung der Volkswirtschaft und die Planung der Volkswirtschaft das Prinzip der Rentabilität der Produktion aufheben. Das ist völlig falsch. Die Sache verhält sich gerade umgekehrt. Wenn man die Rentabilität nicht vom Standpunkt einzelner Betriebe oder Produktionszweige betrachtet und nicht den Maßstab eines Jahres anlegt, sondern sie vom Standpunkt der gesamten Volkswirtschaft betrachtet und den Maßstab von etwa 10 bis 15 Jahren anlegt, was die einzig richtige Fragestellung wäre, dann steht die zeitweilige und labile Rentabilität einzelner Betriebe oder Produktionszweige in gar keinem Vergleich zu der höheren Form der sicheren und ständigen Rentabilität, die uns die Wirkung des Gesetzes der planmäßigen Entwicklung der Volkswirtschaft und die Planung der Volkswirtschaft gewährleisten, indem sie uns vor den periodischen Wirtschaftskrisen,

die die Volkswirtschaft zerrütten und der Gesellschaft gewaltigen materiellen Schaden zufügen, bewahren und uns das ununterbrochene außerordentlich schnelle Wachstum der Volkswirtschaft sichern.

Kurz gesagt, es kann kein Zweifel bestehen, daß unter unseren gegenwärtigen sozialistischen Produktionsbedingungen das Wertgesetz nicht der „Regulator der Proportionen“ bei der Verteilung der Arbeit zwischen den verschiedenen Produktionszweigen sein kann.

4. Die Frage der Aufhebung des Gegensatzes zwischen Stadt und Land, zwischen geistiger und körperlicher Arbeit, sowie die Frage der Beseitigung der Unterschiede zwischen ihnen

Diese Überschrift berührt eine Reihe von Problemen, die sich wesentlich voneinander unterscheiden; ich vereinige sie jedoch in einem Kapitel, nicht um sie miteinander zu vermengen, sondern ausschließlich der Kürze der Darstellung wegen.

Das Problem der Aufhebung des Gegensatzes zwischen Stadt und Land, zwischen Industrie und Landwirtschaft ist ein bekanntes Problem, das bereits vor langem von Marx und Engels behandelt wurde. Die ökonomische Grundlage dieses Gegensatzes bilden die Ausbeutung des Dorfes durch die Stadt, die Expropriation der Bauernschaft und die Ruinierung der Mehrheit der ländlichen Bevölkerung durch den ganzen Verlauf der Entwicklung der Industrie, des Handels, des Kreditsystems im Kapitalismus. Darum muß der Gegensatz zwischen Stadt und Land im Kapitalismus als Interessengegensatz betrachtet werden. Auf diesem Boden ent-

stand das feindliche Verhalten des Dorfes zur Stadt und überhaupt zu den „Städtern“.

Zweifellos mußte mit der Beseitigung des Kapitalismus und des Systems der Ausbeutung, mit der Festigung der sozialistischen Ordnung in unserem Lande auch der Interessengegensatz zwischen Stadt und Land, zwischen Industrie und Landwirtschaft verschwinden. So geschah es auch. Die gewaltige Hilfe, die unserer Bauernschaft von der sozialistischen Stadt, von unserer Arbeiterklasse bei der Liquidierung der Gutsbesitzer und des Kulakentums erwiesen wurde, festigte den Boden für das Bündnis der Arbeiterklasse mit der Bauernschaft, und die systematische Versorgung der Bauernschaft und ihrer Kollektivwirtschaften mit erstklassigen Traktoren und anderen Maschinen verwandelte das Bündnis der Arbeiterklasse mit der Bauernschaft in Freundschaft zwischen ihnen. Natürlich stellen die Arbeiter und die Kollektivbauernschaft dennoch zwei Klassen dar, die sich ihrer Lage nach voneinander unterscheiden. Aber dieser Unterschied schwächt in keiner Weise ihre Freundschaft. Im Gegenteil, ihre Interessen liegen auf der gleichen gemeinsamen Linie, auf der Linie der Festigung der sozialistischen Ordnung und des Sieges des Kommunismus. Es ist daher nicht verwunderlich, daß von dem früheren Mißtrauen, schon gar nicht zu reden von dem Haß des Dorfes gegen die Stadt, auch nicht eine Spur übriggeblieben ist.

All dies bedeutet, daß dem Gegensatz zwischen Stadt und Land, zwischen Industrie und Landwirtschaft durch unsere gegenwärtige sozialistische Ordnung bereits der Boden entzogen ist.

Das bedeutet natürlich nicht, daß die Aufhebung des Gegensatzes zwischen Stadt und Land zum „Untergang der

großen Städte“* führen muß (siehe den „Anti-Dühring“ von Engels). Die großen Städte werden nicht nur nicht untergehen, sondern es werden noch neue große Städte entstehen als Zentren des größten Wachstums der Kultur, als Zentren nicht nur der Großindustrie, sondern auch der Verarbeitung der landwirtschaftlichen Produkte und der mächtigen Entwicklung aller Zweige der Nahrungsmittelindustrie. Dieser Umstand wird das kulturelle Aufblühen des Landes erleichtern und zur Angleichung der Lebensbedingungen in der Stadt und auf dem Lande führen.

Eine analoge Lage haben wir in bezug auf das Problem der Aufhebung des Gegensatzes zwischen geistiger und körperlicher Arbeit. Dieses Problem ist ebenfalls ein bekanntes Problem, das bereits vor langem von Marx und Engels behandelt wurde. Die ökonomische Grundlage des Gegensatzes zwischen geistiger und körperlicher Arbeit ist die Ausbeutung der körperlich Arbeitenden durch Vertreter geistiger Arbeit. Allen bekannt ist die Kluft, die während des Kapitalismus in den Betrieben zwischen den körperlich Arbeitenden und dem leitenden Personal bestand. Bekanntlich hat sich auf Grund dieser Kluft das feindliche Verhalten der Arbeiter zum Direktor, zum Meister, zum Ingenieur und zu den anderen Vertretern des technischen Personals, als zu ihren Feinden, entwickelt. Es ist klar, daß mit der Beseitigung des Kapitalismus und des Systems der Ausbeutung auch der Interessengegensatz zwischen körperlicher und geistiger Arbeit verschwinden mußte. Und er ist in unserer heutigen sozialistischen Ordnung tatsächlich verschwunden. Jetzt sind die körperlich Arbeitenden und das leitende Personal nicht Feinde, sondern Genossen, Freunde, Mitglieder des einheit-

* Siehe Marx/Engels, *Werke*, deutsche Ausgabe, Bd. 20, S. 277.

lichen Produktionskollektivs, die am Gedeihen und an der Verbesserung der Produktion zutiefst interessiert sind. Von der früheren Feindschaft zwischen ihnen ist auch nicht eine Spur übriggeblieben.

Einen völlig anderen Charakter hat das Problem des Verschwindens der Unterschiede zwischen der Stadt (Industrie) und dem Dorf (Landwirtschaft), zwischen körperlicher und geistiger Arbeit. Dieses Problem wurde von den Klassikern des Marxismus nicht behandelt. Das ist ein neues Problem, vor das wir durch die Praxis unseres sozialistischen Aufbaus gestellt wurden.

Ist das nicht ein ausgeklügeltes Problem, hat es für uns irgendeine praktische oder theoretische Bedeutung? Nein, dieses Problem darf man nicht als ausgeklügeltes Problem betrachten. Im Gegenteil, es ist ein für uns im höchsten Maße ernstes Problem.

Wenn man zum Beispiel den Unterschied zwischen der Landwirtschaft und der Industrie nimmt, so besteht er bei uns nicht nur darin, daß die Arbeitsbedingungen in der Landwirtschaft von den Arbeitsbedingungen in der Industrie verschieden sind, sondern vor allem und hauptsächlich darin, daß wir in der Industrie allgemeines Volkseigentum an den Produktionsmitteln und den Erzeugnissen der Produktion haben, während wir in der Landwirtschaft nicht allgemeines Volkseigentum, sondern Gruppeneigentum, kollektivwirtschaftliches Eigentum haben. Es wurde bereits gesagt, daß dieser Umstand zur Erhaltung der Warenzirkulation führt, daß nur mit dem Verschwinden dieses Unterschieds zwischen der Industrie und der Landwirtschaft die Warenproduktion mit allen sich aus ihr ergebenden Folgen verschwinden kann. Folglich kann nicht geleugnet werden, daß das Verschwinden

dieses wesentlichen Unterschieds zwischen der Landwirtschaft und der Industrie für uns erstrangige Bedeutung haben muß.

Dasselbe muß über das Problem der Beseitigung des wesentlichen Unterschieds zwischen geistiger und körperlicher Arbeit gesagt werden. Dieses Problem ist für uns ebenfalls von erstrangiger Bedeutung. Bis zu Beginn der Entfaltung des sozialistischen Massenwettbewerbs ging das Wachstum der Industrie bei uns nur mit großen Reibungen vor sich, und viele Genossen stellten sogar die Frage der Verlangsamung des Tempos der Entwicklung der Industrie. Das erklärt sich hauptsächlich daraus, daß das kulturelle und technische Niveau der Arbeiter zu niedrig war und weit hinter dem Niveau des technischen Personals zurückblieb. Die Sache änderte sich jedoch grundlegend, nachdem der sozialistische Wettbewerb bei uns Massencharakter angenommen hatte. Gerade danach ging es mit der Industrie in beschleunigtem Tempo aufwärts. Warum nahm der sozialistische Wettbewerb Massencharakter an? Weil sich unter den Arbeitern ganze Gruppen von Genossen fanden, die sich nicht nur das technische Minimum aneigneten, sondern weitergingen, das Niveau des technischen Personals erreichten und begannen, die Techniker und Ingenieure zu korrigieren, mit den bestehenden Normen als veralteten Normen zu brechen und neue, zeitgemäßere Normen einzuführen usw. Was wäre gewesen, wenn nicht einzelne Gruppen von Arbeitern, sondern die Mehrheit der Arbeiter ihr kulturelles und technisches Niveau auf das Niveau von Ingenieuren und Technikern gehoben hätten? Unsere Industrie hätte eine Höhe erreicht, die für die Industrie anderer Länder unerreichbar ist. Folglich kann nicht geleugnet werden, daß die Beseitigung des wesentlichen Unterschieds zwischen geistiger und körperlicher Arbeit durch Hebung des kulturellen und

technischen Niveaus der Arbeiter auf das Niveau des technischen Personals für uns erstrangige Bedeutung haben muß.

Manche Genossen behaupten, daß mit der Zeit nicht nur der wesentliche Unterschied zwischen Industrie und Landwirtschaft, zwischen körperlicher und geistiger Arbeit verschwinde, sondern daß sogar *jeglicher* Unterschied zwischen ihnen verschwinde. Das stimmt nicht. Die Beseitigung des wesentlichen Unterschieds zwischen Industrie und Landwirtschaft kann nicht zur Beseitigung jeglichen Unterschieds zwischen ihnen führen. Irgendein Unterschied, wenn auch kein wesentlicher, wird angesichts der Verschiedenheit der Arbeitsbedingungen in der Industrie und in der Landwirtschaft unbedingt bestehen bleiben. Sogar in der Industrie sind, wenn man ihre verschiedenen Zweige betrachtet, die Arbeitsbedingungen nicht überall die gleichen: Die Arbeitsbedingungen der Bergarbeiter beispielsweise sind von den Arbeitsbedingungen der Arbeiter einer mechanisierten Schuhfabrik verschieden, die Arbeitsbedingungen der Arbeiter im Erzbergbau sind von den Arbeitsbedingungen der Arbeiter in der Maschinenbauindustrie verschieden. Wenn dies richtig ist, so muß um so mehr ein gewisser Unterschied zwischen Industrie und Landwirtschaft bestehen bleiben.

Dasselbe muß über den Unterschied zwischen geistiger und körperlicher Arbeit gesagt werden. Der wesentliche Unterschied zwischen ihnen im Sinne der großen Ungleichheit im kulturell-technischen Niveau wird unbedingt verschwinden. Aber irgendein Unterschied, wenn auch kein wesentlicher, wird dennoch bestehen bleiben, und sei es nur darum, weil die Arbeitsbedingungen des leitenden Personals der Betriebe und die Arbeitsbedingungen der Arbeiter nicht die gleichen sind.

Die Genossen, die das Gegenteil behaupten, stützen sich wahrscheinlich auf die bekannte Formulierung in einigen meiner Ausführungen, wo von der Beseitigung des Unterschieds zwischen Industrie und Landwirtschaft, zwischen geistiger und körperlicher Arbeit die Rede ist, ohne daß der Vorbehalt gemacht wird, daß es sich um die Beseitigung des *wesentlichen*, nicht aber jeglichen Unterschieds handelt. Die Genossen haben meine Formulierung eben in diesem Sinne aufgefaßt und angenommen, daß die Beseitigung jeglichen Unterschieds gemeint ist. Das bedeutet aber, daß die Formulierung ungenau, unbefriedigend war. Man muß sie fallenlassen und durch eine andere Formulierung ersetzen, die von der Beseitigung der wesentlichen Unterschiede und vom Bestehenbleiben unwesentlicher Unterschiede zwischen Industrie und Landwirtschaft, zwischen geistiger und körperlicher Arbeit spricht.

*5. Die Frage des Zerfalls des einheitlichen Weltmarktes
und der Vertiefung der Krise des kapitalistischen
Weltsystems*

Als wichtigstes ökonomisches Ergebnis des zweiten Weltkrieges und seiner wirtschaftlichen Folgen muß der Zerfall des einheitlichen, allumfassenden Weltmarktes betrachtet werden. Dieser Umstand bedingte die weitere Vertiefung der allgemeinen Krise des kapitalistischen Weltsystems.

Der zweite Weltkrieg selbst ist durch diese Krise hervorgerufen worden. Jede der zwei kapitalistischen Koalitionen, die sich während des Krieges ineinander verbissen hatten, rechnete darauf, den Gegner zu schlagen und die Weltherrschaft zu erlangen. Darin suchten sie den Ausweg aus der

Krise. Die Vereinigten Staaten von Amerika rechneten darauf, ihre gefährlichsten Konkurrenten, Deutschland und Japan, auszuschalten, die ausländischen Märkte sowie die Weltrohstoffressourcen an sich zu reißen und die Weltherrschaft zu erlangen.

Der Krieg hat diese Hoffnungen jedoch nicht erfüllt. Zwar wurden Deutschland und Japan als Konkurrenten der drei wichtigsten kapitalistischen Länder, der USA, Englands, Frankreichs, ausgeschaltet. Aber zugleich fielen China und in Europa die anderen volksdemokratischen Länder vom kapitalistischen System ab und bildeten zusammen mit der Sowjetunion das einheitliche und mächtige sozialistische Lager, das dem Lager des Kapitalismus gegenübersteht. Das ökonomische Ergebnis der Existenz der zwei gegensätzlichen Lager ist, daß der einheitliche, allumfassende Weltmarkt zerfallen ist und wir infolgedessen jetzt zwei parallele Weltmärkte haben, die ebenfalls einander gegenüberstehen.

Es muß bemerkt werden, daß die USA sowie England und Frankreich, natürlich ohne ihren Willen, die Bildung und Festigung des neuen, parallelen Weltmarktes selbst gefördert haben. Sie haben über die UdSSR, China und die europäischen volksdemokratischen Länder, die sich nicht dem „Marshallplan“-System angeschlossen haben, die ökonomische Blockade verhängt in der Hoffnung, sie damit zu erdrosseln. In der Tat aber ergab sich keine Erdrosselung, sondern eine Festigung des neuen Weltmarktes.

Das Wesentliche ist hierbei jedoch natürlich nicht die ökonomische Blockade, sondern, daß sich diese Länder in der Nachkriegsperiode wirtschaftlich zusammengeschlossen und eine ökonomische Zusammenarbeit und gegenseitige Hilfe in die Wege geleitet haben. Die Erfahrung dieser Zusammenarbeit zeigt, daß kein einziges kapitalistisches Land den

volksdemokratischen Ländern eine so wirksame und technisch qualifizierte Hilfe hätte erweisen können, wie sie ihnen die Sowjetunion erweist. Es geht nicht nur darum, daß diese Hilfe äußerst wohlfeil und technisch erstklassig ist. Es geht vor allem darum, daß dieser Zusammenarbeit der aufrichtige Wunsch zugrunde liegt, einander zu helfen und einen allgemeinen wirtschaftlichen Aufschwung zu erzielen. Das Ergebnis ist, daß wir ein hohes Tempo der industriellen Entwicklung in diesen Ländern haben. Man kann mit Bestimmtheit sagen, daß es bei einem solchen Entwicklungstempo der Industrie bald dahin kommt, daß diese Länder nicht nur nicht auf die Einfuhr von Waren aus den kapitalistischen Ländern angewiesen sind, sondern selbst die Notwendigkeit spüren, die überschüssigen Waren ihrer Produktion zu exportieren.

Daraus folgt aber, daß das Gebiet, wo die ausschlaggebenden kapitalistischen Länder (USA, England, Frankreich) mit ihren Kräften auf die Weltressourcen einwirken, sich nicht erweitern, sondern einengen wird, daß sich für diese Länder die Absatzbedingungen auf dem Weltmarkt verschlechtern werden und daß die Unterbelastung der Betriebe in diesen Ländern zunehmen wird. Darin besteht eigentlich auch die Vertiefung der allgemeinen Krise des kapitalistischen Systems im Zusammenhang mit dem Zerfall des Weltmarktes.

Das spüren die Kapitalisten selbst, denn es ist schwer, den Verlust solcher Märkte wie der UdSSR und Chinas nicht zu spüren. Sie bemühen sich, über diese Schwierigkeiten durch den „Marshallplan“, den Krieg in Korea, das Rüstungsfieber und die Militarisierung der Industrie hinwegzukommen. Das sieht aber genauso aus, als ob Ertrinkende nach dem Strohalm greifen.

Im Zusammenhang mit dieser Lage sind den Wirtschaftswissenschaftlern zwei Fragen gestellt:

a) Kann man behaupten, daß Stalins bekannte, vor dem zweiten Weltkrieg aufgestellte These über die relative Stabilität der Märkte in der Periode der allgemeinen Krise des Kapitalismus noch immer in Kraft bleibt?

b) Kann man behaupten, daß Lenins bekannte, im Frühjahr 1916 aufgestellte These, wonach der Kapitalismus trotz seiner Fäulnis „im großen und ganzen unvergleichlich schneller wächst als früher“*, noch immer in Kraft bleibt?

Ich denke, das kann man keineswegs behaupten. Angesichts der neuen Bedingungen, die im Zusammenhang mit dem zweiten Weltkrieg aufgetreten sind, muß festgestellt werden, daß beide Thesen ihre Geltung verloren haben.

6. Die Frage der Unvermeidlichkeit von Kriegen zwischen den kapitalistischen Ländern

Manche Genossen behaupten, daß infolge der Entwicklung der neuen internationalen Bedingungen nach dem zweiten Weltkrieg Kriege zwischen den kapitalistischen Ländern nicht mehr unvermeidlich seien. Sie meinen, daß die Gegensätze zwischen dem Lager des Sozialismus und dem Lager des Kapitalismus stärker seien als die Gegensätze zwischen den kapitalistischen Ländern, daß die Vereinigten Staaten von Amerika sich die anderen kapitalistischen Länder so weit untergeordnet hätten, um ihnen nicht zu gestatten, untereinander Krieg zu führen und sich gegenseitig zu schwächen, daß die tonangebenden Leute des Kapitalismus aus der Erfahrung

* Siehe Lenin, *Werke*, deutsche Ausgabe, Bd. 22, S. 306.

zweier Weltkriege, die der ganzen kapitalistischen Welt schweren Schaden zugefügt haben, genügend gelernt hätten, um sich nicht noch einmal zu erlauben, die kapitalistischen Länder in einen Krieg gegeneinander hineinzuziehen — daß infolge all dessen die Kriege zwischen den kapitalistischen Ländern nicht mehr unvermeidlich seien.

Diese Genossen irren sich. Sie sehen die an der Oberfläche schimmernden äußeren Erscheinungen, aber sie sehen nicht die in der Tiefe wirkenden Kräfte, die, obwohl sie vorläufig unmerkbar wirken, dennoch den Lauf der Ereignisse bestimmen werden.

Nach außen hin scheint alles „wohlgeordnet“ zu sein. Die Vereinigten Staaten von Amerika haben Westeuropa, Japan und andere kapitalistische Länder auf Ration gesetzt; (West-) Deutschland, England, Frankreich, Italien, Japan, die in die Klauen der USA geraten sind, führen gehorsam die Befehle der USA aus. Es wäre aber falsch, wollte man annehmen, dieser „wohlgeordnete Zustand“ könne „in alle Ewigkeit“ erhalten bleiben, diese Länder würden die Herrschaft und das Joch der Vereinigten Staaten von Amerika endlos dulden, sie würden nicht versuchen, aus der amerikanischen Knechtschaft auszubrechen und den Weg einer selbständigen Entwicklung zu beschreiten.

Nehmen wir vor allem England und Frankreich. Ohne Zweifel sind dies imperialistische Länder. Ohne Zweifel haben billige Rohstoffe und gesicherte Absatzmärkte für sie erstrangige Bedeutung. Kann man annehmen, daß sie die gegenwärtige Lage endlos dulden werden, da die Amerikaner unter dem Deckmantel der „Hilfe“ auf der Linie des „Marshallplans“ in die Wirtschaft Englands und Frankreichs eindringen und bestrebt sind, sie in ein Anhängsel der Wirtschaft der Vereinigten Staaten von Amerika zu verwandeln, da das

amerikanische Kapital die Rohstoffe und die Absatzmärkte in den englisch-französischen Kolonien an sich reißt und damit den hohen Profiten der englisch-französischen Kapitalisten eine Katastrophe bereitet? Ist es nicht richtiger zu sagen, daß das kapitalistische England und, ihm folgend, auch das kapitalistische Frankreich schließlich und endlich gezwungen sein werden, sich aus der Umarmung der USA loszureißen und einen Konflikt mit ihnen zu riskieren, um sich eine selbständige Stellung und, natürlich, hohe Profite zu sichern?

Gehen wir zu den hauptsächlichen besieigten Ländern über, zu (West-)Deutschland und Japan. Diese Länder fristen jetzt unter dem Stiefel des amerikanischen Imperialismus ein elendes Dasein. Ihre Industrie und Landwirtschaft, ihr Handel, ihre Außen- und Innenpolitik, ihre ganze Lebensweise sind durch das amerikanische Besatzungs„regime“ gefesselt. Aber diese Länder waren doch gestern noch imperialistische Großmächte, die die Grundlagen der Herrschaft Englands, der USA und Frankreichs in Europa und in Asien erschütterten. Wollte man annehmen, diese Länder würden nicht versuchen, wieder auf die Beine zu kommen, das „Regime“ der USA zu durchbrechen und auf den Weg einer selbständigen Entwicklung vorzudringen — so hieße das, an Wunder glauben.

Man sagt, daß die Gegensätze zwischen dem Kapitalismus und dem Sozialismus stärker sind als die Gegensätze zwischen den kapitalistischen Ländern. Theoretisch ist das natürlich richtig. Das ist nicht nur jetzt, in der gegenwärtigen Zeit, richtig, das war auch vor dem zweiten Weltkrieg richtig. Und dessen waren sich die Machthaber der kapitalistischen Länder mehr oder weniger bewußt. Und dennoch begann der zweite Weltkrieg nicht mit einem Krieg gegen die UdSSR, sondern mit dem Krieg zwischen den kapitalistischen Län-

dern. Warum? Erstens, weil ein Krieg gegen die UdSSR, als das Land des Sozialismus, für den Kapitalismus gefährlicher ist als ein Krieg zwischen den kapitalistischen Ländern, denn wenn es bei einem Krieg zwischen den kapitalistischen Ländern nur um die Frage der Vorherrschaft dieser oder jener kapitalistischen Länder über andere kapitalistische Länder geht, so muß ein Krieg gegen die UdSSR unbedingt die Frage der Existenz des Kapitalismus selbst aufwerfen. Zweitens, weil die Kapitalisten, obwohl sie zum Zwecke der „Propaganda“ über eine Aggressivität der Sowjetunion zeternd, selbst nicht an solche Aggressivität glauben, da sie der Friedenspolitik der Sowjetunion Rechnung tragen und wissen, daß die Sowjetunion die kapitalistischen Länder nicht von sich aus angreifen wird.

Nach dem ersten Weltkrieg hat man ebenfalls angenommen, Deutschland sei endgültig erledigt, ebenso wie auch heute manche Genossen meinen, Japan und Deutschland seien endgültig erledigt. Damals wurde auch davon geredet und in der Presse darüber geschrien, daß die Vereinigten Staaten von Amerika Europa auf Ration gesetzt haben, daß Deutschland nicht wieder auf die Beine kommen könne, daß es von nun an zwischen den kapitalistischen Ländern keine Kriege mehr geben könne. Doch hat sich Deutschland nach seiner Niederlage trotzdem in etwa 15—20 Jahren wiederaufgerichtet und ist als Großmacht wieder auf die Beine gekommen, nachdem es aus der Knechtschaft ausgebrochen war und den Weg einer selbständigen Entwicklung beschritten hatte. Dabei ist charakteristisch, daß niemand anders als England und die Vereinigten Staaten von Amerika Deutschland geholfen haben, sich ökonomisch aufzurichten und sein kriegswirtschaftliches Potential zu erhöhen. Natürlich verfolgten die USA und England, als sie Deutschland halfen, sich ökonomisch

aufzurichten, die Absicht, Deutschland, nachdem es sich aufgerichtet hat, gegen die Sowjetunion zu lenken, es gegen das Land des Sozialismus auszuspielen. Deutschland richtete seine Kräfte jedoch in erster Linie gegen den englisch-französisch-amerikanischen Block. Und als Hitlerdeutschland der Sowjetunion den Krieg erklärte, schloß sich der englisch-französisch-amerikanische Block nicht nur nicht Hitlerdeutschland an, sondern war im Gegenteil gezwungen, eine Koalition mit der UdSSR gegen Hitlerdeutschland einzugehen.

Folglich erwies sich der Kampf der kapitalistischen Länder um die Märkte und der Wunsch, ihre Konkurrenten abzuwürgen, praktisch als stärker denn der Gegensatz zwischen dem Lager des Kapitalismus und dem Lager des Sozialismus.

Es fragt sich, welche Garantien gibt es, daß Deutschland und Japan nicht erneut auf die Beine kommen, daß sie nicht versuchen werden, aus der amerikanischen Knechtschaft auszubrechen und ein selbständiges Leben zu führen? Ich denke, solche Garantien gibt es nicht.

Daraus folgt aber, daß die Unvermeidlichkeit von Kriegen zwischen den kapitalistischen Ländern bestehen bleibt.

Man sagt, Lenins These, daß der Imperialismus unvermeidlich Kriege hervorbringt, müsse als veraltet angesehen werden, da gegenwärtig mächtige Volkskräfte herangewachsen sind, die zur Verteidigung des Friedens, gegen einen neuen Weltkrieg auftreten. Das ist falsch.

Die gegenwärtige Friedensbewegung verfolgt das Ziel, die Volksmassen zum Kampf für die Erhaltung des Friedens, zur Verhütung eines neuen Weltkrieges zu mobilisieren. Folglich setzt sie sich nicht das Ziel, den Kapitalismus zu stürzen und den Sozialismus zu errichten — sie beschränkt sich auf die demokratischen Ziele des Kampfes für die Erhaltung des Friedens. In dieser Beziehung unterscheidet sich die gegen-

wärtige Bewegung für die Erhaltung des Friedens von der Bewegung während des ersten Weltkrieges für die Umwandlung des imperialistischen Krieges in den Bürgerkrieg, da diese Bewegung weiterging und sozialistische Ziele verfolgte.

Es ist möglich, daß bei einem bestimmten Zusammentreffen von Umständen der Kampf für den Frieden sich hier und da zum Kampf um den Sozialismus entwickelt, aber das wird nicht mehr die gegenwärtige Friedensbewegung sein, sondern eine Bewegung zum Sturz des Kapitalismus.

Am wahrscheinlichsten ist, daß die gegenwärtige Friedensbewegung, als Bewegung für die Erhaltung des Friedens, im Falle des Erfolges zur Verhütung eines *bestimmten* Krieges, zu seinem zeitweiligen Aufschub, zur zeitweiligen Erhaltung des *gegebenen* Friedens, zum Rücktritt einer kriegslüsternden Regierung und zu ihrer Ablösung durch eine andere Regierung führt, die bereit ist, zeitweilig den Frieden zu erhalten. Das ist natürlich gut. Das ist sogar sehr gut. Aber dennoch genügt das nicht, um die Unvermeidlichkeit von Kriegen zwischen den kapitalistischen Ländern überhaupt zu beseitigen. Es genügt nicht, da bei allen diesen Erfolgen der Friedensbewegung der Imperialismus dennoch erhalten bleibt, bestehen bleibt und folglich auch die Unvermeidlichkeit der Kriege bestehen bleibt.

Um die Unvermeidlichkeit der Kriege zu beseitigen, muß der Imperialismus vernichtet werden.

7. *Die Frage der ökonomischen Grundgesetze des modernen Kapitalismus und des Sozialismus*

Wie bekannt, wurde die Frage der ökonomischen Grundgesetze des Kapitalismus und des Sozialismus in der Diskus-

sion einige Male aufgeworfen. Es wurden darüber verschiedene Meinungen geäußert, darunter die allerphantastischsten. Die Mehrheit der Diskussionsteilnehmer reagierte allerdings nur schwach auf diese Frage, und in dieser Hinsicht gelangte man zu keinerlei Entscheidung. Jedoch hat kein Diskussions- teilnehmer das Bestehen solcher Gesetze in Abrede gestellt.

Besteht ein ökonomisches Grundgesetz des Kapitalismus? Ja, es besteht. Was ist das für ein Gesetz, welches sind seine charakteristischen Züge? Das ökonomische Grundgesetz des Kapitalismus ist ein Gesetz, das nicht irgendeine einzelne Seite oder irgendwelche einzelnen Prozesse der Entwicklung der kapitalistischen Produktion bestimmt, sondern alle wichtigsten Seiten und alle wichtigsten Prozesse dieser Entwicklung, folglich das Wesentliche der kapitalistischen Produktion, ihr Wesen, bestimmt.

Ist vielleicht das Wertgesetz das ökonomische Grundgesetz des Kapitalismus? Nein. Das Wertgesetz ist vor allem das Gesetz der Warenproduktion. Es bestand vor dem Kapitalismus und besteht ebenso wie die Warenproduktion nach dem Sturz des Kapitalismus, zum Beispiel in unserem Lande, weiter, wenn auch mit beschränktem Wirkungsbereich. Natürlich spielt das Wertgesetz, das unter den Bedingungen des Kapitalismus einen breiten Wirkungsbereich hat, in der Entwicklung der kapitalistischen Produktion eine große Rolle, aber es bestimmt nicht nur nicht das Wesen der kapitalistischen Produktion und die Grundlagen des kapitalistischen Profits, es wirft nicht einmal diese Probleme auf. Darum kann es nicht das ökonomische Grundgesetz des modernen Kapitalismus sein.

Aus den gleichen Erwägungen kann das Gesetz der Konkurrenz und der Anarchie der Produktion oder das Gesetz der ungleichmäßigen Entwicklung des Kapitalismus in den

verschiedenen Ländern nicht das ökonomische Grundgesetz des Kapitalismus sein.

Man sagt, das Gesetz der Durchschnittsprofitrate sei das ökonomische Grundgesetz des modernen Kapitalismus. Das stimmt nicht. Der moderne Kapitalismus, der monopolistische Kapitalismus kann sich mit dem Durchschnittsprofit nicht begnügen, der angesichts der Erhöhung der organischen Zusammensetzung des Kapitals noch dazu die Tendenz hat zu fallen. Der moderne monopolistische Kapitalismus fordert nicht Durchschnittsprofit, sondern ein Maximum an Profit, das nötig ist, um die erweiterte Reproduktion mehr oder weniger regulär zu verwirklichen.

Am nächsten kommt dem Begriff des ökonomischen Grundgesetzes des Kapitalismus das Gesetz des Mehrwerts, das Gesetz der Entstehung und des Anwachsens des kapitalistischen Profits. Es bestimmt tatsächlich die grundlegenden Züge der kapitalistischen Produktion. Aber das Gesetz des Mehrwerts ist ein zu allgemeines Gesetz, es berührt nicht das Problem der höchsten Profitrate, deren Sicherung die Entwicklungsbedingung des monopolistischen Kapitalismus ist. Um diese Lücke auszufüllen, muß das Gesetz des Mehrwerts konkretisiert und weiterentwickelt werden in Anwendung auf die Bedingungen des monopolistischen Kapitalismus, wobei zu berücksichtigen ist, daß der monopolistische Kapitalismus nicht irgendwelchen Profit, sondern gerade den Maximalprofit fordert. Dies ist denn auch das ökonomische Grundgesetz des modernen Kapitalismus.

Die wichtigsten Züge und Erfordernisse des ökonomischen Grundgesetzes des modernen Kapitalismus könnten etwa folgendermaßen formuliert werden: Sicherung des kapitalistischen Maximalprofits durch Ausbeutung, Ruinierung und Verelendung der Mehrheit der Bevölkerung des

gegebenen Landes, durch Versklavung und systematische Ausplünderung der Völker anderer Länder, besonders der zurückgebliebenen Länder, und schließlich durch Kriege und Militarisierung der Volkswirtschaft, die der Sicherung von Höchstprofiten dienen.

Man sagt, der Durchschnittsprofit könnte doch für die kapitalistische Entwicklung unter den modernen Bedingungen als völlig ausreichend betrachtet werden. Das stimmt nicht. Der Durchschnittsprofit ist die unterste Grenze der Rentabilität, unter der die kapitalistische Produktion unmöglich wird. Es wäre aber lächerlich, wollte man glauben, daß die Hauptmacher des modernen monopolistischen Kapitalismus, die Kolonien an sich reißen, Völker versklaven und Kriege anzetteln, bestrebt wären, sich nur den Durchschnittsprofit zu sichern. Nein, nicht der Durchschnittsprofit und nicht der Extraprofit, der in der Regel nur eine gewisse Erhöhung über den Durchschnittsprofit darstellt, sondern eben der Maximalprofit ist die Triebkraft des monopolistischen Kapitalismus. Gerade die Notwendigkeit, Maximalprofite zu erlangen, treibt den Monopolkapitalismus zu so riskanten Schritten wie Versklavung und systematische Ausplünderung der Kolonien und anderer rückständiger Länder, Verwandlung einer Reihe unabhängiger Länder in abhängige Länder, Organisation neuer Kriege, die für die Hauptmacher des modernen Kapitalismus das beste „Business“ sind, um Maximalprofite herauszuholen, und schließlich wie der Versuch, die ökonomische Weltherrschaft zu erobern.

Die Bedeutung des ökonomischen Grundgesetzes des Kapitalismus besteht unter anderem darin, daß es, indem es alle wichtigsten Erscheinungen auf dem Gebiet der Entwicklung der kapitalistischen Produktionsweise, ihre Auf-

schwungperioden und Krisen, ihre Siege und Niederlagen, ihre Vorzüge und Mängel — den ganzen Prozeß ihrer widerspruchsvollen Entwicklung — bestimmt, die Möglichkeit gibt, sie zu verstehen und zu erklären.

Hier eins der zahlreichen „erstaunlichen“ Beispiele.

Allen bekannt sind die Tatsachen aus der Geschichte und der Praxis des Kapitalismus, die von der stürmischen Entwicklung der Technik im Kapitalismus zeugen, wo die Kapitalisten als Bannerträger der fortschrittlichen Technik, als Revolutionäre auf dem Gebiet der Entwicklung der Produktionstechnik auftreten. Aber bekannt sind auch Tatsachen anderer Art, die davon zeugen, daß die Entwicklung der Technik im Kapitalismus aufgehalten wird, wo die Kapitalisten als Reaktionäre auf dem Gebiet der Entwicklung der neuen Technik auftreten und nicht selten zur Handarbeit übergehen.

Wodurch ist dieser schreiende Widerspruch zu erklären? Er ist nur durch das ökonomische Grundgesetz des modernen Kapitalismus zu erklären, das heißt durch die Notwendigkeit der Erzielung von Maximalprofiten. Der Kapitalismus ist für neue Technik, wenn sie ihm Höchstprofite verheißt. Der Kapitalismus ist gegen die neue Technik und für den Übergang zur Handarbeit, wenn ihm die neue Technik nicht mehr Höchstprofite verheißt.

So ist es um das ökonomische Grundgesetz des modernen Kapitalismus bestellt.

Besteht ein ökonomisches Grundgesetz des Sozialismus? Ja, es besteht. Welches sind die wesentlichen Züge und Erfordernisse dieses Gesetzes? Die wesentlichen Züge und Erfordernisse des ökonomischen Grundgesetzes des Sozialismus könnten etwa folgendermaßen formuliert werden: Sicherung der maximalen Befriedigung der ständig wachsen-

den materiellen und kulturellen Bedürfnisse der gesamten Gesellschaft durch ununterbrochenes Wachstum und stetige Vervollkommnung der sozialistischen Produktion auf der Basis der höchstentwickelten Technik.

Folglich: Statt Sicherung von Maximalprofiten — Sicherung der maximalen Befriedigung der materiellen und kulturellen Bedürfnisse der Gesellschaft; statt Entwicklung der Produktion mit Unterbrechungen von Aufschwung zu Krise und von Krise zu Aufschwung — ununterbrochenes Wachstum der Produktion; statt periodischer, von der Zerstörung der Produktivkräfte der Gesellschaft begleiteter Unterbrechungen in der Entwicklung der Technik — stetige Vervollkommnung der Produktion auf der Basis der höchstentwickelten Technik.

Man sagt, das ökonomische Grundgesetz des Sozialismus sei das Gesetz der planmäßigen, proportionalen Entwicklung der Volkswirtschaft. Das stimmt nicht. Die planmäßige Entwicklung der Volkswirtschaft, und folglich auch die Planung der Volkswirtschaft, die die mehr oder weniger richtige Widerspiegelung dieses Gesetzes darstellt, können von sich aus nichts bieten, wenn nicht bekannt ist, um welcher Aufgabe willen die planmäßige Entwicklung der Volkswirtschaft erfolgt, oder wenn die Aufgabe nicht klar ist. Das Gesetz der planmäßigen Entwicklung der Volkswirtschaft kann nur in dem Fall den notwendigen Effekt zeitigen, wenn eine Aufgabe vorhanden ist, um deren Verwirklichung willen die planmäßige Entwicklung der Volkswirtschaft erfolgt. Das Gesetz der planmäßigen Entwicklung der Volkswirtschaft als solches kann diese Aufgabe nicht stellen. Um so weniger kann die Planung der Volkswirtschaft sie stellen. Diese Aufgabe ist in dem ökonomischen Grundgesetz des Sozialismus enthalten, in

Gestalt seiner oben dargelegten Erfordernisse. Darum kann sich das Gesetz der planmäßigen Entwicklung der Volkswirtschaft nur in dem Fall voll auswirken, wenn es sich auf das ökonomische Grundgesetz des Sozialismus stützt.

Was die Planung der Volkswirtschaft anbelangt, so kann sie nur bei Beachtung von zwei Bedingungen positive Ergebnisse erzielen: a) wenn sie die Erfordernisse des Gesetzes der planmäßigen Entwicklung der Volkswirtschaft richtig widerspiegelt, b) wenn sie sich in allem nach den Erfordernissen des ökonomischen Grundgesetzes des Sozialismus richtet.

8. Andere Fragen

1. Die Frage des außerökonomischen Zwangs im Feudalismus.

Natürlich hat der außerökonomische Zwang bei der Festigung der ökonomischen Macht der feudalen Grundherren eine Rolle gespielt, aber nicht er war die Grundlage des Feudalismus, sondern das feudale Grundeigentum.

2. Die Frage des persönlichen Eigentums des Kollektivbauernhofs.

Es wäre falsch, im Entwurf des Lehrbuchs zu sagen, „Jeder Kollektivbauernhof hat eine Kuh, Kleinvieh und Geflügel in persönlicher Nutzung“. Tatsächlich sind bekanntlich Kuh, Kleinvieh, Geflügel usw. nicht in persönlicher Nutzung, sondern persönliches *Eigentum* des Kollektivbauernhofs. Der Ausdruck „in persönlicher Nutzung“ ist offensichtlich dem Musterstatut des landwirtschaftlichen Artels entnommen. Aber im Musterstatut des landwirtschaftlichen Artels ist ein Fehler unterlaufen. In der Ver-

fassung der UdSSR, die sorgfältiger ausgearbeitet wurde, wird etwas anderes gesagt, nämlich:

„Jeder Kollektivbauernhof hat . . . als persönliches Eigentum eine Nebengewirtschaft auf dem Hofland, ein Wohnhaus, Nutzvieh, Geflügel und landwirtschaftliches Kleininventar.“

Das ist natürlich richtig.

Außerdem müßte weiter ausgeführt werden, daß jeder Kollektivbauer, je nach den örtlichen Verhältnissen, von einer bis zu soundso viel Kühen, soundso viel Schafen, Ziegen, Schweinen (ebenfalls von — bis, je nach den örtlichen Verhältnissen) und eine unbeschränkte Menge von Hausgeflügel (Enten, Gänse, Hühner, Puten) als persönliches Eigentum besitzt.

Diese Einzelheiten haben große Bedeutung für unsere ausländischen Genossen, die genau wissen wollen, was eigentlich nach der Durchführung der Kollektivierung der Landwirtschaft bei uns als persönliches Eigentum im Kollektivbauernhof verblieben ist.

3. Die Frage der Höhe der Pachtzahlungen, die die Bauern an die Gutsbesitzer zu leisten hatten, sowie der Höhe der Ausgaben für den Bodenankauf.

Im Entwurf des Lehrbuchs wird gesagt, daß im Ergebnis der Nationalisierung des Grund und Bodens „die Bauernschaft von Pachtzahlungen an die Gutsbesitzer in Höhe von jährlich etwa 500 Millionen Rubel befreit wurde“ (man muß sagen „Goldrubel“). Diese Zahl müßte präzisiert werden, da sie, wie mir scheint, die Pachtzahlungen nicht in ganz Rußland, sondern nur in der Mehrzahl der Gouvernements Rußlands berücksichtigt. Dabei ist zu beachten, daß in einer Reihe von Randgebieten Rußlands die Pachtzahlungen in natura geleistet wurden, was von den Autoren des Lehrbuchentwurfs offensichtlich nicht berücksichtigt worden ist.

Außerdem ist zu beachten, daß die Bauernschaft nicht nur von den Pachtzahlungen befreit wurde, sondern auch von den jährlichen Ausgaben für den Bodenankauf. Ist dies im Entwurf des Lehrbuchs berücksichtigt worden? Mir scheint, es ist nicht berücksichtigt worden, müßte aber berücksichtigt werden.

4. Die Frage des Zusammenwachsens der Monopole mit dem Staatsapparat.

Der Ausdruck „Zusammenwachsen“ paßt nicht. Dieser Ausdruck stellt oberflächlich und beschreibend die Annäherung der Monopole und des Staates fest, deckt aber nicht den ökonomischen Sinn dieser Annäherung auf. Es ist so, daß der Prozeß dieser Annäherung nicht einfach zum Zusammenwachsen führt, sondern zur Unterordnung des Staatsapparats unter die Monopole. Darum sollte man auf das Wort „Zusammenwachsen“ verzichten und es durch die Worte „Unterordnung des Staatsapparats unter die Monopole“ ersetzen.

5. Die Frage der Anwendung von Maschinen in der UdSSR.

Im Entwurf des Lehrbuchs wird gesagt, daß „in der UdSSR Maschinen in allen Fällen angewandt werden, wo sie der Gesellschaft Arbeit ersparen“. Das ist ganz und gar nicht das, was gesagt werden müßte. Erstens ersparen die Maschinen in der UdSSR der Gesellschaft immer Arbeit, so daß wir keine Fälle kennen, wo sie unter den Verhältnissen der UdSSR der Gesellschaft keine Arbeit ersparten. Zweitens ersparen die Maschinen nicht nur Arbeit, sondern erleichtern zugleich die Arbeit der Arbeiter, so daß die Arbeiter unter unseren Verhältnissen, im Gegensatz zu den Verhältnissen im Kapitalismus, sehr gern Maschinen im Arbeitsprozeß anwenden.

Darum müßte gesagt werden, daß nirgends so gern Maschinen angewandt werden wie in der UdSSR, denn die Maschinen ersparen der Gesellschaft Arbeit und erleichtern die Arbeit des Arbeiters, und da es in der UdSSR keine Arbeitslosigkeit gibt, wenden die Arbeiter sehr gern Maschinen in der Volkswirtschaft an.

6. Die Frage der materiellen Lage der Arbeiterklasse in den kapitalistischen Ländern.

Wenn über die materielle Lage der Arbeiterklasse gesprochen wird, hat man gewöhnlich die in der Produktion beschäftigten Arbeiter im Auge und läßt die materielle Lage der sogenannten Reservearmee von Arbeitslosen außer acht. Ist es richtig, an die Frage der materiellen Lage der Arbeiterklasse so heranzugehen? Ich denke, das ist nicht richtig. Wenn die Reservearmee von Arbeitslosen existiert, deren Angehörige von nichts anderem leben als vom Verkauf ihrer Arbeitskraft, dann gehören die Arbeitslosen natürlich zum Bestand der Arbeiterklasse, wenn sie aber zum Bestand der Arbeiterklasse gehören, dann kann ihre elende Lage nicht ohne Einfluß auf die materielle Lage der in der Produktion beschäftigten Arbeiter bleiben. Darum meine ich, daß bei einer Charakteristik der materiellen Lage der Arbeiterklasse in den kapitalistischen Ländern auch die Lage der Reservearmee der arbeitslosen Arbeiter berücksichtigt werden müßte.

7. Die Frage des Nationaleinkommens.

Ich denke, in den Entwurf des Lehrbuchs müßte *unbedingt* ein neues Kapitel über das Nationaleinkommen aufgenommen werden.

8. Die Frage eines besonderen Kapitels im Lehrbuch über Lenin und Stalin als Begründer der politischen Ökonomie des Sozialismus.

Ich denke, das Kapitel „Die marxistische Lehre vom Sozialismus. Die Schaffung der politischen Ökonomie des Sozialismus durch W. I. Lenin und J. W. Stalin“ soll aus dem Lehrbuch herausgenommen werden. Es ist im Lehrbuch keineswegs nötig, da es nichts Neues bietet und nur das farblos wiederholt, was in den vorhergehenden Kapiteln des Lehrbuchs ausführlicher gesagt wurde.

Was die übrigen Fragen betrifft, so habe ich zu den „Vorschlägen“ der Genossen Ostrowitjanow, Leontjew, Schepilow, Gatowski und anderer keinerlei Bemerkungen.

9. Die internationale Bedeutung eines marxistischen Lehrbuchs der politischen Ökonomie

Ich denke, daß die Genossen die ganze Bedeutung eines marxistischen Lehrbuchs der politischen Ökonomie nicht erfassen. Das Lehrbuch braucht nicht nur unsere Sowjetjugend. Besonders brauchen es die Kommunisten aller Länder und die mit den Kommunisten sympathisierenden Menschen. Unsere ausländischen Genossen wollen wissen, wie wir uns von der kapitalistischen Knechtschaft befreit haben, wie wir die Ökonomik des Landes im Geiste des Sozialismus umgestaltet haben, wie wir die Freundschaft mit der Bauernschaft erlangt haben, wie wir es erreicht haben, daß sich unser unlängst noch armes und schwaches Land in ein reiches, mächtiges Land verwandelt hat, was die Kollektivwirtschaften darstellen, warum wir trotz der Vergesellschaftung der Produktionsmittel die Warenproduktion, das Geld, den Handel usw. nicht abschaffen. Sie wollen all dies und vieles andere nicht aus bloßer Neugier wissen, sondern, um bei uns zu lernen und unsere Erfahrungen für

ihr Land auszunutzen. Darum hat das Erscheinen eines guten marxistischen Lehrbuchs der politischen Ökonomie nicht nur innerpolitische, sondern auch große internationale Bedeutung.

Folglich wird ein Lehrbuch gebraucht, das als Handbuch der revolutionären Jugend nicht nur innerhalb des Landes, sondern auch im Ausland dienen kann. Es darf nicht zu umfangreich sein, da ein zu umfangreiches Lehrbuch kein Handbuch sein kann und schwer zu meistern, zu bewältigen sein wird. Aber es muß alles Grundlegende enthalten, was sowohl die Ökonomik unseres Landes als auch die Ökonomik des Kapitalismus und des Kolonialsystems betrifft.

Manche Genossen haben in der Diskussion vorgeschlagen, in das Lehrbuch eine ganze Reihe neuer Kapitel aufzunehmen, Historiker — über Geschichte, Politiker — über Politik, Philosophen — über Philosophie, Wirtschaftswissenschaftler — über Wirtschaft. Aber das würde dazu führen, daß das Lehrbuch zu ungeheurem Umfang anschwellen würde. Das darf natürlich nicht zugelassen werden. Das Lehrbuch benutzt die historische Methode zur Illustration der Probleme der politischen Ökonomie, aber das bedeutet noch nicht, daß wir das Lehrbuch der politischen Ökonomie in eine Geschichte der ökonomischen Beziehungen verwandeln sollen.

Wir brauchen ein Lehrbuch von 500, Maximum 600 Seiten, nicht mehr. Das wird ein Handbuch der marxistischen politischen Ökonomie sein — ein schönes Geschenk für die jungen Kommunisten aller Länder.

Übrigens könnte ein solches Lehrbuch im Hinblick auf das ungenügende Niveau der marxistischen Entwicklung der meisten kommunistischen Parteien des Auslands auch den älteren Kadern der Kommunisten dieser Länder von großem Nutzen sein.

10. *Wege zur Verbesserung des Entwurfs des
Lehrbuchs der politischen Ökonomie*

Manche Genossen haben den Entwurf des Lehrbuchs während der Diskussion übereifrig „verrissen“, seine Autoren wegen Fehler und Lücken gescholten und behauptet, der Entwurf sei nicht gelungen. Das ist ungerecht. Natürlich gibt es in dem Lehrbuch Fehler und Lücken — die gibt es fast bei jedem großen Werk. Aber wie dem auch sei, die überwiegende Mehrheit der Diskussionsteilnehmer hat trotzdem anerkannt, daß der Entwurf des Lehrbuchs als Grundlage des künftigen Lehrbuchs dienen kann und nur einiger Berichtigungen und Ergänzungen bedarf. Man braucht in der Tat den Entwurf des Lehrbuchs nur mit den im Gebrauch befindlichen Lehrbüchern der politischen Ökonomie zu vergleichen, um zu dem Schluß zu kommen, daß der Lehrbuchentwurf die vorhandenen Lehrbücher um Haupteslänge überragt. Das ist ein großes Verdienst der Verfasser des Lehrbuchentwurfs.

Ich denke, zur Verbesserung des Lehrbuchentwurfs müßte eine zahlenmäßig nicht große Kommission gebildet werden, der nicht nur die Verfasser des Lehrbuchs und nicht nur Anhänger derjenigen, die unter den Diskussionsteilnehmern die Mehrheit bildeten, sondern auch Gegner dieser Mehrheit, heftige Kritiker des Lehrbuchentwurfs, angehören sollen.

Es wäre auch gut, einen erfahrenen Statistiker zur Überprüfung der Zahlen und zur Ergänzung des Entwurfs mit neuem statistischem Material sowie einen erfahrenen Juristen zur Überprüfung der Genauigkeit der Formulierungen in die Kommission aufzunehmen.

Die Mitglieder der Kommission müßten zeitweilig von jeder anderen Arbeit befreit werden und materiell so gut gestellt werden, daß sie sich ganz der Arbeit am Lehrbuch widmen können.

Außerdem sollte man eine Redaktionskommission, etwa aus drei Personen bestehend, zur endgültigen Redaktion des Lehrbuchs ernennen. Das ist auch notwendig, um die Einheitlichkeit des Stils zu erzielen, die dem Lehrbuchentwurf leider fehlt.

Frist für die Vorlage des fertigen Lehrbuchs beim ZK — ein Jahr.

1952, 1. Februar

J. Stalin

ANTWORT AN GENOSSEN ALEXANDER ILJITSCH NOTKIN

Genosse Notkin!

Ich habe mich mit der Antwort nicht beeilt, da ich die von Ihnen gestellten Fragen nicht für dringlich halte. Um so mehr, als es andere Fragen gibt, die dringlich sind und natürlich die Aufmerksamkeit von Ihrem Brief ablenken.

Ich antworte den Punkten nach.

Zu Punkt eins.

In den „Bemerkungen“ ist der bekannte Leitsatz enthalten, daß die Gesellschaft den Gesetzen der Wissenschaft gegenüber nicht machtlos ist, daß die Menschen, wenn sie die ökonomischen Gesetze erkannt haben, dieselben im Interesse der Gesellschaft ausnutzen können. Sie behaupten, daß dieser Leitsatz nicht auf andere Gesellschaftsformationen ausgedehnt werden könne, daß er nur im Sozialismus und Kommunismus Gültigkeit habe, daß der elementare Charakter der ökonomischen Prozesse, im Kapitalismus zum Beispiel, der Gesellschaft nicht die Möglichkeit gäbe, die

ökonomischen Gesetze im Interesse der Gesellschaft auszunutzen.

Das stimmt nicht. In der Epoche der bürgerlichen Revolution, zum Beispiel in Frankreich, nutzte die Bourgeoisie das bekannte Gesetz der unbedingten Übereinstimmung der Produktionsverhältnisse mit dem Charakter der Produktivkräfte gegen den Feudalismus aus, beseitigte die feudalen Produktionsverhältnisse, schuf neue, bürgerliche Produktionsverhältnisse und brachte diese Produktionsverhältnisse in Übereinstimmung mit dem Charakter der Produktivkräfte, die im Schoß der Feudalordnung herangewachsen waren. Die Bourgeoisie tat das nicht kraft ihrer besonderen Fähigkeiten, sondern weil sie zutiefst daran interessiert war. Die Feudalherren setzten sich nicht infolge ihrer Beschränktheit dagegen zur Wehr, sondern weil sie zutiefst daran interessiert waren, die Verwirklichung dieses Gesetzes zu verhindern.

Das gleiche ist über die sozialistische Revolution in unserem Lande zu sagen. Die Arbeiterklasse nutzte das Gesetz der unbedingten Übereinstimmung der Produktionsverhältnisse mit dem Charakter der Produktivkräfte aus, beseitigte die bürgerlichen Produktionsverhältnisse, schuf neue, sozialistische Produktionsverhältnisse und brachte sie in Übereinstimmung mit dem Charakter der Produktivkräfte. Sie konnte das tun, nicht kraft ihrer besonderen Fähigkeiten, sondern weil sie zutiefst daran interessiert war. Die Bourgeoisie, die sich bereits aus einer fortschrittlichen Kraft, die sie in der Morgenröte der bürgerlichen Revolution war, in eine konterrevolutionäre Kraft verwandelt hatte, setzte sich mit allen Mitteln gegen die Verwirklichung dieses Gesetzes zur Wehr — setzte sich zur Wehr nicht infolge ihrer Unorganisiertheit und nicht, weil der elementare Charakter der

ökonomischen Prozesse sie zum Widerstand drängte, sondern vor allem, weil sie zutiefst daran interessiert war, daß dieses Gesetz nicht verwirklicht wurde.

Daraus folgt:

1. Die Ausnutzung der ökonomischen Prozesse, der ökonomischen Gesetze im Interesse der Gesellschaft erfolgt in diesem oder jenem Grade nicht nur im Sozialismus und Kommunismus, sondern auch in anderen Formationen;

2. die Ausnutzung der ökonomischen Gesetze erfolgt in der Klassengesellschaft immer und überall aus klassenmäßigen Beweggründen, wobei der Bannerträger der Ausnutzung der ökonomischen Gesetze im Interesse der Gesellschaft immer und überall die fortschrittliche Klasse ist, während sich die überlebten Klassen dagegen zur Wehr setzen.

Dabei besteht der Unterschied zwischen dem Proletariat einerseits und den anderen Klassen, die im Verlauf der Geschichte jemals Umwälzungen in den Produktionsverhältnissen herbeigeführt haben, anderseits darin, daß die Klasseninteressen des Proletariats mit den Interessen der überwältigenden Mehrheit der Gesellschaft verschmelzen, denn die Revolution des Proletariats bedeutet nicht Beseitigung dieser oder jener Form der Ausbeutung, sondern Beseitigung jeglicher Ausbeutung, während die Revolutionen der anderen Klassen, die nur diese oder jene Form der Ausbeutung beseitigten, sich auf den Rahmen ihrer engen Klasseninteressen beschränkten, die in Widerspruch zu den Interessen der Mehrheit der Gesellschaft stehen.

In den „Bemerkungen“ ist von den klassenmäßigen Beweggründen bei der Ausnutzung der ökonomischen Gesetze im Interesse der Gesellschaft die Rede. Dort heißt es: „Zum Unterschied von den Gesetzen der Naturwissenschaft, in der die Entdeckung und Anwendung eines neuen Gesetzes mehr

oder weniger reibungslos vor sich geht, stößt auf ökonomischem Gebiet die Entdeckung und Anwendung eines neuen Gesetzes, das die Interessen der überlebten Kräfte der Gesellschaft beeinträchtigt, auf den stärksten Widerstand dieser Kräfte.“* Sie haben dem jedoch keine Beachtung geschenkt.

Zu Punkt zwei.

Sie behaupten, eine völlige Übereinstimmung der Produktionsverhältnisse mit dem Charakter der Produktivkräfte könne nur im Sozialismus und im Kommunismus erreicht werden, während in den anderen Formationen nur eine unvollständige Übereinstimmung erreicht werden könne.

Das stimmt nicht. In der Epoche nach der bürgerlichen Revolution, als die Bourgeoisie die feudalen Produktionsverhältnisse beseitigte und die bürgerlichen Produktionsverhältnisse herstellte, gab es zweifellos Perioden, in denen die bürgerlichen Produktionsverhältnisse völlig mit dem Charakter der Produktivkräfte übereinstimmten. Andernfalls hätte sich der Kapitalismus nicht mit der Schnelligkeit entwickeln können, mit der er sich nach der bürgerlichen Revolution entwickelte.

Weiter: Die Worte „völlige Übereinstimmung“ dürfen nicht im absoluten Sinne aufgefaßt werden. Sie dürfen nicht so aufgefaßt werden, als gäbe es im Sozialismus überhaupt kein Zurückbleiben der Produktionsverhältnisse hinter dem Wachstum der Produktivkräfte. Die Produktivkräfte sind die beweglichsten und revolutionärsten Kräfte der Produktion. Sie gehen unbestreitbar auch im Sozialismus den Produktionsverhältnissen voraus. Die Produktionsverhältnisse verändern sich erst einige Zeit später entsprechend dem Charakter der Produktivkräfte.

* Siehe S. 7. (S. 369 in dieser Ausgabe.)

Wie sind die Worte „völlige Übereinstimmung“ dann aufzufassen? Sie sind so aufzufassen, daß es im Sozialismus gewöhnlich nicht zu einem Konflikt zwischen den Produktionsverhältnissen und den Produktivkräften kommt, daß die Gesellschaft die Möglichkeit hat, die zurückbleibenden Produktionsverhältnisse rechtzeitig mit dem Charakter der Produktivkräfte in Übereinstimmung zu bringen. Die sozialistische Gesellschaft hat die Möglichkeit, das zu tun, weil es in ihr keine überlebten Klassen gibt, die einen Widerstand organisieren könnten. Natürlich wird es auch im Sozialismus zurückbleibende träge Kräfte geben, die die Notwendigkeit von Veränderungen in den Produktionsverhältnissen nicht begreifen, aber man kann sie natürlich unschwer überwinden, ohne es zu einem Konflikt kommen zu lassen.

Zu Punkt drei.

Aus Ihren Ausführungen geht hervor, daß Sie die Produktionsmittel und vor allem die Produktionsinstrumente, die von unseren nationalisierten Betrieben hergestellt werden, als Ware betrachten.

Kann man die Produktionsmittel in unserer sozialistischen Ordnung als Ware betrachten? Meiner Ansicht nach kann man das auf keinen Fall.

Die Ware ist ein Erzeugnis der Produktion, das an jeden beliebigen Käufer verkauft werden kann, wobei der Warenbesitzer bei Verkauf der Ware das Eigentumsrecht an ihr verliert, während der Käufer Eigentümer der Ware wird, der sie weiterverkaufen, verpfänden, ja verderben lassen kann. Fallen die Produktionsmittel unter diese Definition? Es ist klar, daß sie nicht darunter fallen. Erstens können die Produktionsmittel nicht an jeden Käufer „verkauft“ werden, sie werden nicht einmal an Kollektivwirtschaften „verkauft“,

sie werden nur vom Staat auf seine Betriebe verteilt. Zweitens verliert der Besitzer der Produktionsmittel, der Staat, bei ihrer Übergabe an diesen oder jenen Betrieb in keiner Weise das Eigentumsrecht an den Produktionsmitteln, sondern behält es im Gegenteil voll und ganz. Drittens werden die Direktoren der Betriebe, die vom Staat Produktionsmittel erhalten haben, nicht nur nicht ihre Eigentümer, sondern werden im Gegenteil als Bevollmächtigte des Sowjetstaates zur Ausnutzung der Produktionsmittel entsprechend den vom Staat übergebenen Plänen bestätigt.

Wie man sieht, können die Produktionsmittel in unserer Gesellschaftsordnung keineswegs in die Kategorie Waren eingereiht werden.

Warum aber spricht man dann vom Wert der Produktionsmittel, von ihren Selbstkosten, von ihrem Preis und ähnlichem?

Aus zwei Gründen.

Erstens ist das erforderlich für die Kalkulation, für Verrechnungen, um feststellen zu können, ob die Betriebe mit Gewinn oder Verlust arbeiten, um die Betriebe prüfen und kontrollieren zu können. Das ist jedoch nur die formale Seite der Sache.

Zweitens ist das erforderlich, um im Interesse des Außenhandels den Verkauf von Produktionsmitteln an ausländische Staaten zu tätigen. Hier, auf dem Gebiet des Außenhandels, aber *nur auf diesem Gebiet*, sind unsere Produktionsmittel tatsächlich Waren und werden tatsächlich verkauft (ohne Anführungszeichen).

Es ergibt sich also, daß die von unseren Betrieben hergestellten Produktionsmittel auf dem Gebiet des Außenhandelsumsatzes sowohl dem Wesen nach als auch formal die Eigenschaften von Waren behalten, während die Produk-

tionsmittel auf dem Gebiet des wirtschaftlichen Umlaufs innerhalb des Landes die Eigenschaften von Waren verlieren, aufhören, Waren zu sein, und aus dem Wirkungsbereich des Wertgesetzes heraustreten, wobei sie nur die äußere Hülle von Waren (Kalkulation und dgl.) behalten.

Woraus erklärt sich diese Besonderheit?

Es handelt sich darum, daß unter unseren sozialistischen Verhältnissen die wirtschaftliche Entwicklung nicht auf dem Wege von Umwälzungen vor sich geht, sondern auf dem Wege allmählicher Veränderungen, wobei das Alte nicht einfach beseitigt wird, sondern seine Natur unter Anpassung an das Neue verändert und dabei lediglich seine Form bewahrt, das Neue aber das Alte nicht einfach vernichtet, sondern das Alte durchdringt, seine Natur und seine Funktionen verändert, dabei seine Form nicht zerbricht, sondern diese für die Entwicklung des Neuen ausnutzt. So verhält es sich in unserer wirtschaftlichen Zirkulation nicht nur mit den Waren, sondern auch mit dem Gelde, wie auch mit den Banken, die zwar ihre alten Funktionen verlieren und neue übernehmen, aber die alte Form behalten, deren sich die sozialistische Gesellschaftsordnung bedient.

Geht man an die Angelegenheit von einem formalen Standpunkt heran, vom Standpunkt der Vorgänge, die sich an der Oberfläche der Erscheinungen abspielen, so kann man zu der falschen Schlußfolgerung gelangen, die Kategorien des Kapitalismus behielten in unserer Wirtschaft ihre Geltung. Geht man jedoch an die Angelegenheit mit einer marxistischen Analyse heran, die scharf zwischen dem Inhalt eines ökonomischen Prozesses und seiner Form, zwischen den in der Tiefe vor sich gehenden Entwicklungsprozessen und den Oberflächenerscheinungen unterscheidet, so gelangt man zu der einzig richtigen Schlußfolgerung, daß sich von

den alten Kategorien des Kapitalismus bei uns in der Hauptsache nur die Form, das äußere Antlitz, erhalten hat, während sich das Wesen der Kategorien bei uns entsprechend den Erfordernissen der Entwicklung der sozialistischen Volkswirtschaft grundlegend verändert hat.

Zu Punkt vier.

Sie behaupten, das Wertgesetz wirke regulierend auf die Preise der in der Landwirtschaft erzeugten „Produktionsmittel“ ein, die zu Beschaffungspreisen an den Staat abgeliefert werden. Sie denken dabei an solche „Produktionsmittel“ wie Rohstoffe, zum Beispiel Baumwolle. Sie könnten ebenso Flachs, Wolle und sonstige landwirtschaftliche Rohstoffe hinzufügen.

Vor allem muß bemerkt werden, daß die Landwirtschaft im gegebenen Fall nicht „Produktionsmittel“, sondern nur eins der Produktionsmittel, nämlich den Rohstoff, herstellt. Man darf mit dem Wort „Produktionsmittel“ kein Spiel treiben. Wenn die Marxisten von der Produktion von Produktionsmitteln sprechen, meinen sie vor allem die Produktion von Produktionsinstrumenten, das, was Marx als „mechanische Arbeitsmittel“ bezeichnet, „deren Gesamtheit man das Knochen- und Muskelsystem der Produktion nennen kann“, die die „Charaktermerkmale einer gesellschaftlichen Produktionsepoche“* darstellen. Einen Teil der Produktionsmittel (den Rohstoff) und die Produktionsmittel, darunter auch die Produktionsinstrumente, auf eine Stufe stellen, heißt sich am Marxismus versündigen, denn der Marxismus geht davon aus, daß die Produktionsinstrumente

* Siehe Marx, „Das Kapital“, deutsche Ausgabe, Bd. I, 5. Kapitel, 1. Abschnitt.

im Vergleich zu allen übrigen Produktionsmitteln die bestimmende Rolle spielen. Es ist jedermann bekannt, daß der Rohstoff allein keine Produktionsinstrumente produzieren kann; obgleich einige Rohstoffarten als Material für die Produktion von Produktionsinstrumenten notwendig sind, kann kein Rohstoff ohne Produktionsinstrumente produziert werden.

Weiter. Ist die Einwirkung des Wertgesetzes auf den Preis der in der Landwirtschaft erzeugten Rohstoffe eine *regulierende* Einwirkung, wie Sie, Genosse Notkin, behaupten? Sie wäre regulierend, wenn es bei uns ein „freies“ Spiel der Preise für landwirtschaftliche Rohstoffe gäbe, wenn bei uns das Gesetz der Konkurrenz und der Anarchie der Produktion wirksam wäre, wenn wir keine Planwirtschaft hätten und die Produktion von Rohstoffen nicht durch den Plan reguliert würde. Da es aber alle diese „Wenn“ im System unserer Volkswirtschaft nicht gibt, kann die Einwirkung des Wertgesetzes auf den Preis der landwirtschaftlichen Rohstoffe auf keinen Fall regulierend sein. Erstens sind bei uns die Preise für landwirtschaftliche Rohstoffe feste, geplante, nicht aber „freie“ Preise. Zweitens wird das Ausmaß der Produktion landwirtschaftlicher Rohstoffe nicht spontan, nicht durch irgendwelche zufälligen Faktoren bestimmt, sondern durch den Plan. Drittens sind die für die Produktion landwirtschaftlicher Rohstoffe erforderlichen Produktionsinstrumente nicht in der Hand einzelner Personen oder Personengruppen konzentriert, sondern in der Hand des Staates. Was bleibt danach von der regulierenden Rolle des Wertgesetzes übrig? Es ergibt sich, daß das Wertgesetz selbst durch die obenerwähnten, für die sozialistische Produktion charakteristischen Faktoren reguliert wird.

Folglich läßt sich nicht leugnen, daß das Wertgesetz auf die Preisbildung für landwirtschaftliche Rohstoffe einwirkt, daß es einen der hierbei wirksamen Faktoren darstellt. Um so weniger läßt sich aber auch leugnen, daß diese Einwirkung nicht regulierend ist noch sein kann.

Zu Punkt fünf.

Die in meinen „Bemerkungen“ gemachten Ausführungen über die Rentabilität der sozialistischen Volkswirtschaft sind eine Entgegnung auf die Behauptung einiger Genossen, unsere geplante Volkswirtschaft selbst mache das Prinzip der Rentabilität in der Wirtschaft zunichte, da sie den rentablen Betrieben keinen besonderen Vorzug gebe und neben diesen Betrieben das Bestehen auch unrentabler Betriebe zulasse. In den „Bemerkungen“ heißt es, daß die Rentabilität vom Standpunkt einzelner Betriebe und Produktionszweige in gar keinem Vergleich steht zu der höheren Rentabilität, die uns die sozialistische Produktion gewährleistet, indem sie uns vor Überproduktionskrisen bewahrt und uns ein ununterbrochenes Wachstum der Produktion sichert.

Es wäre jedoch falsch, wollte man daraus den Schluß ziehen, die Rentabilität einzelner Betriebe und Produktionszweige besitze keinen besonderen Wert und verdiene nicht die größte Aufmerksamkeit. Das wäre natürlich falsch. Die Rentabilität einzelner Betriebe und Produktionszweige besitzt, vom Standpunkt der Entwicklung unserer Produktion aus gesehen, eine gewaltige Bedeutung. Sie ist sowohl bei der Neubauplanung als auch bei der Produktionsplanung zu berücksichtigen. Das ist das Abc unserer wirtschaftlichen Tätigkeit im derzeitigen Entwicklungsstadium.

Zu Punkt sechs.

Es ist nicht klar, wie Ihre auf den Kapitalismus bezüglichen Worte „erweiterte Produktion in stark deformierter Weise“ zu verstehen sind. Es muß gesagt werden, daß es solche Produktionen, und noch dazu erweiterte, auf der Welt nicht gibt.

Offensichtlich muß, nachdem der Weltmarkt sich gespalten hat und das Gebiet, wo die ausschlaggebenden kapitalistischen Länder (USA, England, Frankreich) mit ihren Kräften auf die Weltressourcen einwirken, sich einzuengen begonnen hat, der zyklische Charakter der Entwicklung des Kapitalismus — Wachstum und Rückgang der Produktion — dennoch erhalten bleiben. Aber das Wachstum der Produktion wird in diesen Ländern auf einer eingengten Basis vor sich gehen, weil der Umfang der Produktion in diesen Ländern zurückgehen wird.

Zu Punkt sieben.

Die allgemeine Krise des kapitalistischen Weltsystems begann in der Zeit des ersten Weltkrieges, besonders infolge des Ausscheidens der Sowjetunion aus dem kapitalistischen System. Das war die erste Etappe der allgemeinen Krise. Während des zweiten Weltkrieges trat die allgemeine Krise in ihre zweite Etappe, besonders nach dem Ausscheiden der volksdemokratischen Länder in Europa und in Asien aus dem kapitalistischen System. Die erste Krise in der Zeit des ersten Weltkrieges und die zweite Krise in der Zeit des zweiten Weltkrieges sind nicht als einzelne, voneinander isolierte selbständige Krisen anzusehen, sondern als Entwicklungsstadien der allgemeinen Krise des kapitalistischen Weltsystems.

Ist die allgemeine Krise des Weltkapitalismus nur eine politische oder nur eine Wirtschaftskrise? Weder das eine

noch das andere. Sie ist eine allgemeine, das heißt eine allseitige Krise des kapitalistischen Weltsystems, die sowohl die Wirtschaft als auch die Politik erfaßt. Hierbei ist klar, daß dieser Krise einerseits die ständig zunehmende Zersetzung des Weltwirtschaftssystems des Kapitalismus und anderseits die wachsende wirtschaftliche Macht der vom Kapitalismus abgefallenen Länder, der UdSSR sowie Chinas und der anderen volksdemokratischen Länder, zugrunde liegt.

21. April 1952

J. Stalin

ÜBER DIE FEHLER DES GENOSSEN L. D. JAROSCHENKO

Unlängst übersandte Genosse Jaroschenko den Mitgliedern des Politbüros des ZK der KPdSU(B) einen Brief, datiert vom 20. März dieses Jahres, zu einer Reihe ökonomischer Fragen, die in der bekannten Novemberdiskussion behandelt worden waren. Der Verfasser des Briefes beschwert sich darüber, daß in den grundlegenden zusammenfassenden Materialien über die Diskussion ebenso wie auch in den „Bemerkungen“ des Genossen Stalin, „der Standpunkt“ des Genossen Jaroschenko „keinerlei Widerspiegelung gefunden hat“. Das Schreiben enthält außerdem den Vorschlag des Genossen Jaroschenko, man solle ihm gestatten, im Laufe eines Jahres oder von anderthalb Jahren eine „Politische Ökonomie des Sozialismus“ abzufassen, und ihm hierfür zwei Mitarbeiter als Hilfe zur Verfügung stellen.

Ich denke, sowohl die Beschwerde des Genossen Jaroschenko als auch sein Vorschlag müssen dem Wesen nach geprüft werden.

Beginnen wir mit der Beschwerde.

Worin also besteht der „Standpunkt“ des Genossen Jaroschenko, der in den obenerwähnten Materialien keinerlei Widerspiegelung gefunden hat?

I

Der Hauptfehler des Genossen Jaroschenko

Wenn man den Standpunkt des Genossen Jaroschenko mit zwei Worten charakterisieren soll, so muß man sagen, daß er unmarxistisch — folglich grundfalsch — ist.

Der Hauptfehler des Genossen Jaroschenko besteht darin, daß er sich in der Frage nach der Rolle der Produktivkräfte und der Produktionsverhältnisse in der Entwicklung der Gesellschaft vom Marxismus abkehrt, daß er die Rolle der Produktivkräfte maßlos überschätzt, die Rolle der Produktionsverhältnisse ebenso maßlos unterschätzt und die Sache damit abschließt, daß er die Produktionsverhältnisse im Sozialismus für einen Teil der Produktivkräfte erklärt.

Genosse Jaroschenko ist bereit, den Produktionsverhältnissen unter den Bedingungen „antagonistischer Klassengegensätze“ eine gewisse Rolle zuzugestehen, da hier die Produktionsverhältnisse „der Entwicklung der Produktivkräfte widersprechen“. Aber diese Rolle beschränkt er auf eine negative Rolle, auf die Rolle eines Faktors, der die Entwicklung der Produktivkräfte hemmt, ihre Entwicklung fesselt. Andere Funktionen, irgendwelche positiven Funktionen der Produktionsverhältnisse sieht Genosse Jaroschenko nicht.

Was die sozialistische Ordnung betrifft, in der es bereits keine „antagonistischen Klassengegensätze“ mehr gibt und in

der die Produktionsverhältnisse „nicht mehr der Entwicklung der Produktivkräfte widersprechen“, so glaubt Genosse Jaroschenko, daß hier jegliche selbständige Rolle der Produktionsverhältnisse verschwindet, die Produktionsverhältnisse aufhören, ein ernster Entwicklungsfaktor zu sein, und — wie der Teil vom Ganzen — von den Produktivkräften absorbiert werden. Im Sozialismus „gehören die Produktionsverhältnisse der Menschen“, sagt Genosse Jaroschenko, „zur Organisation der Produktivkräfte als Mittel, als Moment dieser Organisation.“ (Siehe den Brief des Genossen Jaroschenko an das Politbüro des ZK.)

Worin besteht dann in diesem Fall die Hauptaufgabe der politischen Ökonomie des Sozialismus? Genosse Jaroschenko antwortet: „Das Hauptproblem der politischen Ökonomie des Sozialismus besteht deshalb *nicht darin*, die Produktionsverhältnisse der Menschen der sozialistischen Gesellschaft zu erforschen, *sondern darin*, eine wissenschaftliche Theorie der Organisation der Produktivkräfte in der gesellschaftlichen Produktion, eine Theorie der Planung der Entwicklung der Volkswirtschaft auszuarbeiten und zu entwickeln.“ (Siehe die Rede des Genossen Jaroschenko vor dem Diskussionsplenum.)

Daraus erklärt sich denn auch, daß sich Genosse Jaroschenko nicht für solche ökonomischen Fragen der sozialistischen Ordnung interessiert wie das Bestehen verschiedener Eigentumsformen in unserer Ökonomik, die Warenzirkulation, das Wertgesetz usw., da er sie für nebensächliche Fragen hält, die nur scholastische Streitereien hervorrufen. Er erklärt glattweg, daß in seiner politischen Ökonomie des Sozialismus „die Streitereien über die Rolle dieser oder jener Kategorie der politischen Ökonomie des Sozialismus, wie Wert, Ware, Geld, Kredit usw., die bei uns häufig scholastischen Charakter annehmen, durch vernünftige Überlegungen über eine

rationelle Organisation der Produktivkräfte in der gesellschaftlichen Produktion, durch die wissenschaftliche Begründung einer solchen Organisation *ersetzt* werden“. (Siehe die Rede des Genossen Jaroschenko in einer Sektion des Diskussionsplenums.)

Also eine politische Ökonomie ohne ökonomische Probleme.

Genosse Jaroschenko glaubt, es genüge, „eine rationelle Organisation der Produktivkräfte“ einzuführen, damit sich der Übergang vom Sozialismus zum Kommunismus ohne besondere Schwierigkeiten vollziehe. Er glaubt, daß dies für den Übergang zum Kommunismus vollauf genüge. Er erklärt glattweg, daß „im Sozialismus der Hauptkampf um die Errichtung der kommunistischen Gesellschaft auf einen Kampf um die richtige Organisation der Produktivkräfte und ihre rationelle Ausnutzung in der gesellschaftlichen Produktion hinausläuft“. (Siehe Rede vor dem Diskussionsplenum.) Genosse Jaroschenko verkündet feierlich: „Kommunismus — das ist höchste wissenschaftliche Organisation der Produktivkräfte in der gesellschaftlichen Produktion.“

Demnach erschöpft sich also das Wesen der kommunistischen Ordnung in einer „rationellen Organisation der Produktivkräfte“.

Aus all dem zieht Jaroschenko den Schluß, daß es keine einheitliche politische Ökonomie für alle Gesellschaftsformationen geben könne, daß es zwei politische Ökonomien geben müsse: eine — für die vorsozialistischen Gesellschaftsformationen, deren Gegenstand das Studium der Produktionsverhältnisse der Menschen ist, und eine andere — für die sozialistische Ordnung, deren Gegenstand nicht das Studium der Produktionsverhältnisse, das heißt der ökonomischen Verhält-

nisse, sondern das Studium der Fragen einer rationellen Organisation der Produktivkräfte sein soll.

Das ist der Standpunkt des Genossen Jaroschenko.

Was ist über diesen Standpunkt zu sagen?

Erstens stimmt es nicht, daß sich die Rolle der Produktionsverhältnisse in der Geschichte der Gesellschaft auf die Rolle eines Hemmschuhs beschränkt, der die Entwicklung der Produktivkräfte behindert. Wenn die Marxisten von der hemmenden Rolle der Produktionsverhältnisse sprechen, so haben sie nicht beliebige Produktionsverhältnisse im Auge, sondern nur alte Produktionsverhältnisse, die dem Wachstum der Produktivkräfte bereits nicht mehr entsprechen und folglich ihre Entwicklung hemmen. Aber außer alten Produktionsverhältnissen gibt es bekanntlich neue Produktionsverhältnisse, die die alten ablösen. Kann man sagen, die Rolle der neuen Produktionsverhältnisse laufe auf die Rolle eines Hemmschuhs der Produktivkräfte hinaus? Nein, das kann man nicht. Im Gegenteil, die neuen Produktionsverhältnisse sind die *hauptsächliche* und entscheidende Kraft, die eigentlich die weitere, dazu noch mächtige Entwicklung der Produktivkräfte bestimmt und ohne die die Produktivkräfte zum Dahinvegetieren verurteilt sind, wie dies gegenwärtig in den kapitalistischen Ländern der Fall ist.

Niemand kann die kolossale Entwicklung der Produktivkräfte unserer sowjetischen Industrie während der Fünfjahrpläne leugnen. Diese Entwicklung hätte jedoch nicht stattgefunden, wenn wir nicht die alten, kapitalistischen Produktionsverhältnisse im Oktober 1917 durch neue, sozialistische Produktionsverhältnisse ersetzt hätten. Ohne diese Umwälzung in den Produktionsverhältnissen, in den ökonomischen Verhältnissen unseres Landes würden die Produktivkräfte bei

uns ebenso dahinvegetieren, wie sie heute in den kapitalistischen Ländern dahinvegetieren.

Niemand kann die kolossale Entwicklung der Produktivkräfte unserer Landwirtschaft in den letzten 20—25 Jahren leugnen. Diese Entwicklung hätte jedoch nicht stattgefunden, wenn wir nicht in den dreißiger Jahren die alten, kapitalistischen Produktionsverhältnisse auf dem Lande durch neue, kollektivistische Produktionsverhältnisse ersetzt hätten. Ohne diese Umwälzung in der Produktion würden die Produktivkräfte unserer Landwirtschaft ebenso dahinvegetieren, wie sie heute in den kapitalistischen Ländern dahinvegetieren.

Die neuen Produktionsverhältnisse können natürlich nicht ewig neu bleiben und bleiben es auch nicht, sie beginnen zu veralten und zur weiteren Entwicklung der Produktivkräfte in Widerspruch zu geraten, sie beginnen, ihre Rolle als Haupttriebkraft der Produktivkräfte einzubüßen, und verwandeln sich in einen Hemmschuh für dieselben. Dann treten an die Stelle dieser bereits alt gewordenen Produktionsverhältnisse neue Produktionsverhältnisse, deren Rolle darin besteht, Haupttriebkraft für die weitere Entwicklung der Produktivkräfte zu sein.

Diese Eigenart der Entwicklung der Produktionsverhältnisse von der Rolle eines Hemmschuhs für die Produktivkräfte zur Rolle der wichtigsten sie vorwärts treibenden Kraft und von der Rolle der Haupttriebkraft der Produktivkräfte zur Rolle eines Hemmschuhs für sie — bildet eins der Hauptelemente der marxistischen materialistischen Dialektik. Das wissen heute alle Abc-Schützen des Marxismus. Das weiß, wie sich herausstellt, Genosse Jaroschenko nicht.

Zweitens stimmt es nicht, daß die selbständige Rolle der Produktionsverhältnisse, das heißt der ökonomischen Verhältnisse, im Sozialismus verschwindet, daß die Produktions-

verhältnisse von den Produktivkräften absorbiert werden, daß die gesellschaftliche Produktion im Sozialismus auf die Organisation der Produktivkräfte hinausläuft. Der Marxismus betrachtet die gesellschaftliche Produktion als ein Ganzes, das zwei voneinander untrennbare Seiten besitzt: die Produktivkräfte der Gesellschaft (die Beziehungen der Gesellschaft zu den Naturkräften, denen sie die notwendigen materiellen Güter im Kampfe abringt) und die Produktionsverhältnisse (die gegenseitigen Beziehungen der Menschen im Produktionsprozeß). Das sind zwei verschiedene Seiten der gesellschaftlichen Produktion, obwohl sie untrennbar miteinander verbunden sind. Und gerade, weil sie zwei verschiedene Seiten der gesellschaftlichen Produktion bilden, können sie aufeinander einwirken. Wer behauptet, eine dieser Seiten könne von der anderen absorbiert und in einen ihrer Bestandteile verwandelt werden, vergeht sich aufs schwerste gegen den Marxismus.

Marx sagt:

„In der Produktion wirken die Menschen nicht allein auf die Natur, sondern auch aufeinander. Sie produzieren nur, indem sie auf eine bestimmte Weise zusammenwirken und ihre Tätigkeiten gegeneinander austauschen. Um zu produzieren, treten sie in bestimmte Beziehungen und Verhältnisse zueinander, und nur innerhalb dieser gesellschaftlichen Beziehungen und Verhältnisse findet ihre Einwirkung auf die Natur, findet die Produktion statt.“*

Folglich besteht die gesellschaftliche Produktion aus zwei Seiten, die, obwohl sie untrennbar miteinander verbunden sind, trotz alledem zwei Reihen verschiedenartiger Beziehungen widerspiegeln: Beziehungen der Menschen zur Natur (Produktivkräfte) und gegenseitige Beziehungen der Menschen im Produktionsprozeß (Produktionsverhältnisse). Nur

* Siehe Marx/Engels, *Werke*, deutsche Ausgabe, Bd. 6, S. 407.

das Vorhandensein beider Seiten der Produktion ergibt die gesellschaftliche Produktion, ganz gleich, ob es sich um die sozialistische Ordnung oder um andere Gesellschaftsformationen handelt.

Genosse Jaroschenko ist offenbar mit Marx nicht ganz einverstanden. Er ist der Meinung, diese Marxsche These sei auf die sozialistische Ordnung nicht anwendbar. Eben darum reduziert er das Problem der politischen Ökonomie des Sozialismus auf die Aufgabe einer rationellen Organisation der Produktivkräfte, wobei er die Produktionsverhältnisse, die ökonomischen Verhältnisse, beiseite wirft und sie von den Produktivkräften trennt.

Folglich kommt bei Genossen Jaroschenko statt einer marxistischen politischen Ökonomie so etwas wie die Bogdanowsche „Allgemeine Organisationswissenschaft“ heraus.

Genosse Jaroschenko, der den richtigen Gedanken aufgreift, daß die Produktivkräfte die beweglichsten und revolutionärsten Kräfte der Produktion sind, führt diesen Gedanken ad absurdum, bis zur Verneinung der Rolle der Produktionsverhältnisse, der ökonomischen Verhältnisse im Sozialismus, wobei bei ihm statt einer lebenskräftigen gesellschaftlichen Produktion eine einseitige und dürre Produktionstechnologie herauskommt — so etwas wie die Bucharinsche „gesellschaftliche Organisationstechnik“.

Marx sagt:

„In der gesellschaftlichen Produktion ihres Lebens (d. h. in der Produktion materieller, für das Leben der Menschen notwendiger Güter. *J. St.*) gehen die Menschen bestimmte, notwendige, von ihrem Willen unabhängige Verhältnisse ein, Produktionsverhältnisse, die einer bestimmten Entwicklungsstufe ihrer materiellen Produktivkräfte entsprechen. Die Gesamtheit dieser Produktionsverhältnisse bildet die ökonomische Struktur der Gesellschaft, die reale Basis, worauf sich ein juristischer und politischer Überbau erhebt und welcher bestimmte gesellschaftliche Bewußt-

seinsformen entsprechen.“ (Siehe Vorwort „Zur Kritik der politischen Ökonomie“).*

Das heißt, jede Gesellschaftsformation, darunter auch die sozialistische Gesellschaft, besitzt ihre eigene ökonomische Basis, die aus der Gesamtheit der Produktionsverhältnisse der Menschen besteht. Es ergibt sich die Frage: Wie steht es bei Genossen Jaroschenko mit der ökonomischen Basis der sozialistischen Ordnung? Bekanntlich hat Genosse Jaroschenko die Produktionsverhältnisse im Sozialismus als mehr oder weniger selbständiges Gebiet bereits liquidiert, indem er das wenige, was von ihnen übriggeblieben ist, als Bestandteil in die Organisation der Produktivkräfte einbezog. Es fragt sich: Besitzt die sozialistische Ordnung eine eigene ökonomische Basis? Offenbar hat die sozialistische Ordnung, da die Produktionsverhältnisse im Sozialismus als mehr oder weniger selbständige Kraft verschwunden sind, keine eigene ökonomische Basis.

Also eine sozialistische Ordnung ohne eigene ökonomische Basis. Eine heitere Geschichte . . .

Ist überhaupt eine Gesellschaftsordnung ohne eigene ökonomische Basis möglich? Genosse Jaroschenko ist offenbar der Ansicht, sie sei möglich. Nun, der Marxismus ist jedoch der Meinung, daß es solche Gesellschaftsordnungen in der Welt nicht gibt.

Schließlich stimmt es nicht, daß der Kommunismus eine rationelle Organisation der Produktivkräfte ist, daß die rationelle Organisation der Produktivkräfte das Wesen der kommunistischen Ordnung erschöpft, daß man die Produktivkräfte nur rationell zu organisieren braucht, um ohne besondere Schwierigkeiten zum Kommunismus übergehen zu

* Siehe Marx/Engels, *Werke*, deutsche Ausgabe, Bd. 13, S. 8.

können. In unserer Literatur gibt es eine andere Definition, eine andere Formel für den Kommunismus, und zwar Lenins Formel „Kommunismus ist Sowjetmacht plus Elektrifizierung des ganzen Landes.“* Dem Genossen Jaroschenko gefällt offenbar Lenins Formel nicht, und er ersetzt sie durch seine eigene selbstfabrizierte Formel „Kommunismus — das ist höchste wissenschaftliche Organisation der Produktivkräfte in der gesellschaftlichen Produktion.“

Erstens weiß niemand, was diese von Genossen Jaroschenko angepriesene „höchste wissenschaftliche“ oder „rationelle“ Organisation der Produktivkräfte darstellt, welches ihr konkreter Inhalt ist. Dutzende Male wiederholt Genosse Jaroschenko in seinen Reden vor dem Plenum, in den Diskussionssektionen, in seinem Brief an die Mitglieder des Politbüros diese mystische Formel, aber nirgends versucht er auch nur mit einem Wort zu erklären, was eigentlich unter „rationelle Organisation“ der Produktivkräfte zu verstehen sei, in der sich angeblich das Wesen der kommunistischen Ordnung erschöpft.

Zweitens, wenn man schon zwischen zwei Formeln zu wählen hat, so muß man nicht Lenins Formel, die die einzig richtige ist, verwerfen, sondern die sogenannte Formel des Genossen Jaroschenko, die unverkennbar ausgeklügelt und unmarxistisch ist, die Bogdanows Arsenal, der „Allgemeinen Organisationswissenschaft“, entnommen ist.

Genosse Jaroschenko ist der Ansicht, man brauche nur eine rationelle Organisation der Produktivkräfte zu erreichen, um einen Überfluß an Produkten erzielen und zum Kommunismus übergehen zu können, um von der Formel „Jedem nach seiner Leistung“ zu der Formel „Jedem nach seinen Bedürf-

* Siehe Lenin, *Werke*, deutsche Ausgabe, Bd. 31, S. 414.

nissen“ übergehen zu können. Das ist ein großer Irrtum, der ein völliges Unverständnis für die Gesetze der ökonomischen Entwicklung des Sozialismus offenbart. Genosse Jaroschenko stellt die Bedingungen für den Übergang vom Sozialismus zum Kommunismus viel zu einfach, kindisch einfach dar. Genosse Jaroschenko begreift nicht, daß man weder einen Überfluß an Produkten, der den gesamten Bedarf der Gesellschaft zu decken vermag, noch den Übergang zur Formel „Jedem nach seinen Bedürfnissen“ erzielen kann, wenn solche ökonomischen Tatsachen wie das kollektivwirtschaftliche Gruppeneigentum, die Warenzirkulation usw. in Kraft bleiben. Genosse Jaroschenko begreift nicht, daß man, bevor man zur Formel „Jedem nach seinen Bedürfnissen“ übergehen kann, eine Reihe von Etappen der ökonomischen und kulturellen Umerziehung der Gesellschaft durchlaufen muß, während deren die Arbeit aus einem lediglich dem Lebensunterhalt dienenden Mittel in den Augen der Gesellschaft zum ersten Lebensbedürfnis und das gesellschaftliche Eigentum zur unerschütterlichen und unantastbaren Grundlage der Existenz der Gesellschaft werden muß.

Um den wirklichen Übergang zum Kommunismus vorzubereiten, nicht aber den Übergang zu deklarieren, müssen mindestens drei grundlegende Vorbedingungen erfüllt werden.

Erstens ist es notwendig, nicht eine mystische „rationelle Organisation“ der Produktivkräfte, sondern das ununterbrochene Wachstum der gesamten gesellschaftlichen Produktion bei vorwiegender Steigerung der Produktion von Produktionsmitteln stetig zu gewährleisten. Die vorwiegende Steigerung der Produktion von Produktionsmitteln ist nicht nur deshalb notwendig, weil durch sie sowohl die Produktionsmittel produzierenden Betriebe als auch die Betriebe

aller anderen Zweige der Volkswirtschaft mit Ausrüstungen versorgt werden müssen, sondern auch deshalb, weil ohne sie eine erweiterte Reproduktion überhaupt unmöglich ist.

Zweitens ist es notwendig, das kollektivwirtschaftliche Eigentum mittels allmählicher, den Kollektivwirtschaften und folglich der gesamten Gesellschaft zum Vorteil gereichender Übergänge auf das Niveau des allgemeinen Volkseigentums zu heben und die Warenzirkulation ebenfalls mittels allmählicher Übergänge durch ein System des Produktaustauschs zu ersetzen, damit die Zentralgewalt oder irgendein anderes gesellschaftlich-ökonomisches Zentrum die Gesamterzeugung der gesellschaftlichen Produktion im Interesse der Gesellschaft zu erfassen vermag.

Genosse Jaroschenko irrt sich, wenn er behauptet, im Sozialismus gebe es keinerlei Widerspruch zwischen den Produktionsverhältnissen und den Produktivkräften der Gesellschaft. Natürlich durchlaufen unsere gegenwärtigen Produktionsverhältnisse eine Periode, in der sie sich in völliger Übereinstimmung mit dem Wachstum der Produktivkräfte befinden und diese mit Riesenschritten vorwärtsbringen. Es wäre aber falsch, wollte man sich damit zufriedengeben und annehmen, daß es keinerlei Widersprüche zwischen unseren Produktivkräften und Produktionsverhältnissen gebe. Widersprüche gibt es zweifellos und wird es zweifellos geben, da die Entwicklung der Produktionsverhältnisse hinter der Entwicklung der Produktivkräfte zurückbleibt und zurückbleiben wird. Bei einer richtigen Politik der leitenden Organe können sich diese Widersprüche nicht in einen Gegensatz verwandeln, und es kann hier nicht zu einem Konflikt zwischen den Produktionsverhältnissen und den Produktivkräften der Gesellschaft kommen. Anders liegen die Dinge, wenn wir eine falsche Politik durchführen, etwa wie sie Ge-

nosse Jaroschenko empfiehlt. In dem Falle wird ein Konflikt unvermeidlich, und unsere Produktionsverhältnisse können zu einem schwerwiegenden Hemmschuh für die weitere Entwicklung der Produktivkräfte werden.

Daher ist es die Aufgabe der leitenden Organe, die heranwachsenden Widersprüche rechtzeitig zu erkennen und durch Anpassung der Produktionsverhältnisse an das Wachstum der Produktivkräfte rechtzeitig Maßnahmen zu ihrer Überwindung zu treffen. Dies gilt vor allem für solche ökonomischen Erscheinungen wie das kollektivwirtschaftliche Gruppeneigentum und die Warenzirkulation. Natürlich werden diese Erscheinungen gegenwärtig von uns mit Erfolg zur Entwicklung der sozialistischen Wirtschaft benutzt, und sie bringen unserer Gesellschaft unbestreitbaren Nutzen. Zweifellos werden sie uns auch in nächster Zukunft Nutzen bringen. Es wäre aber unverzeihliche Blindheit, wollte man nicht sehen, daß diese Erscheinungen gleichzeitig auch schon beginnen, die gewaltige Entwicklung unserer Produktivkräfte zu hemmen, da sie Hindernisse für die vollständige Erfassung der gesamten Volkswirtschaft, besonders der Landwirtschaft, durch die staatliche Planung schaffen. Es kann kein Zweifel darüber bestehen, daß diese Erscheinungen je länger, je mehr das weitere Wachstum der Produktivkräfte unseres Landes hemmen werden. Folglich besteht die Aufgabe darin, diese Widersprüche zu beseitigen durch allmähliche Umwandlung des kollektivwirtschaftlichen Eigentums in allgemeines Volkseigentum und durch — gleichfalls allmähliche — Einführung des Produktaustauschs an Stelle der Warenzirkulation.

Drittens ist es notwendig, ein kulturelles Wachstum der Gesellschaft zu erreichen, das allen Mitgliedern der Gesellschaft eine allseitige Entwicklung ihrer körperlichen und geistigen Fähigkeiten gewährleistet, damit die Mitglieder der

Gesellschaft die Möglichkeit erhalten, ausreichende Bildung zu erwerben, um aktiv an der gesellschaftlichen Entwicklung mitzuwirken, damit sie die Möglichkeit erhalten, ihren Beruf frei zu wählen und nicht infolge der bestehenden Arbeitsteilung Zeit ihres Lebens an irgendeinen Beruf gefesselt sind.

Was ist dazu erforderlich?

Es wäre falsch, wollte man glauben, ein so bedeutsames kulturelles Wachstum der Mitglieder der Gesellschaft könne ohne ernste Veränderungen in der gegenwärtigen Lage der Arbeit erreicht werden. Dazu ist es vor allem notwendig, den Arbeitstag mindestens bis auf sechs und später bis auf fünf Stunden zu verkürzen. Das ist notwendig, damit die Mitglieder der Gesellschaft genügend freie Zeit erhalten, um eine allseitige Bildung zu erwerben. Dazu ist es ferner notwendig, den allgemeinen obligatorischen polytechnischen Unterricht einzuführen, damit die Mitglieder der Gesellschaft die Möglichkeit erhalten, ihren Beruf frei zu wählen, und nicht Zeit ihres Lebens an irgendeinen Beruf gefesselt sind. Dazu ist weiter notwendig, die Wohnungsverhältnisse grundlegend zu verbessern und den Reallohn der Arbeiter und Angestellten mindestens um das Doppelte, wenn nicht mehr, zu erhöhen, sowohl durch direkte Erhöhung des Geldlohnes als auch besonders durch eine weitere systematische Senkung der Preise für Massenbedarfsgüter.

Das sind die Grundbedingungen für die Vorbereitung des Übergangs zum Kommunismus.

Erst nach Erfüllung *aller* dieser Vorbedingungen in ihrer Gesamtheit wird man hoffen können, daß die Arbeit in den Augen der Mitglieder der Gesellschaft aus einer Bürde „das erste Lebensbedürfnis“* wird (Marx), daß die „Arbeit . . .

* Siehe Marx/Engels, *Werke*, deutsche Ausgabe, Bd. 19, S. 21.

aus einer Last eine Lust wird“* (Engels), daß das gesellschaftliche Eigentum von allen Mitgliedern der Gesellschaft als unerschütterliche und unantastbare Grundlage der Existenz der Gesellschaft angesehen wird.

Erst nach Erfüllung *aller* dieser Vorbedingungen in ihrer Gesamtheit wird man von der sozialistischen Formel „Jeder nach seinen Fähigkeiten, jedem nach seiner Leistung“ zur kommunistischen Formel „Jeder nach seinen Fähigkeiten, jedem nach seinen Bedürfnissen“ übergehen können.

Das wird ein grundlegender Übergang von einer Ökonomik, der Ökonomik des Sozialismus, zu einer anderen, höheren Ökonomik, der Ökonomik des Kommunismus, sein.

Wie man sieht, ist der Übergang vom Sozialismus zum Kommunismus nicht so einfach, wie sich Genosse Jaroschenko das einbildet.

Wer dieses ganze komplizierte und vielgestaltige Werk, das bedeutsame ökonomische Veränderungen erfordert, auf eine „rationelle Organisation der Produktivkräfte“ zu reduzieren versucht, wie Genosse Jaroschenko das tut — der unterschreibt dem Marxismus Bogdanow-Anschauungen.

II

Andere Fehler des Genossen Jaroschenko

1. Ausgehend von seinem falschen Standpunkt, zieht Genosse Jaroschenko falsche Schlußfolgerungen über den Charakter und den Gegenstand der politischen Ökonomie.

Genosse Jaroschenko verneint die Notwendigkeit einer einheitlichen politischen Ökonomie für alle Gesellschaftsfor-

* Siehe Marx/Engels, *Werke*, deutsche Ausgabe, Bd. 20, S. 274.

mationen, wobei er davon ausgeht, daß jede Gesellschaftsformation ihre spezifischen ökonomischen Gesetze besitzt. Er ist jedoch völlig im Unrecht, und er ist hier anderer Meinung als solche Marxisten wie Engels und Lenin.

Engels sagt, die politische Ökonomie ist

„die Wissenschaft von den Bedingungen und Formen, unter denen die *verschiedenen menschlichen Gesellschaften* produziert und ausgetauscht, und unter denen sich demgemäß jedesmal die Produkte verteilt haben“ („Anti-Dühring“)*.

Folglich erforscht die politische Ökonomie die Gesetze der ökonomischen Entwicklung nicht irgendeiner einzelnen Gesellschaftsformation, sondern der verschiedenen Gesellschaftsformationen.

Hiermit ist bekanntlich auch Lenin völlig einverstanden, der in seinen kritischen Bemerkungen anlässlich der Schrift Bucharins „Die Ökonomik der Transformationsperiode“ sagte, daß Bucharin nicht recht hat, wenn er den Wirkungsbereich der politischen Ökonomie auf die Warenproduktion, und vor allem auf die kapitalistische Produktion, beschränkt, wobei er bemerkt, daß Bucharin hier „gegenüber Engels einen Schritt rückwärts“** macht.

Damit stimmt die Definition der politischen Ökonomie völlig überein, die in dem Entwurf des Lehrbuchs der politischen Ökonomie gegeben wird, wo es heißt, daß die politische Ökonomie eine Wissenschaft ist, die die „Gesetze der gesellschaftlichen Produktion und der Verteilung der materiellen Güter *auf den verschiedenen Entwicklungsstufen* der menschlichen Gesellschaft“ erforscht.

* Siehe Marx/Engels, *Werke*, deutsche Ausgabe, Bd. 20, S. 139.

** Siehe Lenin, „Kritische Bemerkungen zu dem Buch N. Bucharins ‚Die Ökonomie der Übergangsperiode‘“ (Lenin-Sammelband XI, russische Ausgabe, S. 349).

Das ist auch verständlich. Die verschiedenen Gesellschaftsformationen ordnen sich in ihrer ökonomischen Entwicklung nicht nur ihren eigenen spezifischen ökonomischen Gesetzen, sondern auch den ökonomischen Gesetzen unter, die für alle Formationen gelten, zum Beispiel solchen Gesetzen wie dem Gesetz von der Einheit der Produktivkräfte und Produktionsverhältnisse in einer einheitlichen gesellschaftlichen Produktion, wie dem Gesetz über die Beziehungen zwischen den Produktivkräften und den Produktionsverhältnissen im Entwicklungsprozeß aller Gesellschaftsformationen. Demnach sind die Gesellschaftsformationen nicht nur durch ihre eigenen spezifischen Gesetze voneinander getrennt, sondern auch miteinander durch allen Formationen gemeinsame ökonomische Gesetze verbunden.

Engels hatte völlig recht, als er sagte:

„Um diese Kritik der bürgerlichen Ökonomie vollständig durchzuführen, genügte nicht die Bekanntschaft mit der kapitalistischen Form der Produktion, des Austausches und der Verteilung. Die ihr vorhergegangenen oder die noch neben ihr, in weniger entwickelten Ländern bestehenden Formen mußten ebenfalls, wenigstens in den Hauptzügen, untersucht und zur Vergleichung gezogen werden.“ („Anti-Dühring“).*

Es ist offensichtlich, daß Genosse Jaroschenko in dieser Frage in das gleiche Horn bläst wie Bucharin.

Weiter. Genosse Jaroschenko behauptet, daß in seiner „Politischen Ökonomie des Sozialismus“, „die Kategorien der politischen Ökonomie, wie Wert, Ware, Geld, Kredit usw., durch vernünftige Überlegungen über eine rationelle Organisation der Produktivkräfte in der gesellschaftlichen Produktion *ersetzt* werden“, daß folglich Gegenstand *dieser* politischen Ökonomie *nicht* die Produktionsverhältnisse des

* Siehe Marx/Engels, *Werke*, deutsche Ausgabe, Bd. 20, S. 140.

Sozialismus sind, *sondern* „die Ausarbeitung und Entwicklung einer wissenschaftlichen Theorie der Organisation der Produktivkräfte, einer Theorie der Planung der Volkswirtschaft usw.“, daß die Produktionsverhältnisse im Sozialismus ihre selbständige Bedeutung verlieren und von den Produktivkräften als Bestandteil derselben absorbiert werden.

Es muß gesagt werden, daß bei uns noch kein einziger übergeschnappter „Marxist“ derartig ungereimtes Zeug verzapft hat. Was heißt denn politische Ökonomie des Sozialismus ohne ökonomische Probleme, ohne Produktionsprobleme? Gibt es etwa in der Welt eine solche politische Ökonomie? Was heißt, in der politischen Ökonomie des Sozialismus die ökonomischen Probleme durch Probleme der Organisation der Produktivkräfte ersetzen? Das heißt, die politische Ökonomie des Sozialismus abschaffen. Eben das tut Genosse Jaroschenko — er schafft die politische Ökonomie des Sozialismus ab. Hier steht er ganz und gar im Bunde mit Bucharin. Bucharin *sagte*, daß mit Beseitigung des Kapitalismus auch die politische Ökonomie verschwinden müsse. Genosse Jaroschenko sagt das nicht, aber er *tut* es, indem er die politische Ökonomie des Sozialismus abschafft. Dabei tut er freilich so, als ob er mit Bucharin nicht ganz einverstanden wäre, aber das ist nur eine List und dazu noch eine billige List. In Wirklichkeit macht er das, was Bucharin predigte und Lenin bekämpfte. Genosse Jaroschenko tritt in Bucharins Fußtapfen.

Weiter. Genosse Jaroschenko reduziert die Probleme der politischen Ökonomie des Sozialismus auf die Probleme der rationellen Organisation der Produktivkräfte, auf die Probleme der Planung der Volkswirtschaft und dergleichen. Aber er irrt sich gründlich. Die Probleme der rationellen Organisation der Produktivkräfte, der Planung der Volks-

wirtschaft und dergleichen sind nicht Gegenstand der politischen Ökonomie, sondern Gegenstand der Wirtschaftspolitik der leitenden Organe. Das sind zwei verschiedene Gebiete, die man nicht miteinander verwechseln darf. Genosse Jaroschenko hat diese zwei verschiedenen Dinge durcheinandergeworfen und hat sich dabei blamiert. Die politische Ökonomie erforscht die Entwicklungsgesetze der Produktionsverhältnisse der Menschen. Die Wirtschaftspolitik zieht hieraus praktische Schlußfolgerungen, konkretisiert sie und baut darauf ihre tägliche Arbeit auf. Die politische Ökonomie mit Fragen der Wirtschaftspolitik belasten heißt sie als Wissenschaft zugrunde richten.

Gegenstand der politischen Ökonomie sind die Produktionsverhältnisse, die ökonomischen Verhältnisse der Menschen. Hierzu gehören: a) die Formen des Eigentums an den Produktionsmitteln; b) die sich daraus ergebende Stellung der verschiedenen sozialen Gruppen in der Produktion und ihre wechselseitigen Beziehungen oder, wie Marx sagt: „Der Austausch ihrer Tätigkeiten gegeneinander“*; c) die völlig davon abhängenden Formen der Verteilung der Produkte. All das zusammengenommen bildet den Gegenstand der politischen Ökonomie.

In dieser Definition fehlt das Wort „Austausch“, das in der Definition von Engels vorkommt. Es fehlt, weil der „Austausch“ von vielen gewöhnlich als ein Austausch von Waren angesehen wird, der nicht allen, sondern nur einigen Gesellschaftsformationen eigen ist, was zuweilen Mißverständnisse hervorruft, obgleich Engels unter dem Wort „Austausch“ nicht nur den Warenaustausch verstand. Wie ersichtlich, hat jedoch das, was Engels unter dem Wort

* Siehe Marx/Engels, *Werke*, deutsche Ausgabe, Bd. 6, S. 407.

„Austausch“ verstand, in der erwähnten Definition seinen Platz als ein Bestandteil derselben erhalten. Folglich stimmt diese Definition des Gegenstands der politischen Ökonomie inhaltlich voll und ganz mit der Definition von Engels überein.

2. Wenn man von dem ökonomischen Grundgesetz dieser oder jener Gesellschaftsformation spricht, geht man gewöhnlich davon aus, daß diese nicht mehrere ökonomische Grundgesetze haben kann, daß sie nur ein ökonomisches Grundgesetz, eben als *Grundgesetz* haben kann. Andernfalls hätten wir mehrere ökonomische Grundgesetze für jede Gesellschaftsformation, was dem Begriff Grundgesetz selbst widerspricht. Genosse Jaroschenko ist hiermit jedoch nicht einverstanden. Er ist der Meinung, daß es nicht nur ein ökonomisches Grundgesetz, sondern mehrere ökonomische Grundgesetze des Sozialismus geben könne. Das ist unglaublich, aber wahr. In seiner vor dem Diskussionsplenum gehaltenen Rede sagt er:

„Die Größen und Verhältnisse der Materialfonds der gesellschaftlichen Produktion und Reproduktion bestimmen sich nach dem Bestand und der Perspektive der Zunahme der Arbeitskräfte, die in die gesellschaftliche Produktion einbezogen werden. Das ist ein ökonomisches Grundgesetz der sozialistischen Gesellschaft, das die Struktur der sozialistischen gesellschaftlichen Produktion und Reproduktion bedingt.“

Das wäre das erste ökonomische Grundgesetz des Sozialismus.

In der gleichen Rede erklärt Genosse Jaroschenko:

„Das Verhältnis zwischen Abteilung I und Abteilung II wird in der sozialistischen Gesellschaft durch den Bedarf der Produktion von Produktionsmitteln bestimmt, und zwar in den Ausmaßen, die notwendig sind, um die gesamte arbeitsfähige Bevölkerung in die gesellschaftliche Produktion einzubeziehen. Das ist ein ökonomisches Grundgesetz des Sozialismus und zugleich ein aus dem Recht der Sowjetmenschen auf Arbeit entspringendes Erfordernis unserer Verfassung.“

Das wäre sozusagen das zweite ökonomische Grundgesetz des Sozialismus.

Schließlich erklärt Genosse Jaroschenko in seinem Brief an die Mitglieder des Politbüros:

„Hiervon ausgehend, können die Wesenszüge und Erfordernisse des ökonomischen Grundgesetzes des Sozialismus, wie mir scheint, etwa folgendermaßen formuliert werden: ständig wachsende und sich vervollkommnende Produktion der materiellen und kulturellen Lebensbedingungen der Gesellschaft.“

Das wäre bereits das dritte ökonomische Grundgesetz des Sozialismus.

Ob alle diese Gesetze ökonomische Grundgesetze des Sozialismus sind oder ob nur eins von ihnen, und wenn nur eins, dann welches von ihnen das ökonomische Grundgesetz des Sozialismus ist, auf diese Fragen gibt Genosse Jaroschenko in seinem jüngsten Brief an die Mitglieder des Politbüros keine Antwort. Bei der Formulierung des ökonomischen Grundgesetzes des Sozialismus in seinem Brief an die Mitglieder des Politbüros hat er, wie man annehmen muß, „vergessen“, daß er in seiner Rede, die er vor drei Monaten vor dem Diskussionsplenum hielt, bereits zwei andere ökonomische Grundgesetze des Sozialismus formuliert hatte, offenbar in der Annahme, daß dieses mehr als zweifelhafte Manöver unbeachtet bliebe. Aber seine Rechnung ist nicht aufgegangen.

Nehmen wir an, daß die ersten beiden von Genossen Jaroschenko formulierten ökonomischen Grundgesetze des Sozialismus nicht mehr existieren, daß Genosse Jaroschenko von jetzt an seine im Brief an die Mitglieder des Politbüros enthaltene dritte Formulierung als ökonomisches Grundgesetz des Sozialismus betrachtet. Wenden wir uns dem Brief des Genossen Jaroschenko zu.

Genosse Jaroschenko erklärt in diesem Brief, er sei mit der in den „Bemerkungen“ des Genossen Stalin gegebenen Definition des ökonomischen Grundgesetzes des Sozialismus nicht einverstanden. Er sagt:

„Das Wichtigste in dieser Definition ist ‚die Sicherung der maximalen Befriedigung der . . . Bedürfnisse der gesamten Gesellschaft‘. Die Produktion wird hier als Mittel zur Erreichung dieses Hauptziels, der Befriedigung der Bedürfnisse, dargestellt. Eine solche Definition gibt Grund zu der Annahme, daß das von Ihnen formulierte ökonomische Grundgesetz des Sozialismus nicht vom Primat der Produktion, sondern vom Primat der Konsumtion ausgeht.“

Es ist offensichtlich, daß Genosse Jaroschenko das Wesen des Problems überhaupt nicht begriffen hat und nicht sieht, daß das Gerede vom Primat der Konsumtion oder der Produktion nicht das geringste mit der Sache zu tun hat. Wenn man vom Primat dieser oder jener gesellschaftlichen Prozesse vor anderen Prozessen spricht, geht man gewöhnlich davon aus, daß beide Prozesse mehr oder weniger gleichartig sind. Man kann und muß vom Primat der Produktion von Produktionsmitteln vor der Produktion von Konsumtionsmitteln sprechen, da es sich in beiden Fällen um Produktion handelt, folglich um mehr oder weniger gleichartige Fälle. Aber man darf nicht vom Primat der Konsumtion vor der Produktion oder der Produktion vor der Konsumtion sprechen; das wäre falsch, da Produktion und Konsumtion zwei völlig verschiedene, zwar miteinander verbundene, aber dennoch verschiedene Gebiete bilden. Genosse Jaroschenko begreift offenbar nicht, daß es hier nicht um das Primat der Konsumtion oder der Produktion geht, sondern darum, welches *Ziel* die Gesellschaft der gesellschaftlichen Produktion setzt, welcher *Aufgabe* sie die gesellschaftliche Produktion, sagen wir, im Sozialismus, unterordnet. Daher gehört auch das Gerede des Genossen Jaroschenko, daß „die

Grundlage des Lebens der sozialistischen Gesellschaft, wie auch jeder anderen Gesellschaft, die Produktion bildet“, überhaupt nicht zur Sache. Genosse Jaroschenko vergißt, daß die Menschen nicht um der Produktion willen produzieren, sondern um ihre Bedürfnisse zu befriedigen. Er vergißt, daß eine Produktion, die nicht der Befriedigung der Bedürfnisse der Gesellschaft gilt, dahinsiecht und eingeht.

Kann man denn überhaupt von einem Ziel der kapitalistischen oder der sozialistischen Produktion, von Aufgaben, denen die kapitalistische oder die sozialistische Produktion untergeordnet sind, sprechen? Ich denke, das kann man und muß man.

Marx sagt:

„Der direkte Zweck der kapitalistischen Produktion ist nicht die Produktion der Waren, sondern des Mehrwerts, oder des Profits in seiner entwickelten Form; nicht des Produkts, sondern des Mehrprodukts. Die Arbeit selbst ist von diesem Standpunkt aus nur produktiv, soweit sie Profit oder Mehrprodukt für das Kapital schafft. Soweit der Arbeiter das nicht schafft, ist seine Arbeit unproduktiv. Die Masse der angewandten produktiven Arbeit hat für das Kapital also nur so weit Interesse, als durch sie — oder im Verhältnis zu ihr — die Masse der Mehrarbeit wächst. Nur so weit ist das, was wir notwendige Arbeitszeit nannten, notwendig. Soweit sie nicht dieses Resultat hat, ist sie überflüssig und zu unterdrücken.

Es ist der beständige Zweck der kapitalistischen Produktion, mit dem Minimum von vorgeschossenem Kapital ein Maximum von Mehrwert oder Mehrprodukt zu erzeugen, und soweit dieses Resultat nicht durch Überarbeitung der Arbeiter erreicht wird, ist es eine Tendenz des Kapitals, wodurch es mit dem möglichst geringen Aufwand — Ersparung an Arbeitskraft und Kosten — ein gegebenes Produkt zu schaffen sucht . . .

Die Arbeiter selbst erscheinen in dieser Auffassung als das, was sie in der kapitalistischen Produktion sind — bloße Produktionsmittel; nicht als Selbstzweck und nicht als Zweck der Produktion.“ (Siehe „Theorien über den Mehrwert“.)*

* Siehe Marx/Engels, *Werke*, deutsche Ausgabe, Bd. 26, 2. Teil, 18. Kapitel.

Diese Worte von Marx sind bemerkenswert, nicht nur in der Beziehung, daß sie kurz und treffend das Ziel der kapitalistischen Produktion bestimmen, sondern auch in der Beziehung, daß sie das Hauptziel, die Hauptaufgabe zeigen, die der sozialistischen Produktion gestellt werden muß.

Das Ziel der kapitalistischen Produktion ist folglich, Profit zu erzielen. Was die Konsumtion anbelangt, so braucht sie der Kapitalismus nur insofern, als sie der Aufgabe dient, Profit zu erzielen. Außerhalb dieser Aufgabe verliert die Frage der Konsumtion für den Kapitalismus jeden Sinn. Der Mensch mit seinen Bedürfnissen verschwindet aus dem Gesichtsfeld.

Welches ist nun das Ziel der sozialistischen Produktion, welches ist diejenige Hauptaufgabe, der die gesellschaftliche Produktion im Sozialismus untergeordnet werden muß?

Das Ziel der sozialistischen Produktion ist nicht der Profit, sondern der Mensch mit seinen Bedürfnissen, das heißt die Befriedigung seiner materiellen und kulturellen Bedürfnisse. Das Ziel der sozialistischen Produktion ist, wie es in den „Bemerkungen“ des Genossen Stalin heißt: „Die Sicherung der maximalen Befriedigung der ständig wachsenden materiellen und kulturellen Bedürfnisse der gesamten Gesellschaft.“*

Genosse Jaroschenko glaubt, er habe es hier mit einem „Primat“ der Konsumtion vor der Produktion zu tun. Das ist natürlich ein Denkfehler. In Wirklichkeit haben wir es hier nicht mit einem Primat der Konsumtion, sondern mit der *Unterordnung* der sozialistischen Produktion unter ihr Hauptziel zu tun, unter das Ziel, die maximale Befriedigung

* Siehe S. 46—47. (S. 408—409 in dieser Ausgabe.)

der ständig wachsenden materiellen und kulturellen Bedürfnisse der gesamten Gesellschaft zu sichern.

Folglich: Sicherung der maximalen Befriedigung der ständig wachsenden materiellen und kulturellen Bedürfnisse der gesamten Gesellschaft — das ist das *Ziel* der sozialistischen Produktion; ununterbrochenes Wachstum und stetige Vervollkommnung der sozialistischen Produktion auf der Basis der höchstentwickelten Technik — das ist das *Mittel* für die Erreichung dieses Ziels.

Das ist das ökonomische Grundgesetz des Sozialismus.

Von dem Wunsch geleitet, das sogenannte „Primat“ der Produktion vor der Konsumtion aufrechtzuerhalten, behauptet Genosse Jaroschenko, daß „das ökonomische Grundgesetz des Sozialismus in dem ununterbrochenen Wachstum und der stetigen Vervollkommnung der Produktion der materiellen und kulturellen Bedingungen der Gesellschaft“ besteht. Das ist völlig falsch. Genosse Jaroschenko entstellt und verschandelt die in den „Bemerkungen“ des Genossen Stalin dargelegte Formel aufs gröbste. Bei ihm wird die Produktion aus einem Mittel zum Zweck, während die Sicherung der maximalen Befriedigung der ständig wachsenden materiellen und kulturellen Bedürfnisse der Gesellschaft fortfällt. Es ergibt sich Wachstum der Produktion um des Wachstums der Produktion willen, Produktion als Selbstzweck, während der Mensch mit seinen Bedürfnissen aus dem Blickfeld des Genossen Jaroschenko verschwindet.

Es nimmt daher nicht wunder, daß mit dem Verschwinden des Menschen als Ziel der sozialistischen Produktion auch die letzten Reste des Marxismus aus der „Konzeption“ des Genossen Jaroschenko verschwinden.

Somit ist bei Genossen Jaroschenko nicht ein „Primat“ der Produktion vor der Konsumtion herausgekommen, sondern

eine Art „Primat“ der bürgerlichen Ideologie vor der marxistischen Ideologie.

3. Die Frage der Marxschen Reproduktionstheorie ist eine Frage für sich. Genosse Jaroschenko behauptet, die Marxsche Reproduktionstheorie sei eine Theorie allein der kapitalistischen Reproduktion, sie enthalte nichts, was für die anderen Gesellschaftsformationen, darunter für die sozialistische Gesellschaftsformation, Geltung haben könnte. Er sagt:

„Die Übertragung des von Marx für die kapitalistische Wirtschaft ausgearbeiteten Reproduktionsschemas auf die sozialistische gesellschaftliche Produktion ist ein Produkt der dogmatischen Auffassung der Lehre von Marx und widerspricht dem Wesen seiner Lehre.“ (Siehe die Rede des Genossen Jaroschenko vor dem Diskussionsplenum.)

Er behauptet ferner, daß „das Marxsche Reproduktionsschema den ökonomischen Gesetzen der sozialistischen Gesellschaft nicht entspricht und nicht als Grundlage für das Studium der sozialistischen Reproduktion dienen kann“. (Ebenda.)

Auf die Marxsche Theorie der einfachen Reproduktion eingehend, in der ein bestimmtes Verhältnis zwischen der Produktion von Produktionsmitteln (Abteilung I) und der Produktion von Konsumtionsmitteln (Abteilung II) festgelegt wird, sagt Genosse Jaroschenko:

„Das Verhältnis zwischen der ersten und der zweiten Abteilung wird in der sozialistischen Gesellschaft nicht durch die Marxsche Formel $v + m$ der ersten Abteilung und c der zweiten Abteilung* bestimmt. Unter den Verhältnissen des Sozialismus darf die genannte Wechselbeziehung in der Entwicklung zwischen der ersten und der zweiten Abteilung nicht auftreten.“ (Ebenda.)

* Hier bedeutet v variables Kapital, m Mehrwert, c fixes Kapital. Siehe Marx, „Das Kapital“, deutsche Ausgabe, Bd. II, 20. Kapitel.

Er behauptet, daß „die von Marx ausgearbeitete Theorie über das Verhältnis zwischen der Abteilung I und der Abteilung II unter unseren sozialistischen Verhältnissen unannehmbar ist, da der Theorie von Marx die kapitalistische Wirtschaft mit ihren Gesetzen zugrunde liegt.“ (Siehe den Brief des Genossen Jaroschenko an die Mitglieder des Politbüros.)

So zerpfückt Genosse Jaroschenko die Marxsche Reproduktionstheorie.

Gewiß spiegelt die Marxsche Reproduktionstheorie, die als Ergebnis der Erforschung der Gesetze der kapitalistischen Produktion ausgearbeitet wurde, das Spezifische der kapitalistischen Produktion wider und ist natürlich in die Form der warenkapitalistischen Wertbeziehungen gekleidet. Anders konnte es auch nicht sein. Aber in der Marxschen Reproduktionstheorie nur diese Form sehen und ihre Grundlage übersehen, ihren Hauptinhalt übersehen, der nicht nur für die kapitalistische Gesellschaftsformation gilt, heißt von dieser Theorie nichts verstehen. Wenn Genosse Jaroschenko etwas davon verstünde, so würde er auch die offenkundige Wahrheit begreifen, daß die Marxschen Reproduktionsschemata sich keineswegs darauf beschränken, das Spezifische der kapitalistischen Produktion zu widerspiegeln, sondern daß sie zugleich eine ganze Reihe von Grundthesen der Reproduktion enthalten, die für alle Gesellschaftsformationen, darunter insbesondere auch für die sozialistische Gesellschaftsformation Geltung haben. Solche Grundthesen der Marxschen Reproduktionstheorie wie die These von der Teilung der gesellschaftlichen Produktion in Produktion von Produktionsmitteln und Produktion von Konsumtionsmitteln; die These vom vorrangigen Wachstum der Produktion von Produktionsmitteln bei der erweiterten Reproduktion;

die These von dem Verhältnis zwischen Abteilung I und Abteilung II; die These von dem Mehrprodukt als der einzigen Akkumulationsquelle; die These von der Bildung und Bestimmung der gesellschaftlichen Fonds; die These von der Akkumulation als der einzigen Quelle der erweiterten Reproduktion — alle diese Grundthesen der Marxschen Reproduktionstheorie sind eben Thesen, die nicht nur für die kapitalistische Formation Geltung haben und ohne deren Anwendung keine sozialistische Gesellschaft bei der Planung der Volkswirtschaft auskommen kann. Es ist bezeichnend, daß Genosse Jaroschenko, der so hochmütig über die Marxschen „Reproduktionsschemata“ die Nase rümpft, selbst gezwungen ist, bei der Erörterung von Fragen der sozialistischen Reproduktion auf Schritt und Tritt zu diesen Schemata zu greifen.

Wie aber haben Lenin, Marx diese Sache betrachtet?

Allgemein bekannt sind die kritischen Bemerkungen Lenins zu Bucharins Buch „Die Ökonomik der Transformationsperiode“. In diesen Bemerkungen hat Lenin bekanntlich anerkannt, daß die von Marx für das Verhältnis zwischen der Abteilung I und der Abteilung II gegebene Formel, gegen die Genosse Jaroschenko Sturm läuft, sowohl für den Sozialismus als auch für den „reinen Kommunismus“, das heißt für die zweite Phase des Kommunismus, in Kraft bleibt.

Was Marx anbelangt, so ließ er sich bekanntlich nicht gern vom Studium der Gesetze der kapitalistischen Produktion ablenken und befaßte sich in seinem „Kapital“ nicht mit der Frage der Anwendbarkeit seiner Reproduktionsschemata auf den Sozialismus. Im Kapitel 20 des zweiten Bandes des „Kapitals“ unter der Rubrik „Das konstante Kapital der Abteilung I“, wo Marx die Umwandlung von Produkten der Abteilung I innerhalb dieser Abteilung behandelt, bemerkt

er jedoch gleichsam beiläufig, daß der Produktaustausch innerhalb dieser Abteilung im Sozialismus mit der gleichen Beständigkeit vor sich gehen werde wie bei der kapitalistischen Produktion. Marx führte aus:

„Wäre die Produktion gesellschaftlich, statt kapitalistisch, so ist klar, daß diese Produkte der Abteilung I unter die Produktionszweige dieser Abteilung, zum Behuf der Reproduktion, nicht minder beständig wieder als Produktionsmittel verteilt würden, ein Teil direkt in der Produktionssphäre bliebe, wo er als Produkt herauskam, ein anderer Teil dagegen nach andren Produktionsstätten entfernt würde, und so ein beständiges Hin und Her zwischen den verschiedenen Produktionsstätten dieser Abteilung stattfände.“*

Folglich war Marx keineswegs der Ansicht, daß seine Reproduktionstheorie nur für die kapitalistische Produktion Geltung hat, obwohl er sich mit der Erforschung der Gesetze der kapitalistischen Produktion befaßte. Im Gegenteil, wie man sieht, ging er davon aus, daß seine Reproduktionstheorie auch für die sozialistische Produktion Geltung haben kann.

Es muß bemerkt werden, daß Marx in der „Kritik des Gothaer Programms“ bei der Analyse der Ökonomik des Sozialismus und der Periode des Übergangs zum Kommunismus von den Grundthesen seiner Reproduktionstheorie ausgeht, da er sie offenbar für das kommunistische System als obligatorisch ansieht.

Es muß ferner bemerkt werden, daß Engels in seinem „Anti-Dühring“ bei der Kritik an dem „sozialitären System“ Dührings und bei der Charakterisierung der Ökonomik der sozialistischen Ordnung ebenfalls von den Grundthesen der Marxschen Reproduktionstheorie ausgeht, da er sie für das kommunistische System als obligatorisch ansieht.

* Siehe Marx, „Das Kapital“, deutsche Ausgabe, Bd. II, 20. Kapitel, VI. Abschnitt.

Das sind die Tatsachen.

Es zeigt sich, daß Genosse Jaroschenko auch hier, in der Frage der Reproduktion, trotz seines vorlauten Tons gegenüber den Marxschen „Schemata“, Schiffbruch erlitten hat.

4. Seinen Brief an die Mitglieder des Politbüros schließt Genosse Jaroschenko mit dem Vorschlag, ihn mit der Abfassung einer „Politischen Ökonomie des Sozialismus“ zu beauftragen. Er schreibt:

„Ausgehend von der von mir in der Plenarsitzung, in der Sektion und in diesem Brief entwickelten Definition des Gegenstands der Wissenschaft der politischen Ökonomie des Sozialismus, bin ich unter Anwendung der marxistischen dialektischen Methode imstande, in einem Jahr, höchstens aber in anderthalb Jahren, mit Hilfe von zwei Mitarbeitern die theoretischen Lösungen der Grundfragen der politischen Ökonomie des Sozialismus auszuarbeiten und die marxistische Lenin-Stalinsche Theorie der politischen Ökonomie des Sozialismus darzulegen, eine Theorie, die diese Wissenschaft in eine wirksame Waffe des Volkes im Kampf für den Kommunismus verwandeln wird.“

Man kann nicht umhin festzustellen, daß Genosse Jaroschenko nicht an Bescheidenheit krankt. Mehr noch, um die Ausdrucksweise einiger Literaten zu gebrauchen, kann man sagen: „Ganz im Gegenteil sogar.“

Es wurde bereits gesagt, daß Genosse Jaroschenko die politische Ökonomie des Sozialismus mit der Wirtschaftspolitik der leitenden Organe verwechselt. Das, was er als Gegenstand der politischen Ökonomie des Sozialismus ansieht — die rationelle Organisation der Produktivkräfte, die Planung der Volkswirtschaft, die Bildung der gesellschaftlichen Fonds usw. —, ist nicht Gegenstand der politischen Ökonomie des Sozialismus, sondern Gegenstand der Wirtschaftspolitik der leitenden Organe.

Ich spreche schon gar nicht davon, daß die von Genossen Jaroschenko begangenen ersten Fehler und sein unmarxi-

stischer „Standpunkt“ nicht dazu angetan sind, Genossen Jaroschenko einen solchen Auftrag zu geben.

Schlußfolgerungen

1. Die Beschwerde des Genossen Jaroschenko über die Leiter der Diskussion ist sinnlos, da die Diskussionsleiter als Marxisten in ihren zusammenfassenden Materialien dem unmarxistischen „Standpunkt“ des Genossen Jaroschenko keinen Platz einräumen konnten.

2. Das Ersuchen des Genossen Jaroschenko, ihn mit der Abfassung einer politischen Ökonomie des Sozialismus zu beauftragen, kann nicht ernst genommen werden, schon deshalb nicht, weil es auffallend an das Gehabe eines Chlestakow* erinnert.

22. Mai 1952

J. Stalin

* Chlestakow ist die Hauptperson in der Komödie „Revisor“ Gogols. Er ist ein typischer Betrüger, Heuchler und schamloser Mensch.

ANTWORT AN DIE GENOSSEN
A. W. SANINA UND W. G. WENSHER

Ich habe Ihre Briefe erhalten. Offensichtlich befassen sich die Verfasser dieser Briefe gründlich und ernsthaft mit den Problemen der Ökonomik unseres Landes. Diese Briefe enthalten nicht wenige richtige Formulierungen und interessante Gedankengänge. Gleichzeitig weisen sie aber auch einige ernstliche theoretische Fehler auf. In meiner Antwort möchte ich gerade auf diese Fehler eingehen.

1. *Die Frage des Charakters der ökonomischen
Gesetze des Sozialismus*

Die Genossen Sanina und Wensher behaupten, daß „nur dank des bewußten Handelns der mit der materiellen Produktion beschäftigten Sowjetmenschen die ökonomischen Gesetze des Sozialismus entstehen“. Diese Behauptung ist völlig falsch.

Existieren die Gesetzmäßigkeiten der ökonomischen Entwicklung objektiv, außerhalb von uns, unabhängig vom

Willen und vom Bewußtsein der Menschen? Der Marxismus bejaht diese Frage. Der Marxismus ist der Auffassung, daß die Gesetze der politischen Ökonomie des Sozialismus die Widerspiegelung der objektiven, außerhalb von uns existierenden Gesetzmäßigkeiten in den Köpfen der Menschen sind. Aber die Formel der Genossen Sanina und Wensher verneint diese Frage. Das bedeutet, daß diese Genossen den Standpunkt einer falschen Theorie beziehen, die behauptet, die Gesetze der ökonomischen Entwicklung im Sozialismus würden von den leitenden Organen der Gesellschaft „geschaffen“ und „umgewandelt“. Mit anderen Worten, die Genossen brechen mit dem Marxismus und beschreiten den Weg des subjektiven Idealismus.

Natürlich können die Menschen diese objektiven Gesetzmäßigkeiten entdecken, sie erkennen, und, auf sie gestützt, sie im Interesse der Gesellschaft ausnutzen. Aber sie können sie weder „schaffen“ noch „umwandeln“.

Nehmen wir an, wir machten uns für einen Augenblick die falsche Theorie zu eigen, die die Existenz objektiver Gesetzmäßigkeiten des Wirtschaftslebens im Sozialismus verneint und die Möglichkeit der „Schaffung“ von ökonomischen Gesetzen, der „Umwandlung“ der ökonomischen Gesetze verkündet. Wozu würde das führen? Das würde dazu führen, daß wir in das Reich des Chaos und der Zufälligkeiten gerieten, daß wir in sklavischer Abhängigkeit von diesen Zufälligkeiten kämen, daß wir uns der Möglichkeit beraubten, uns in diesem Chaos der Zufälligkeiten zurechtzufinden, geschweige denn es zu verstehen.

Das würde dazu führen, daß wir die politische Ökonomie als Wissenschaft abschafften, denn ohne Anerkennung objektiver Gesetzmäßigkeiten, ohne Erforschung dieser Gesetzmäßigkeiten kann die Wissenschaft nicht bestehen und sich

nicht entwickeln. Mit der Abschaffung der Wissenschaft aber würden wir uns der Möglichkeit berauben, den Gang der Ereignisse im Wirtschaftsleben des Landes vorauszusehen, das heißt, wir würden uns der Möglichkeit berauben, auch nur die elementarste Leitung der Wirtschaft zu organisieren.

Letzten Endes würden wir der Willkür „ökonomischer“ Abenteurer ausgeliefert sein, die bereit sind, die Gesetze der ökonomischen Entwicklung „umzustoßen“ und neue Gesetze zu „schaffen“, ohne die objektiven Gesetzmäßigkeiten zu begreifen und zu berücksichtigen.

Allen ist die klassische Formulierung des marxistischen Standpunkts in dieser Frage bekannt, die Engels in seinem „Anti-Dühring“ gegeben hat:

„Die gesellschaftlich wirksamen Kräfte wirken ganz wie die Naturkräfte: blindlings, gewaltsam, zerstörend, solange wir sie nicht erkennen und nicht mit ihnen rechnen. Haben wir sie aber einmal erkannt, ihre Tätigkeit, ihre Richtungen, ihre Wirkungen begriffen, so hängt es nur von uns ab, sie mehr und mehr unserm Willen zu unterwerfen und vermittelst ihrer unsre Zwecke zu erreichen. Und ganz besonders gilt dies von den heutigen gewaltigen Produktivkräften. Solange wir uns hartnäckig weigern, ihre Natur und ihren Charakter zu verstehn — und gegen dieses Verständnis sträubt sich die kapitalistische Produktionsweise und ihre Verteidiger — solange wirken diese Kräfte sich aus trotz uns, gegen uns, solange beherrschen sie uns, wie wir das ausführlich dargestellt haben. Aber einmal in ihrer Natur begriffen, können sie in den Händen der assoziierten Produzenten aus dämonischen Herrschern in willige Diener verwandelt werden. Es ist der Unterschied zwischen der zerstörenden Gewalt der Elektrizität im Blitze des Gewitters und der gebändigten Elektrizität des Telegrafen und des Lichtbogens; der Unterschied der Feuersbrunst und des im Dienst des Menschen wirkenden Feuers. Mit dieser Behandlung der heutigen Produktivkräfte nach ihrer endlich erkannten Natur tritt an die Stelle der gesellschaftlichen Produktionsanarchie eine gesellschaftlich-planmäßige Regelung der Produktion nach den Bedürfnissen der Gesamtheit wie jedes einzelnen. Damit wird die kapitalistische Aneignungsweise, in der das Produkt zuerst den Produzenten, dann

aber auch den Aneigner knechtet, ersetzt durch die in der Natur der modernen Produktionsmittel selbst begründete Aneignungsweise der Produkte: einerseits direkt gesellschaftliche Aneignung als Mittel zur Erhaltung und Erweiterung der Produktion, andererseits direkt individuelle Aneignung als Lebens- und Genußmittel.“*

2. Die Frage der Maßnahmen zur Hebung des kollektivwirtschaftlichen Eigentums auf das Niveau des allgemeinen Volkseigentums

Welche Maßnahmen sind erforderlich, um das kollektivwirtschaftliche Eigentum, das natürlich nicht allgemeines Volkseigentum ist, auf das Niveau des allgemeinen Volkseigentums (des „National“eigentums) zu heben?

Manche Genossen glauben, man müsse das kollektivwirtschaftliche Eigentum einfach nationalisieren, es zum allgemeinen Volkseigentum erklären, ähnlich, wie es seinerzeit mit dem kapitalistischen Eigentum gemacht wurde. Dieser Vorschlag ist völlig falsch und unter keinen Umständen annehmbar. Das kollektivwirtschaftliche Eigentum ist sozialistisches Eigentum, und wir können mit ihm keinesfalls so verfahren wie mit dem kapitalistischen Eigentum. Daraus, daß das kollektivwirtschaftliche Eigentum nicht allgemeines Volkseigentum ist, folgt keinesfalls, daß das kollektivwirtschaftliche Eigentum kein sozialistisches Eigentum sei.

Diese Genossen nehmen an, daß die Überführung des Eigentums einzelner Personen und Gruppen in staatliches Eigentum die einzige, jedenfalls aber die beste Form der Nationalisierung sei. Das stimmt nicht. In Wirklichkeit ist die Überführung in staatliches Eigentum nicht die einzige

* Siehe Marx/Engels, *Werke*, deutsche Ausgabe, Bd. 20, S. 260—261.

und nicht einmal die beste Form der Nationalisierung, sondern die Anfangsform der Nationalisierung, wie Engels im „Anti-Dühring“ ganz richtig sagt. Solange der Staat besteht, ist die Überführung in staatliches Eigentum unbedingt die verständlichste, die Anfangsform der Nationalisierung. Der Staat wird jedoch nicht bis in alle Ewigkeit bestehen. Mit der Erweiterung des Wirkungsbereichs des Sozialismus auf die meisten Länder der Welt wird der Staat absterben, und im Zusammenhang damit wird natürlich die Frage der Überführung des Eigentums einzelner Personen und Gruppen in staatliches Eigentum entfallen. Der Staat wird absterben, aber die Gesellschaft wird bleiben. Folglich wird das allgemeine Volkseigentum dann nicht mehr vom Staat übernommen werden, der absterben wird, sondern von der Gesellschaft selbst, vertreten durch ihr zentrales leitendes Wirtschaftsorgan.

Was ist also nun zu tun, um das kollektivwirtschaftliche Eigentum auf das Niveau des allgemeinen Volkseigentums zu heben?

Als wichtigste Maßnahme für eine solche Hebung des kollektivwirtschaftlichen Eigentums schlagen die Genossen Sanina und Wensher vor: den Kollektivwirtschaften durch Verkauf die wichtigsten in den Maschinen- und Traktorenstationen konzentrierten Produktionsinstrumente zu übereignen, den Staat auf diese Weise von den Investitionen in der Landwirtschaft zu entlasten und zu erreichen, daß die Kollektivwirtschaften die Verantwortung für die Unterhaltung und die Entwicklung der Maschinen- und Traktorenstationen selbst tragen. Sie sagen:

„Es wäre falsch, anzunehmen, daß die Investitionen der Kollektivwirtschaften in erster Linie für kulturelle Zwecke des Kollektivwirtschaftsdorfes verwendet werden müssen, während der Staat nach wie vor den Hauptteil

der Investitionen für die Erfordernisse der landwirtschaftlichen Produktion bestreiten muß. Wäre es nicht richtiger, den Staat von dieser Last zu befreien, da doch die Kollektivwirtschaften durchaus in der Lage sind, diese Last gänzlich zu übernehmen? Der Staat hat nicht wenig Vorhaben, in die er seine Mittel investieren kann, um im Land einen Überfluß an Konsumgütern zu schaffen.“

Zur Begründung dieses Vorschlags bringen seine Urheber mehrere Argumente vor.

Erstens. Die Urheber des Vorschlags verweisen auf die Worte Stalins, daß Produktionsmittel nicht einmal an Kollektivwirtschaften verkauft werden, und ziehen diese Feststellung Stalins in Zweifel, indem sie erklären, der Staat verkaufe dennoch Produktionsmittel an die Kollektivwirtschaften, solche Produktionsmittel wie Kleininventar, wie Sensen und Sicheln, leichte Motore und dergleichen. Sie sind der Auffassung, daß der Staat, wenn er den Kollektivwirtschaften diese Produktionsmittel verkauft, ihnen auch alle anderen Produktionsmittel, wie etwa die Maschinen der MTS, verkaufen könnte.

Dieses Argument ist nicht stichhaltig. Natürlich verkauft der Staat den Kollektivwirtschaften Kleininventar, wie das dem Statut des landwirtschaftlichen Artels und der Verfassung entspricht. Aber darf man denn Kleininventar und solche Hauptproduktionsmittel der Landwirtschaft wie die Maschinen der MTS oder, sagen wir, den Boden, der doch auch eins der Hauptproduktionsmittel der Landwirtschaft ist, auf die gleiche Stufe stellen? Es ist klar, daß man das nicht darf. Man darf es nicht, da das Kleininventar das Schicksal der kollektivwirtschaftlichen Produktion in keiner Weise entscheidet, während solche Produktionsmittel wie die Maschinen der MTS und der Boden das Schicksal der Landwirtschaft unter unseren heutigen Verhältnissen voll und ganz entscheiden.

Es ist nicht schwer zu verstehen, daß Stalin, als er davon sprach, daß keine Produktionsmittel an die Kollektivwirtschaften verkauft werden, nicht Kleininventar, sondern die Hauptmittel der landwirtschaftlichen Produktion meinte: die Maschinen der MTS und den Boden. Die Urheber des Vorschlags spielen mit dem Wort „Produktionsmittel“ und verwechseln zwei verschiedene Dinge, ohne zu merken, daß sie in eine unbequeme Lage geraten.

Zweitens. Die Genossen Sanina und Wensher berufen sich ferner darauf, daß zu Beginn der kollektivwirtschaftlichen Massenbewegung, Ende 1929 und Anfang 1930, das ZK der KPdSU(B) selbst dafür eintrat, den Kollektivwirtschaften die Maschinen- und Traktorenstationen zu übereignen, wobei es von den Kollektivwirtschaften verlangte, den Wert der Maschinen- und Traktorenstationen innerhalb von drei Jahren zu begleichen. Sie meinen, daß dies damals zwar „in Anbetracht der Armut“ der Kollektivwirtschaften scheiterte, daß es aber jetzt, da die Kollektivwirtschaften reich geworden sind, möglich sei, zu dieser Politik zurückzukehren und den Kollektivwirtschaften die MTS zu verkaufen.

Dieses Argument ist ebenfalls nicht stichhaltig. Im ZK der KPdSU(B) ist tatsächlich Anfang 1930 ein Beschluß über den Verkauf der MTS an die Kollektivwirtschaften gefaßt worden. Dieser Beschluß wurde auf Vorschlag einer Gruppe von Stoßarbeitern der Kollektivwirtschaften als Experiment, als Versuch gefaßt, mit der Maßgabe, in nächster Zeit auf diese Frage zurückzukommen und sie erneut zu prüfen. Aber schon die erste Prüfung zeigte, daß dieser Beschluß unzweckmäßig war, und nach einigen Monaten, nämlich Ende 1930, wurde er rückgängig gemacht.

Das weitere Wachstum der Kollektivwirtschaftsbewegung und die Entwicklung des kollektivwirtschaftlichen Aufbaus überzeugten sowohl die Kollektivbauern als auch die leitenden Funktionäre endgültig davon, daß die Konzentration der Hauptinstrumente der landwirtschaftlichen Produktion in den Händen des Staates, in den Händen der Maschinen- und Traktorenstationen, das einzige Mittel ist, um ein schnelles Wachstumstempo der kollektivwirtschaftlichen Produktion zu sichern.

Wir alle freuen uns über das kolossale Wachstum der landwirtschaftlichen Produktion unseres Landes, über das Wachstum der Getreideproduktion, der Produktion von Baumwolle, Flachs, Zuckerrüben usw. Wo ist die Quelle dieses Wachstums? Die Quelle dieses Wachstums ist die moderne Technik, sind die zahlreichen modernen Maschinen, die für alle diese Produktionszweige arbeiten. Es handelt sich hier nicht nur um die Technik schlechthin, sondern darum, daß die Technik nicht auf der Stelle treten darf — sie muß sich ständig vervollkommen —, daß die veraltete Technik ausrangiert und durch eine moderne und die moderne wiederum durch die modernste ersetzt werden muß. Anders ist das Vorwärtsschreiten unserer sozialistischen Landwirtschaft undenkbar, sind weder die hohen Erträge noch der Überfluß an landwirtschaftlichen Produkten denkbar. Aber was bedeutet es, Hunderttausende von Rädertraktoren auszurangieren und durch Raupentraktoren zu ersetzen, Zehntausende von veralteten Mähdrechern durch neue zu ersetzen, neue Maschinen für, sagen wir, technische Nutzpflanzen zu schaffen? Das bedeutet Milliardenausgaben, die sich erst in sechs bis acht Jahren bezahlt machen können. Können etwa unsere Kollektivwirtschaften diese Summen aufbringen, selbst wenn sie Millionäre sind? Nein,

das können sie nicht, weil sie nicht in der Lage sind, Milliarden auszugeben, die sich erst in sechs bis acht Jahren bezahlt machen können. Diese Ausgaben kann nur der Staat übernehmen, denn er — und nur er — ist in der Lage, die Verluste auf sich zu nehmen, die entstehen, wenn man die alten Maschinen ausrangiert und durch neue ersetzt, denn er — und nur er — ist in der Lage, diese Verluste sechs bis acht Jahre lang zu ertragen, um erst nach Ablauf dieser Zeit für die von ihm verausgabten Summen entschädigt zu werden.

Was bedeutet es nach alledem, wenn man fordert, daß die MTS den Kollektivwirtschaften durch Verkauf übereignet werden? Das bedeutet den Kollektivwirtschaften große Verluste zufügen und sie ruinieren, die Mechanisierung der Landwirtschaft gefährden und das Tempo der kollektivwirtschaftlichen Produktion herabsetzen.

Daraus folgt: Mit ihrem Vorschlag, die MTS den Kollektivwirtschaften durch Verkauf zu übereignen, machen die Genossen Sanina und Wensher einen Schritt zurück zur Rückständigkeit und versuchen, das Rad der Geschichte zurückzudrehen.

Nehmen wir einen Augenblick lang an, daß wir den Vorschlag der Genossen Sanina und Wensher akzeptiert und damit begonnen hätten, den Kollektivwirtschaften durch Verkauf die Hauptproduktionsinstrumente, die Maschinen- und Traktorenstationen, zu übereignen. Was würde sich daraus ergeben?

Daraus würde sich ergeben, daß erstens die Kollektivwirtschaften Eigentümer der Hauptproduktionsinstrumente würden, das heißt, sie würden eine Sonderstellung einnehmen, wie sie kein einziger Betrieb in unserem Lande einnimmt, denn bekanntlich sind nicht einmal unsere nationalisierten Betriebe Eigentümer von Produktionsinstrumenten.

Womit ließe sich diese Sonderstellung der Kollektivwirtschaften begründen, mit welchen Argumenten des Fortschritts und der Weiterentwicklung? Kann man etwa sagen, daß eine solche Stellung dazu beitragen würde, das kollektivwirtschaftliche Eigentum auf das Niveau des allgemeinen Volkseigentums zu heben, daß sie den Übergang unserer Gesellschaft vom Sozialismus zum Kommunismus beschleunigen würde? Wäre es nicht richtiger zu sagen, daß eine solche Stellung den Abstand zwischen kollektivwirtschaftlichem Eigentum und allgemeinem Volkseigentum nur vergrößern und nicht zur Annäherung an den Kommunismus, sondern im Gegenteil dazu führen würde, daß man sich von ihm entfernt?

Daraus würde sich zweitens eine Erweiterung des Wirkungsbereichs der Warenzirkulation ergeben, denn ungeheure Mengen von Produktionsinstrumenten der Landwirtschaft würden in die Bahn der Warenzirkulation geraten. Was denken die Genossen Sanina und Wensher: Kann die Erweiterung des Wirkungsbereichs der Warenzirkulation unsere Entwicklung zum Kommunismus fördern? Wäre es nicht richtiger zu sagen, daß sie unsere Entwicklung zum Kommunismus nur hemmen kann?

Der Hauptfehler der Genossen Sanina und Wensher besteht darin, daß sie die Rolle und die Bedeutung der Warenzirkulation im Sozialismus nicht begreifen, nicht begreifen, daß die Warenzirkulation mit der Perspektive des Übergangs vom Sozialismus zum Kommunismus unvereinbar ist. Sie glauben anscheinend, daß man auch bei der Warenzirkulation vom Sozialismus zum Kommunismus übergehen könne, daß die Warenzirkulation das nicht verhindern könne. Das ist ein großer Irrtum, der dadurch entstanden ist, daß man den Marxismus nicht verstanden hat.

In der Kritik an der „Wirtschaftskommune“ Dührings, die unter den Bedingungen der Warenzirkulation wirkt, wies Engels in seinem „Anti-Dühring“ überzeugend nach, daß das Vorhandensein der Warenzirkulation die sogenannten „Wirtschaftskommunen“ Dührings unweigerlich zur Wiedergeburt des Kapitalismus führen müsse. Die Genossen Sanina und Wensher sind damit anscheinend nicht einverstanden. Um so schlimmer für sie. Wir Marxisten aber gehen von dem bekannten marxistischen Leitsatz aus, daß der Übergang vom Sozialismus zum Kommunismus und das kommunistische Prinzip der Verteilung der Produkte nach den Bedürfnissen jeden Warenaustausch ausschließen, folglich auch die Verwandlung der Produkte in Ware und damit ihre Verwandlung in Wert.

So steht es mit dem Vorschlag und den Argumenten der Genossen Sanina und Wensher.

Was muß nun letzten Endes unternommen werden, um das kollektivwirtschaftliche Eigentum auf das Niveau des allgemeinen Volkseigentums zu heben?

Die Kollektivwirtschaft ist kein gewöhnlicher Betrieb. Die Kollektivwirtschaft arbeitet auf Boden und bearbeitet Boden, der schon längst allgemeines Volkseigentum, und nicht kollektivwirtschaftliches Eigentum ist. Folglich ist die Kollektivwirtschaft nicht Eigentümer des von ihr bearbeiteten Bodens.

Weiter: Die Kollektivwirtschaft arbeitet mit Hauptproduktionsinstrumenten, die nicht kollektivwirtschaftliches Eigentum, sondern allgemeines Volkseigentum sind. Folglich ist die Kollektivwirtschaft nicht Eigentümer der Hauptproduktionsinstrumente.

Weiter: Die Kollektivwirtschaft ist ein genossenschaftlicher Betrieb, bedient sich der Arbeit ihrer Mitglieder und

verteilt die Einkünfte unter die Mitglieder nach Tagewerken, wobei die Kollektivwirtschaft über eigenes Saatgut verfügt, das jährlich erneuert und für die Produktion verwendet wird.

Es fragt sich: Was besitzt die Kollektivwirtschaft eigentlich, welches ist das kollektivwirtschaftliche Eigentum, über das sie völlig frei, nach eigenem Ermessen verfügen kann? Ein solches Eigentum sind die Erzeugnisse der Kollektivwirtschaft, die Erzeugnisse der kollektivwirtschaftlichen Produktion: Getreide, Fleisch, Fett, Gemüse, Baumwolle, Rüben, Flachs usw., nicht gerechnet die Gebäude und die persönliche Wirtschaft der Kollektivbauern auf dem Hofland. Es ist so, daß ein erheblicher Teil dieser Erzeugnisse, die Überschüsse der kollektivwirtschaftlichen Produktion, auf den Markt gelangen und auf diese Weise in das System der Warenzirkulation einbezogen werden. Eben dieser Umstand ist es jetzt auch, der der Hebung des kollektivwirtschaftlichen Eigentums auf das Niveau des allgemeinen Volkseigentums hinderlich im Wege steht. Deshalb muß man gerade von dieser Seite her die Arbeit zur Hebung des kollektivwirtschaftlichen Eigentums auf das Niveau des allgemeinen Volkseigentums entfalten.

Um das kollektivwirtschaftliche Eigentum auf das Niveau des allgemeinen Volkseigentums zu heben, muß man die Überschüsse der kollektivwirtschaftlichen Produktion aus dem System der Warenzirkulation herausziehen und in das System des Produktaustauschs zwischen der staatlichen Industrie und den Kollektivwirtschaften einbeziehen. Das ist das Wesentliche.

Wir haben noch kein entwickeltes System des Produktaustauschs, aber wir haben Keime des Produktaustauschs in Form von „Waren“lieferungen für landwirtschaftliche Produkte. Bekanntlich werden für die Erzeugnisse der

Baumwolle, Flachs, Zuckerrüben anbauenden und anderer Kollektivwirtschaften schon seit langem „Waren“ geliefert, zwar nicht restlos, nur teilweise, aber immerhin werden „Waren“ geliefert. Nebenbei sei bemerkt, daß der Ausdruck „Waren“lieferung nicht treffend ist; man sollte ihn durch Produktaustausch ersetzen. Die Aufgabe besteht darin, diese Keime des Produktaustauschs in allen Zweigen der Landwirtschaft zu fördern, sie zu einem weitverzweigten System des Produktaustauschs zu entwickeln, damit die Kollektivwirtschaften für ihre Erzeugnisse nicht nur Geld, sondern vor allem die notwendigen Erzeugnisse erhalten. Ein solches System erfordert eine gewaltige Steigerung der von der Stadt an das Dorf gelieferten Produktion, deshalb sollte man es ohne Überstürzung, entsprechend der Anhäufung der von der Stadt hergestellten Erzeugnisse, einführen. Einführen muß man es jedoch unentwegt, ohne zu schwanken, indem man Schritt für Schritt den Wirkungsbereich der Warenzirkulation einengt und den Wirkungsbereich des Produktaustauschs erweitert.

Ein solches System, das den Wirkungsbereich der Warenzirkulation einengt, wird den Übergang vom Sozialismus zum Kommunismus erleichtern. Darüber hinaus wird es die Möglichkeit bieten, das grundlegende kollektivwirtschaftliche Eigentum, die Erzeugnisse der kollektivwirtschaftlichen Produktion, in das allgemeine System der das ganze Volk umfassenden Planung einzubeziehen.

Das wird dann auch ein reales und entscheidendes Mittel sein, um unter unseren gegenwärtigen Verhältnissen das kollektivwirtschaftliche Eigentum auf das Niveau des allgemeinen Volkseigentums zu heben.

Ist ein solches System für die Kollektivbauernschaft vorteilhaft? Unbedingt ist es vorteilhaft. Vorteilhaft, weil die Kol-

lektivbauernschaft vom Staat weit mehr Produkte und zu niedrigeren Preisen als bei der Warenzirkulation erhalten wird. Allen ist bekannt, daß die Kollektivwirtschaften, die mit der Regierung Verträge über Produktaustausch („Waren“lieferung) abgeschlossen haben, bedeutend größere Vorteile erzielen als die Kollektivwirtschaften, die keine solche Verträge haben. Wenn man das System des Produktaustauschs auf alle Kollektivwirtschaften des Landes ausdehnt, so wird unsere gesamte Kollektivbauernschaft dieser Vorteile teilhaftig werden.

1952, 28. September

J. Stalin